



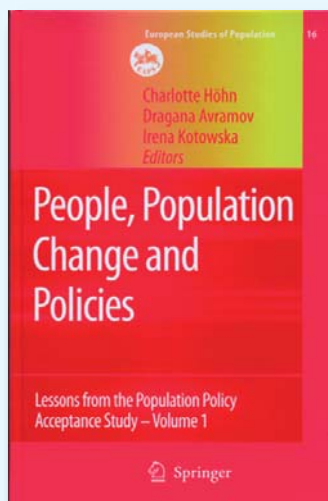
BiB-MITTEILUNGEN

In dieser Ausgabe

- ▶ Aktuell: Folgen der Rentenanpassung 2008
- ▶ DGD-Tagung 2007
- ▶ HIV/AIDS und Bevölkerungsentwicklung: Modellannahmen der UN

Literatur aus dem BiB

Charlotte Höhn, Dragana Avramov, Irena Kotowska (Hrsg.): **People, Population Change and Policies. Lessons from the PPAS-Study. Vol.1 + 2.** Springer Verlag 2008



Die beiden Bände präsentieren die Forschungsergebnisse der PPAS-DIALOG-Studie, in der die Einstellungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken erforscht wurden. (Seite 8)

IN EIGENER SACHE: WWW.BIB-DEMOGRAPHIE.DE

Neuer Internetauftritt des BiB

Der Internetauftritt des BiB erstrahlt in neuem Glanz: So wurde die komplette Internetpräsenz optisch und inhaltlich umgestaltet. Mehr Übersichtlichkeit und Information bietet der neue Auftritt für den Nutzer. Auf der Startseite werden in regelmäßigen Abständen Neuigkeiten wie aktuelle Publikationen und neue Forschungsergebnisse z.B. zum demographischen Wandel veröffentlicht. Neu hinzugekommen ist ein eigener Bereich zum Download von Dateien. Im Mittelpunkt der neuen Seiten steht ein erweitertes Serviceangebot: Publikationen können nun als PDF-Dateien heruntergeladen werden und für die schnelle Information wurde ein RSS-Newsfeed integriert. Die Internetseiten sind ausnahmslos barrierefrei gestaltet, d.h. die Inhalte können von allen Benutzern unabhängig von körperlichen oder technischen Einschränkungen genutzt werden. Weitere Erweiterungen der Homepage sind in Planung. So ist ein umfangreiches Wörterbuch für demographische Fachbegriffe geplant. In Vorbereitung befindet sich auch eine Version der Seiten in englischer Sprache. (S. 3)



DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN DEUTSCHLAND

Neue Broschüre des BiB und DESTATIS: „Bevölkerung – Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland“ erschienen



In Zusammenarbeit mit DESTATIS hat das BiB eine neue Broschüre zum demographischen Wandel in Deutschland publiziert. Sie befasst sich insbesondere mit dem Altersaufbau der Bevölkerung, dem Verlauf der demographischen Alterung sowie den Chancen und Herausforderungen bei der Gestaltung des demographischen Wandels. Thematisiert werden die aktuellen demographischen Trends bei der Geburtenentwicklung, der Sterblichkeit und Lebenserwartung sowie der Binnenwanderung und internationalen Migration. Daneben enthält die Broschüre drei Abschnitte mit vergleichenden Betrachtungen, unter anderem zur demographischen Situation in den Bundesländern, in Europa sowie der Welt. (Download unter www.bib-demographie.de) (S. 12)

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Schriftleitung: Direktorin und Professorin Dr. Charlotte Höhn Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4 65185 Wiesbaden Postadresse: Postfach 5528 65180 Wiesbaden
Telefon: (0611) 752235 E-Mail: bib@destatis.de Internet: <http://www.bib-demographie.de>



▶ AKTUELLES AUS DEM BiB	SEITE
Neuer Internetauftritt des BiB jetzt online	3-4
Generations and Gender Survey (GGS) geht in die zweite Runde	4-6
DGD-Jahrestagung 2008: Konsequenzen des demographischen Wandels für die Kommunen.....	6-8
Literatur aus dem BiB	8-17
 ▶ SOZIALE SICHERUNG	
Erläuterungen zur Rentenberechnung am Beispiel der Rentenanpassung 2008 unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung (Frank Micheel/Manfred Scharein)	18-24
 ▶ DEMOGRAPHISCHER WANDEL	
Weiterer Bevölkerungsrückgang in Deutschland im Jahr 2006.....	25-26
Neue Bevölkerungsprojektionen: Weiterer Anstieg der Bevölkerungszahl in den USA.....	26-27
 ▶ MIGRATION	
Ausländerzahl in Deutschland geringfügig zurückgegangen	28
Rückgang der Zuzugszahlen nach Deutschland im Jahr 2006.....	29-30
Motive potenzieller Auswanderer aus Deutschland	30-32
 ▶ WELTBEVÖLKERUNG	
HIV/AIDS und die Bevölkerungsentwicklung in den am stärksten betroffenen Ländern: Modellannahmen der UN World Population Prospects (Kira Kanthak/Frank Swiaczny)	33-42
Der Trend zur Urbanisierung nimmt zu.....	42-43
 ▶ NEUERE DEMOGRAPHISCHE LITERATUR	
Frank Thieme: Altern in der alternden Gesellschaft	44
Rüdiger Peukert: Familienformen im sozialen Wandel.....	44
Mareike Müller-Burhop: Elternwünsche	45
Horst Zillesen/Stefan Kessen (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel	45
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Der demografische Wandel in Baden-Württemberg	46
Eurostat (Hrsg.): The Life Of Women and Man in Europe – A Statistical Portrait	47
Olga Siminovskaia: Bildungs- und Berufserfolge junger Migranten. Kohortenvergleich der zweiten Gastarbeitergeneration	47
Jan A. Fuhse: Ethnizität, Akkulturation und persönliches Netzwerke von italienischen Migranten	48
Thomas Geisen/Christine Riegel (Hrsg.): Jugend, Partizipation und Migration	48
Katja Johanna Eichler: Migration, transnationale Lebenswelten und Gesundheit	49
I. Attané/C.Z. Guilмото (Hrsg.): Watering The Neighbour´s Garden.....	49
UN Department of Economic and Social Affairs Population Division (Hrsg.): World Population Policies 2007	50
 ▶ VERANSTALTUNGEN	
Programm zur GGS-Konferenz „Bedingungen und Potetiale intergenerationaler Beziehungen“	51-52
 ▶ PRESSEMELDUNGEN	53-59



WWW.BIB-DEMOGRAPHIE.DE

Neuer Internetauftritt des BiB jetzt online

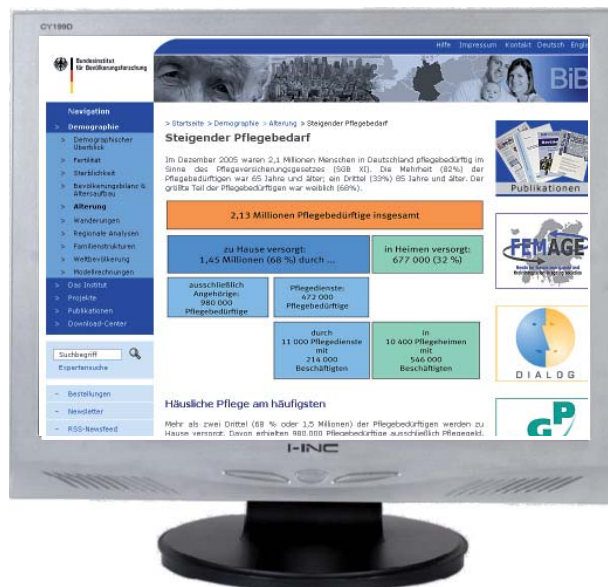
Seit Februar 2008 präsentiert sich die Website des BiB im neuen Gewand. Die komplette Internetpräsenz www.bib-demographie.de wurde umgestaltet und ersetzt die mehrere Jahre alte Vorgängerversion. Der Seitenaufbau ist nicht nur optisch ansprechender, sondern vor allem auch übersichtlicher und damit informativer geworden.

Der neue Internetauftritt des BiB wurde mit Hilfe des Government Site Builders erstellt, einem von der Bundesverwaltung genutzten Content Management System. Das neue Layout orientiert sich am Internetauftritt der Bundesregierung und sorgt für ein einheitliches Webdesign. Mit der vollständigen Umgestaltung geht das BiB aber nicht nur optisch neue Wege, sondern es bietet auch inhaltlichen und technischen Mehrwert. So wurde das Serviceangebot ausgeweitet und mit zahlreichen Bedienelementen ausgestattet.

Übersichtlicher Aufbau

Im Vergleich zur früheren Version hat man beim neuen Onlineauftritt noch mehr Wert auf eine übersichtliche Menüführung gelegt. Auf der Startseite werden in regelmäßigen Abständen aktuelle Informationen aus der Bevölkerungsforschung veröffentlicht; im Mittelpunkt stehen z.B. Themen wie der demographische Wandel oder Folgen der Alterung. Über die Navigationsleiste auf der linken Seite gelangt der Nutzer zu fünf Menüpunkten. Hinter dem Überbegriff „Demographie“ beispielsweise finden sich grundlegende Informationen und detaillierte Zahlen zu bevölkerungswissenschaftlichen Themen; diese Sektion mit vielen weiteren

Unterpunkten richtet sich vornehmlich an interessierte Laien. Weitere Menüpunkte beschreiben das BiB und geben einen Überblick über laufende Projekte sowie wissenschaftliche Publikationsreihen. Neu ist auch ein eigener Bereich zum Download von Dateien.



Deutlich ausgeweitet hat das BiB sein Internetangebot. Übersichtlichkeit und barrierefreie Zugriffsmöglichkeit standen dabei im Mittelpunkt des Relaunches. Erstmals wird nun auch ein RSS-Newsfeed angeboten, der über Neuigkeiten im BiB direkt informiert. Geplant ist darüber hinaus ein umfangreiches Glossar für demographische Fachbegriffe. (Fotomontage: B. Gückel)

Großes Serviceangebot

Ein besonderes Plus der neuen Seiten ist das große Serviceangebot. Publikationen können beispielsweise als PDF-Dateien heruntergeladen oder in gedruckter Form über den Postweg bestellt werden. Dafür wurde ein professionelles Warenkorbsystem installiert. Interessierte Nutzer können sich außerdem über eine Eingabemaske für den BiB-Newsletter registrieren lassen oder diesen auf gleichem Weg wieder abbestellen. Damit sich User schnell über neue Inhalte informieren können, wurde ein RSS-Newsfeed integriert. Abonnenten dieses Dienstes werden per Mail benachrichtigt, sobald ein neuer Artikel publiziert wird.

Barrierefreies Surfen

Die Internetseiten sind ausnahmslos barrierefrei gestaltet, d.h. die Inhalte können von allen Usern vollständig genutzt werden – unabhängig von körperlichen oder technischen Einschränkungen. Sehbehinderte können sich beispielsweise mit Hilfe eines Screenreaders alle Inhalte vorlesen lassen. Damit wurde eine Vorgabe aus dem Be-



hindertengleichstellungsgesetz (BGG) realisiert, wonach sich die Bundesverwaltung verpflichtet, ihre öffentlich zugänglichen Internetangebote grundsätzlich barrierefrei zu gestalten. Zu diesem Zweck mussten umfangreiche redaktionelle Vorgaben beachtet werden: Abbildungen sind mit Alternativtexten hinterlegt, Fremdwörter wurden mit einem entsprechenden Sprachwechsel kenntlich gemacht etc.

Weitere Ergänzungen geplant

In den folgenden Wochen und Monaten soll das Internetangebot sukzessive ausgebaut werden. So ist ein umfangreiches Wörterbuch (Glossar) für demographische Fachbegriffe geplant. In Vorbereitung befindet sich auch eine Version der Seiten in englischer Sprache.

Christian Fiedler, BiB

GENERATIONS AND GENDER SURVEY

Generations and Gender Survey (GGS) geht in die zweite Runde

Vor drei Jahren wurde die erste Erhebungswelle im Rahmen des Generations and Gender Survey (GGS) durchgeführt. Für das Jahr 2008 ist nun die Wiederholungsbefragung geplant, bei der dieselben Personen wie im Jahr 2005 befragt werden. Auf diese Weise können zwischenzeitliche Entwicklungen ermittelt und veränderte Einstellungen untersucht werden. Damit geht der GGS in Deutschland in seine zweite Runde.

Bei dem GGS handelt es sich um eine international vergleichende Bevölkerungsumfrage, die in Deutschland im Auftrag des BiB durchgeführt wird. Im Mittelpunkt des Survey steht das Ziel, durch eine multidisziplinäre, retrospektive, prospektive und international vergleichende Studie aktuelle Daten in Industrieländern zu gewinnen. Dabei sind große Teile des Fragebogens Fragen zur eigenen familiären Situation zur Zeit des Interviews gewidmet. Daneben werden familienbezogene Ereignisse der Vergangenheit und die Handlungsabsichten der Befragten hinsichtlich wichtiger demographischer Verhaltensweisen (wie z.B. Partnerschaftsbildung, Fertilitätsverhalten, Verlassen des Elternhauses etc.) erfragt. Zusätzlich werden zahlreiche Informationen gesammelt, welche zur Erklärung der individuellen demographischen Verhaltensweisen beitragen sollen. Dazu zählen Informationen zum sozioökonomischen Kontext der Befragten, zu Erwerbstätigkeit und Bildungsstand, Einkommen und Vermögen, Gesundheit, sozialen Netzwerken, Werten und Einstellungen.

Im Rahmen des GGS wurden vor drei Jahren etwa 10.000 deutschsprachige Personen im Alter zwischen 18 und 79 Jahren befragt. Im Jahr 2006 folgte eine Erhebung unter der Migrantenbevölkerung in Deutschland, an der 4.000 Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit teilnahmen. Die für 2008 geplante Erhebung stellt die zwei-

te der insgesamt drei Wellen umfassenden Panelerhebung dar. In Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock bereitet das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) seit Herbst 2007 die Befragung zur zweiten Welle intensiv vor. Ein erster Entwurf des Erhebungsinstruments liegt zwischenzeitlich vor und ist auf Anfrage beim BiB zu beziehen.

Datensätze bereits freigegeben

Auch im Rahmen des internationalen Konsortiums des GGS ist eine wichtige Hürde zwischenzeitlich genommen. So stehen seit Ende Januar 2008 die Daten der ersten Welle des GGS aus den Ländern Bulgarien, Ungarn, Russland, Georgien und Deutschland zu wissenschaftlichen Auswertungen zur Verfügung. Und der internationale Datensatz wird im Verlauf der nächsten Monate noch anwachsen: Als nächster Schritt stehen Harmonisierung und Veröffentlichung der französischen Daten an.

Wissenschaftliche Forschungseinrichtungen mit Interesse an den Daten des GGS können sich zukünftig an die „Population Activities Unit der United Nations Economic Commission for Europe“ in Genf wenden. Falls ausschließlich Interesse an den deutschen Daten besteht, können diese weiterhin direkt über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung bezogen werden.



Auswertungen und Analysen

Neben den organisatorischen Tätigkeiten sind besonders die inhaltlichen Auswertungen der GGS-Daten durch Mitarbeiter des BiB sowie externe Bearbeiter erwähnenswert. Im Dezember 2007 fand dazu auf Einladung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wieder ein Workshop mit allen an der Auswertung beteiligten Forschern statt. Ziel dieser Veranstaltung war der Austausch aktueller Ergebnisse sowie die methodische Diskussion für die weitere Vorgehensweise. Aus den Referaten der beteiligten Wissenschaftlerteams hier eine kurze Zusammenfassung.

Gendering bei Elternaufgaben

Christian Schmitt vom Lehrstuhl für Familiendemographie (Universität Rostock) stellte die Forschungsergebnisse seiner Arbeitsgruppe vor. Im Fokus des Vortrags stand die Aufteilung von Haus- und Elternaufgaben. Als Datenbasis dienten die im GGS erfassten 6.383 ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Schmitt bestätigte zunächst die gängige These, wonach bei Alltagsarbeiten (Spülen, Kochen, Einkaufen) und Elternaufgaben (Arztgänge, Hausaufgabenbetreuung) das traditionelle Rollenbild der Frau zum Tragen komme, während für Reparaturen mehrheitlich die Männer verantwortlich wären. Eine egalitäre Aufgabenverteilung erkannte er hingegen vornehmlich in nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowie – räumlich gesehen – in den Neuen Bundesländern. Mit zunehmender Dauer der Partnerschaften werden jedoch auch Routine-Hausarbeiten verstärkt nach einem traditionelleren Geschlechterrollenbild organisiert.



Klassische Aufgabenverteilung im Haushalt? Nach den Untersuchungen von Christian Schmitt von der Uni Rostock hat das traditionelle Rollenbild von Mann und Frau im Haushalt noch immer Gültigkeit. (Foto: C. Fiedler)

Generationenbeziehungen in Stieffamilien

In ihrem Vortrag über Generationenbeziehungen richtete Dr. Anja Steinbach (Technische Universität Chemnitz) den Fokus auf Stieffamilien. Eine ihrer Forschungsfragen beschäftigt sich damit, ob es zwischen Kernfamilien und Stieffamilien unterschiedliche intergenerationale Beziehungen gibt – und wenn ja, wodurch diese bedingt sind. Für den GGS identifizierte Steinbach 14 % aller Haushalte als Stieffamilienhaushalte, wobei Männer als Stiefelternteile bei weitem häufiger vorkamen als Frauen. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Problematik hin, dass im Haushalt lebende Kinder generell häufiger genannt werden als Kinder außerhalb des Haushaltes. Gleiches gelte für leibliche Kinder und Stiefkinder. Im zweiten Teil ihrer Ausführungen ging Steinbach noch auf Fragen zur Kontakthäufigkeit, familialen Verpflichtungen und emotionaler Unterstützung zwischen den Generationen ein.



Den Gesundheitszustand älterer Migranten in Deutschland sowie die Bedeutung des sozio-ökonomischen Hintergrunds untersucht Prof. Dr. Jörg Althammer zusammen mit Sandra Hubert. (Foto: C. Fiedler)

Auszug aus dem Elternhaus bei jungen Türken

Prof. Dr. Michael Windzio vom Institut für Soziologie (Universität Bremen) und Can Aybek stellten ihr Untersuchungsdesign zum Auszugsverhalten junger Türken aus dem Elternhaus vor. Ein zentraler Aspekt der Untersuchung wird sein, inwiefern sich in der Familie erworbene Wertorientierungen und die Qualität der Beziehungen zwischen den Generationen auf die Auszugsintention auswirken. Als Fragestellungen wurden formuliert: Welchen Einfluss haben sozioökonomische Determinanten wie Bildung oder Vermögen auf die Auszugsentscheidung? Welche Rolle spielen intergenerationale Konflikte? Beschleunigen Differenzen zwischen den Kindern und dem Wertesystem des Vaters einen Auszug aus dem Elternhaus ?



Lebenssituation älterer Türken

Soziodemographische Merkmale und das psychosoziale Befinden älterer türkischer Mitbürger gehören zum zentralen Forschungsgebiet von Prof. Dr. Jörg Althammer und Sandra Hubert. Die beiden Wissenschaftler von der Bochumer Ruhr-Universität beziehen sich in ihrer Untersuchung ausschließlich auf Migranten, die zum Zeitpunkt der Befragung älter als 50 Jahre waren. Untersuchungsgegenstand der Analysen ist der Gesundheitszustand älterer Migranten in Deutschland sowie die Bedeutung des sozioökonomischen Hintergrunds.

GGG-Konferenz im Juni 2008

Die nächste größere Konferenz zum GGS wird am 19. und 20. Juni 2008 in den Räumen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden stattfinden. Ziel der Veranstaltung mit dem Titel „Bedingungen und Potenziale intergenerationaler Beziehungen“ ist es, neueste empirische Ergebnisse zu Bedingungen und Potenzialen der intergenerationalen Beziehungen darzustellen. Außerdem sollen die daraus resultierenden gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen für Deutschland – auch im internationalen Vergleich – diskutiert werden. Der Call for Papers zu dieser Veranstaltung ist in der letzten Ausgabe der BiB-Mitteilungen (4/2007) veröffentlicht worden.

Andreas Ette, Christian Fiedler, BiB

DGD-JAHRESTAGUNG 2008

Konsequenzen des demographischen Wandels für die Kommunen

Welche Auswirkungen hat der demographische Wandel auf die Landkreise, Städte und Kommunen? Mit dieser zentralen Frage beschäftigte sich die Deutsche Gesellschaft für Demographie auf ihrer diesjährigen Jahrestagung vom 5. bis 7. März 2008 im Rathaus der Stadt Stuttgart. Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung stand das Thema Umsetzung und Konsequenzen der demographischen Alterung auf kommunaler Ebene.

Die Veranstaltung startete mit einer Podiumsdiskussion mit drei Kommunalpolitikern. Unter der Moderation von Dr. Charlotte Höhn (BiB) legten die Landräte Stefan Reuß (Werra-Meißner-Kreis) und Joachim Walter

(Kreis Tübingen) sowie der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, ihre Positionen dar. Verschiedene raumstrukturelle und demographische Voraussetzungen machen in den einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedliche Anpassungsstrategien notwendig. Die in der Diskussion von den Politikern vorgetragenen Erfahrungen aus der Praxis wurden in den Fachvorträgen der beiden Folgetage immer wieder aufgegriffen und diskutiert. Die Jahrestagung der DGD endete mit den Sitzungen der einzelnen Arbeitskreise.



Die Auswirkungen des demographischen Wandels standen im Mittelpunkt der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD). Dabei zeigte sich, dass unterschiedliche raumstrukturelle und demographische Voraussetzungen in den einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedliche Anpassungsstrategien notwendig machen. Im Bild der Vorstand der DGD mit (von links) Dr. Hansjörg Bucher, Dr. Sabine Bechtold, der Präsidentin, Prof. Dr. Charlotte Höhn, Dr. E.-Jürgen Flöthmann und dem Geschäftsführer Dr. Bert Rombach. (Bild: C. Fiedler)

unterschiedliche Anpassungsstrategien notwendig. Die in der Diskussion von den Politikern vorgetragenen Erfahrungen aus der Praxis wurden in den Fachvorträgen der beiden Folgetage immer wieder aufgegriffen und diskutiert. Die Jahrestagung der DGD endete mit den Sitzungen der einzelnen Arbeitskreise.

Infrastrukturanpassung an die Bevölkerungsentwicklung

Landrat **Stefan Reuß** beschrieb die Situation im Werra-Meißner-Kreis, dessen Entwicklung beispielhaft für viele strukturschwache Räume anzusehen ist. Der Landkreis hat seit



dem Wegfall der Zonenrandförderung nicht nur mit Verlusten von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen zu kämpfen, sondern auch mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang. Als ein wesentliches Problem stellt sich deshalb die Aufrechterhaltung von Infrastruktureinrichtungen dar: So muss der Landkreis zur Reinhaltung der Abwasserkanäle mittlerweile mehr Frischwasser in das Netz pumpen als von den Bürgern tatsächlich an Wasser verbraucht wird. Steigende Betriebskosten werden von einer geringer werdenden Einwohnerzahl getragen, weshalb die Pro-Kopf-Belastung immer größer wird. Um weitere Überkapazitäten in der Infrastruktur zu verhindern, weist der Landkreis Werra-Meißner beispielsweise keine Neubauflächen mehr aus. Vielmehr ist man mit Hilfe eines Leerstandskatasters bemüht, den Altbaubestand zu sichern und die Ortskerne zu verdichten.

Mit der Problematik überdimensionierter Infrastruktureinrichtungen sehen sich auch Kommunen und Kreise im Osten Deutschlands konfrontiert, wie **Helge Paulig** vom sächsischen Kultusministerium darlegte. Durch die Halbierung der Schülerzahlen innerhalb der letzten 15 Jahre hat sich beispielsweise die Schullandschaft in der Region Görlitz gravierend verändert. Eine beauftragte Fachkommission hat erhebliche Umstrukturierungsmaßnahmen durchgesetzt, in deren Folge seit Ende der 1990er etwa ein Drittel der Grundschulen und Gymnasien aufgelöst worden sind. Ausdrückliches Ziel dieser Reform war es, sich eben nicht aus der Fläche zurückzuziehen, sondern die verbleibenden Schulen als Stützpunkte im Raum zu verankern. Eine besondere Rolle maß die Kommission dabei den Mittelzentren zu. Als Ausgleich zum Abbau wurde zudem eine Qualitätssicherung an den Schulen implementiert, um eine höhere Bildungseffizienz zu erreichen.

Remanenzkosten belasten Haushalte

Äußerst kontrovers verlief die Diskussion um die finanziellen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunalen Haushalte. **Dirk Freigang** und **Michael Hofmann** von der TU Dresden stellten eine Modellrechnung vor, in der sie die zukünftige Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Kommunen abzuschätzen versuchten: Kinder und Heranwachsende bis 20 Jahre sind aufgrund der Kosten für Betreuung und Schule Nettoempfänger, während Erwerbstätige zwischen 40 und 60 Jahre die wichtigsten Nettozahler sind. Die beiden Forscher

von der TU Dresden kommen zu der Ansicht, dass die Verschiebung der Altersstruktur zu Entlastungen der kommunalen Haushalte führen wird; schließlich sind die Kommunen durch den Unterhalt von Kindergärten und Schulen besonders stark an den Kosten der Jugendlast beteiligt. Nach diesen Berechnungen können kreisfreie Städte bis 2020 mit Einsparungen i.H.v. 2 Prozent rechnen, Landkreise sogar mit bis zu 4 Prozent.

Reinhard Loos von der Universität Bielefeld erwartet für die kommunalen Haushalte hingegen keine demographische Rendite. Am Beispiel der Finanzierung von Schulen zeigte er das Dilemma auf: Mit der Schließung von Schulen lässt sich zwar Geld einsparen, gleichzeitig erhöhen sich dann aber die Kosten für den ÖPNV, um die Schüler zu den verbliebenen Bildungseinrichtungen zu bringen. Deswegen gibt es seiner Meinung nach keinen linearen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsrückgang und Kosteneinsparung. Des Weiteren fehlen in den Modellrechnungen die Kosten, die beispielsweise der Rückbau von Infrastruktureinrichtungen verursacht. Und einen weiteren Punkt sprach Loos an: Der Bevölkerungsrückgang in den Städten und Gemeinden führt schon jetzt zu einer Kürzung von Zuweisungen, die die Länder an die Kommunen entrichten. Als Berechnungsgröße gilt allein die Zahl der Einwohner. Um eine Gefährdung der kommunalen Finanzen zu verhindern, sollte über ein anderes Zuweisungssystem nachgedacht werden, das beispielsweise die Flächenausdehnung der Gebietskörperschaft berücksichtigt.

Auch **Hans-Peter Gatzweiler** (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) sieht auf die Gemeinden tendenziell steigende finanzielle Belastungen zukommen, weil Siedlungsdichte und Infrastrukturkosten eng miteinander verbunden sind. Nach seiner Ansicht gilt die Gleichung: halbe Dichte = doppelte Kosten.

Zurück zum Mehrgenerationenmodell?

Trotz unterschiedlicher Sichtweisen und Argumentationen waren sich nahezu alle Referenten in der Beurteilung der Generationenbeziehungen einig: Zum einen müssen junge Familien gefördert werden, zum anderen ist verstärkt auf die Bedürfnisse von Senioren Rücksicht zu nehmen. Die Stadt Stuttgart hat dazu bereits einen umfassenden Maßnahmenkatalog erarbeitet. Unter Oberbürgermeister **Wolfgang Schuster** hat man sich



das Ziel gesetzt, Stuttgart zur „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“ zu entwickeln. Dazu sind verschiedene Initiativen gegründet worden, die Bildungs-aspekte und das Wohnumfeld ebenso einschließen wie die Gesundheitsversorgung oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In dem sogenannten „Stuttgarter Generationenvertrag“ wurde aber auch beschlossen, verstärkt auf die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft einzugehen. Dazu gehört die Integration von Seniorenheimen in die bauliche Entwicklung der City und nicht deren Verdrängung an den Stadtrand. Das ehrgeizige Vorhaben der Stadt Stuttgart wurde im späteren Verlauf der Tagung von **Johannes Meier** (Bertelsmann Stiftung) als richtungsweisend für deutsche Metropolen bezeichnet.

Landrat **Joachim Walter** (Kreis Tübingen) stellt die Prämisse in den Vordergrund, Mitbürgern Hilfestellung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu geben. Gemeint ist damit u.a. die Bereitstellung von Wohnfläche in sogenannten „Mehrgenerationenhäusern“, in denen Bürger aller Altersklassen miteinander wohnen. Dadurch ist es möglich, Senioren besser in das soziale Umfeld von Familien einzubinden, auch wenn sie selbst keine Familie haben oder diese zu weit entfernt wohnt. Das Bedürfnis nach Familie und familiärem Zusammenhalt bestätigte

auch **Jürgen Cromm** von der Universität Augsburg, der Ergebnisse einer Bürgerbefragung vorlegte. Vor allem bei jungen Menschen ist der Wunsch nach Familienbindungen besonders stark ausgeprägt.

Heterogenisierung der Bevölkerung

Bei der Vorstellung des neuen Demographiekonzepts des Berliner Senats bezeichnete **Harald Michel** (Institut für angewandte Demographie) die Integration der nicht-deutschen Bevölkerung als „größte demographische Herausforderung“ für die Stadt. Der Ausländeranteil liegt gegenwärtig bei 12,4 Prozent, wobei sich innerhalb der einzelnen Stadtteile (Treptow 3,1%; Berlin-Mitte 28,0%) erhebliche Differenzen zeigen. Ähnliches gilt auch für die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart, weshalb OB **Wolfgang Schuster** das öffentliche Dienstleistungsangebot für ausländische Mitbürger ausbauen will. So benötigen manche Ausländergruppen eine andere Pflege als deutsche Senioren. Die Einstellung ausländischer Mitarbeiter, gerade im öffentlichen Sektor, kann dabei als Ansatz zur Problemlösung gesehen werden.

Christian Fiedler, BiB

LITERATUR AUS DEM BiB

Der demographische Wandel und die Bevölkerung in Europa: Der Abschlussbericht der Population Policy Acceptance Study (PPAS) Dialog Studie ist erschienen

Der Abschlussbericht der Population Policy Acceptance Study (PPAS) DIALOG ist bereits im Springer-Verlag erschienen. Das zweibändige Werk, an dem Demographen aus 14 europäischen Ländern mitgewirkt haben, dokumentiert die Forschungsergebnisse des international vergleichenden Projekts. Erforscht wurden die Einstellungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken.

Nahezu alle industrialisierten Länder haben seit den 1960er Jahren einen bemerkenswerten demographischen Wandel erlebt: Die Fertilität fiel unter das Reproduktionsniveau, was in Verbindung mit einer zunehmenden Lebenserwartung zu demographischer Alterung und einem Bevölkerungsrückgang führte. Während der Rückgang durch internationale Migration abgeschwächt

werden konnte (und auch weiter abgemildert wird), bleibt die demographische Alterung ein dominierendes Phänomen. Sie ist eine politische und soziale Herausforderung insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme, das Renten- und Gesundheitssystem. Der demographische Wandel hat darüber hinaus weitreichende Folgen für die Gesellschaft, die Sozialpolitik und letztlich jeden Einzel-



nen. Für die Politik besteht der große Vorteil dieses Wandels darin, dass er relativ langsam über Jahrzehnte bzw. Generationen voranschreitet und so Gelegenheit ist, auf diesen Prozess zu reagieren. Dafür benötigen Politiker allerdings auch Kenntnisse über die Einstellungen der Bürger zu Fragen wie des Kinderhabens genauso wie die Einstellungen im Hinblick auf ihre präferierten Lebensformen im Alter. Dieses Wissen kann letztlich einer Reformpolitik zeigen, was die Bevölkerung wünscht und was ihrer Ansicht nach korrigiert werden muss. Darüber hinaus müssen die politischen Entscheider auch wissen, wie und ob es möglich ist, die demographische Alterung zu stoppen.

Zunehmende Immigration ist hier keine Lösung, weil auch die Migranten altern werden. Die einzige demographische Lösung zur Regulierung dieses Prozesse wäre eine Zunahme der Fertilität. Die Frage, ob eine Steigerung der Fertilität möglich ist, erfordert zum einen demographische Forschung, zum anderen müssen auch die Sichtweisen und Einstellungen der Bürger von der Politik wahrgenommen werden. Dieses in zwei Teilbänden publizierte Werk möchte diesen Anforderungen Rechnung tragen und die Ergebnisse des DIALOG-Projekts „Population Policy Acceptance Study – The Viewpoint of Citizens and Policy Actors Regarding the Management of Population Related Change“ den politischen Entscheidern sowie der breiten Öffentlichkeit vorstellen. Das Projekt ist als international vergleichendes Forschungsprojekt angelegt, in dem die Einstellun-

gen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken erforscht werden. An der Studie haben 14 europäische Länder teilgenommen (Österreich, Belgien, Zypern, Tschechien, Estland, Finnland, Deutschland, Ungarn, Italien, Litauen, die Niederlande, Polen und Rumänien, Schweiz). Im Zeitraum zwi-

schen 1999 und 2003 haben in den PPAS-Ländern mehr als 34 000 Frauen und Männer in der Altersgruppe 18 bis 75 Jahre die Fragen beantwortet.

Die einzelnen nationalen Surveys hatten das Ziel, die Einstellungen insbesondere zum demographischen Wandel, dem Fertilitätsverhalten, dem intergenerationalen Austausch von Ressourcen und Diensten sowie zu bevölkerungsbezogenen Politiken zu erforschen. Werte und Einstellungen zu den Themen Kinderwunsch, der Wahrnehmung der Vor- und Nachteile des Kinderhabens, der Bedeutung von Familie und Elternschaft, den Präferenzen und Ansprüchen bei der Vereinbarung von Arbeit und Familie, den Einstellungen gegenüber Älteren und der demographischen Alterung sowie der Rolle der Regierung bei der Unterstützung von Familien und den Älteren sollten erhoben und analysiert werden.

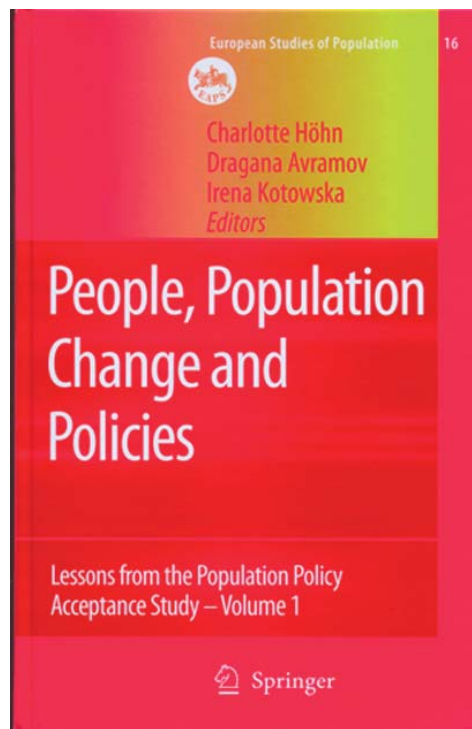
Ausgewählte Ergebnisse der Studie

Nachfolgend werden für die Themenkomplexe Kinderwunsch, Beruf und Familie, demographische Alterung wichtige Ergebnisse der PPAS-Studie auszugswise kurz vorgestellt:

Gewünschte Kinderzahl

Der Kinderwunsch in Europa orientiert im Durchschnitt nach wie vor auf die Zwei-Kind-Familie. In jedem der PPAS-Länder wollen mehr als die Hälfte aller Frauen und Männer 2 oder mehr Kinder haben. Lediglich in Zypern werden am häufigsten 3 oder mehr Kinder gewünscht.

Nur in 4 Ländern ist der Kinderwunsch niedriger als 2. Unterschiede zwischen den Ländern sind ausgeprägt. Mit durchschnittlich 2,4 Kindern erreicht der Kinderwunsch in Zypern die höchsten Werte. In Polen werden 2,3 Kinder gewünscht. Relativ hohe Kinderwünsche von über 2 bestehen noch in Finnland, Estland und Litauen sowie (nur



Charlotte Höhn, Dragana Avramov, Irena Kotowska (Hrsg.): **People, Population Change and Policies. Lessons from the PPAS-Study, Vol. 1 + 2.** Springer Verlag 2008



bei den Frauen) in Ungarn und den Niederlanden. Dagegen ist in vier europäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Belgien, Italien) der Kinderwunsch bereits deutlich unter 2 gesunken. Die niedrigste Zahl gewünschter Kinder findet sich in Deutschland, wo sich Frauen nur noch 1,75 Kinder und Männer sogar nur noch 1,59 Kinder wünschen.

Neben unterschiedlichen Durchschnitten zeigen sich Besonderheiten in der Struktur der Kinderwünsche. Hohe Anteile von Wünschen nach 3 und mehr Kindern führen zu einer hohen gewünschten Kinderzahl. Dies ist insbesondere in Zypern, Polen und Finnland der Fall. In Polen wollen ca. 34 % der Frauen und Männer 3 oder mehr Kinder haben. In den übrigen Ländern möchte die größte Gruppe zwei Kinder haben. Dies ist besonders ausgeprägt in Tschechien, Estland, Ungarn, Italien, Litauen und in Slowenien. Z.B. entsteht der Kinderwunsch von 2,0 in Slowenien dadurch, dass sich ca. 60 % zwei Kinder wünschen. Der Wunsch nach 3 und mehr Kindern ist dagegen mit 20 % vergleichsweise niedrig. Eine Ausnahme bildet Österreich. Dort ist der Anteil von ersten und zweiten Kindern im Kinderwunsch nahezu gleich. Der Wunsch kinderlos zu bleiben, ist in der Mehrheit der Länder kaum vorhanden. In aller Regel wollen nur weniger als 10 % keine Kinder haben, oftmals beträgt die gewünschte Kinderlosigkeit weniger als 5 % (Frauen und Männern in Zypern, Slowenien, Litauen; Frauen in Polen, Ungarn, Estland). Dagegen ist in Westeuropa (Deutschland, Niederlande, Belgien) die gewünschte Kinderlosigkeit auffällig hoch. In Deutschland wollen 15,4 % der Frauen und 22,5 % der Männer keine Kinder. In den Niederlanden sind es 12,5 und 17,5 % und in Belgien 10,4 und 15,3 %. In diesen Ländern ist das Polarisierungsphänomen in der Familienbildung, die Untergliederung in Kinderlose und diejenigen, die eine Familie gründen, bereits im Kinderwunsch angelegt.

Wunsch und Wirklichkeit fallen häufig deutlich auseinander. Insbesondere in den osteuropäischen Transitionstaaten, in denen der Kinderwunsch noch hoch und das Geburtenniveau niedrig ist, klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. In Ländern wie Deutschland (niedriger Kinderwunsch, niedriges Geburtenniveau), Belgien (niedriger Kinderwunsch, höheres Geburtenniveau) oder den Niederlanden (höherer Kinderwunsch, hohes Geburtenniveau) fallen die Unterschiede weniger deutlich aus.

Gründe gegen die Geburt von Kindern

Der am häufigsten genannte Grund ist, dass der Kinderwunsch bereits erfüllt ist. Die hohe Bedeutung ist auf drei Ursachen zurückzuführen. Erstens sind auch Frauen befragt worden, die ihre Familienbildungsphase bereits abgeschlossen und ihren Kinderwunsch erfüllt haben. Zweitens ist der Kinderwunsch in einigen Ländern so niedrig, dass er schnell erfüllt ist. Drittens haben diejenigen, die sich keine Kinder wünschen, diesem Grund eine hohe Wertigkeit gegeben. Die höchste Bedeutung hat dieser Grund in Österreich, Zypern und Rumänien erlangt. Weniger wichtig erschien er den Befragten in Italien, Finnland und den Niederlanden.

Die PPAS-Analysen haben gezeigt, dass Zukunftssorgen die Erfüllung des Kinderwunsches beeinträchtigen. In sechs Ländern (Estland, Deutschland, Ungarn, Rumänien, Slowenien, Zypern) sind Zukunftssorgen als der zweitwichtigste Grund dafür angegeben worden, warum man keine Kinder mehr möchte. In der Tendenz wird diesem Grund in den Transitionstaaten Mittel- und Osteuropas ein höheres Gewicht zugewiesen (hohe Wichtigkeit in Estland, Litauen, Zypern und Polen). Dagegen haben Zukunftssorgen in Finnland, Italien und den Niederlanden eine deutlich geringere Bedeutung.

Hohe Kinderkosten begünstigen die Entscheidung gegen Kinder. In Litauen und Polen werden die hohen Kosten, die ein (weiteres) Kind verursachen würde, als zweitwichtigster und in Ungarn als drittwichtigster Grund angegeben. Für die in Deutschland Befragten spielt in diesem Kontext die Befürchtung eine große Rolle, den Lebensstandard nicht beibehalten zu können (drittwichtigster Grund). In Österreich, Litauen und Zypern wurde er auf Rangplatz 4 eingestuft. Ein hohes Gewicht wird den Kinderkosten als viertwichtigster Grund auch in Estland, Deutschland, Rumänien und Zypern zugewiesen.

Der Gesundheitszustand erlaubt es nicht, wird in acht Ländern (Belgien, Finnland, Italien, Litauen, den Niederlanden, Polen, Slowenien, Zypern) als drittwichtigster Hinderungsgrund für die Geburt eines Kindes der Gesundheitszustand genannt. Hier ist ein enger Zusammenhang zur späten Geburt der Kinder zu sehen.

Zukünftig mögliche Vereinbarkeitsprobleme werden bei der Entscheidung gegen ein (weiteres) Kind zunächst als nicht so bedeutsam eingestuft. Lediglich in Belgien rangiert dieser Grund auf Platz 4, in den anderen Ländern er-



reicht er mittlere Rangplätze. Dieses Befragungsergebnis steht nicht dafür, dass die Verbesserung der Bedingungen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit familienpolitisch bedeutungslos ist. Darin kommt lediglich zum Ausdruck, dass spätere Vereinbarkeitsprobleme zum Zeitpunkt der Entscheidung für oder gegen ein weiteres Kind noch nicht als sehr wichtig eingestuft werden.

Individualistische Motive haben sich als weniger bedeutsam herausgestellt. Individualistisch deutbare Motive, wie ‚ich könnte das Leben nicht mehr so genießen wie bisher‘ oder ‚ich müsste meine Freizeitinteressen aufgeben‘ besitzen bei der Entscheidung gegen Kinder nur eine untergeordnete Bedeutung. Diese Gründe haben in Österreich, Belgien und Deutschland eine höhere Wertigkeit.

Ideale des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit

Der Wunsch, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist stark ausgeprägt. Die Mehrheit der in den PPAS-Ländern befragten Frauen wollen Kinder haben und gleichzeitig erwerbstätig sein. Die Anteile derjenigen, die Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren wollen sind in Estland (97,7 %), Rumänien (86,0 %), Belgien (77,7 %) und in Slowenien (76,1 %) sehr hoch. In den Niederlanden (53,4 %) und in Litauen (45,2 %) ist Vereinbaren weniger häufig gewünscht. Litauen ist das einzige Land, in dem das gleichzeitige Vereinbaren beider Lebensfelder keine Mehrheit findet.

Beim Wunsch nach Vereinbarkeit werden hinsichtlich der Kinderzahl und dem Arbeitszeitregime ganz unterschiedliche Modelle als ideal eingestuft. In Estland, Polen, Rumänien und Zypern möchte die größte Gruppe in Vollzeit beschäftigt sein und 2 Kinder haben. Estland verzeichnet hier mit 55,8 % die höchsten Werte. In Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden wird häufiger eine Teilzeitbeschäftigung angestrebt. In Italien haben sich 48,1 % für das Modell ‚Teilzeitbeschäftigung - 2 Kinder‘ entschieden. Im Vergleich dazu ist ein Ausstieg aus dem Berufsleben wenig populär. Dem klassischen Breadwinner-Homemaker-Modell wollen nur noch sehr wenige Frauen folgen. Beliebter ist demgegenüber der Ausstieg aus dem Erwerbsleben, solange die Kinder klein sind. In Litauen hat sich mit 48,4 % die größte Gruppe der Befragten für dieses Modell entschieden. In Italien (24,0 %), den Niederlanden (22,5 %), Deutschland (21,7 %) und

Polen (19,9 %) wird der begrenzte Berufsausstieg am zweithäufigsten genannt. Ebenfalls kaum angestrebt wird Erwerbstätigkeit ohne Kinder.

Altern der Bevölkerung und Generationensolidarität

Das demographische Altern, das auch im Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung zum Ausdruck kommt, wird als ungünstiger Trend gesehen. In allen Ländern mit Ausnahme Belgiens ist der Anteil der Befragten, die das demographische Altern negativ bewerten, höher als 50 %. In Tschechien, Deutschland, Estland, Polen und Litauen haben ca. 70 % negativ gewertet. Insbesondere in Polen mit einem hohen Anteil der Antwort ‚sehr schlecht‘ besteht eine stark negativ Sicht auf das Altern. In Rumänien und insbesondere in Belgien wird der Trend deutlich seltener mit schlecht oder sehr schlecht beurteilt.

Der Gesellschaft wird eine hohe Verantwortung bei der Pflege älterer Menschen zugewiesen. Zwischen 95,2 % (Österreich) und 61,8 % (Estland) sind der Auffassung, dass sich die Gesellschaft durch das Bereitstellen von angemessenen Institutionen und Diensten um die Betreuung älterer Menschen kümmern sollte. In Österreich und Slowenien sind die Erwartungshaltungen an die Gesellschaft bei der Betreuung Älterer in besonderem Maß ausgeprägt.

Auch die Kinder werden bei der Pflege Älterer in der Pflicht gesehen. Sehr häufig wird der Aussage zugestimmt, dass sich die Kinder um ihre alten Eltern kümmern sollen. Den Kindern wird bei der Pflege aber weniger Verantwortung als der Gesellschaft zugewiesen. Lediglich in Polen, Rumänien und Litauen ist der Anteil der Zustimmung mit 90,1 %, 87,4 % und 85,5 % sehr hoch. In Finnland besteht mit 31,6 % Zustimmung dagegen kaum die Auffassung, dass sich die Kinder um die älteren Menschen kümmern sollen.

Hinsichtlich der Pflege wird den Angehörigen weniger Zuständigkeit bescheinigt. Die Zustimmung zu der Aussage ‚es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die älteren Menschen zu kümmern‘ ist niedriger als es bei der Verantwortung der Gesellschaft und der Kinder der Fall war. Nur in Polen ist der Anteil der zustimmenden Antworten mit 80,2 % sehr hoch. Den Kindern und auch der übrigen Familie wird eine höhere Zuständigkeit als der Gesellschaft



bei der Pflege zugewiesen. In den übrigen Ländern ohne Tschechien wird eher die Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Mit alten Eltern zusammenwohnen ist nicht immer gewünscht. Die Bereitschaft, alte Eltern bei sich wohnen zu lassen, ist nur in einigen der PPAS-Ländern ausgeprägt. Der Antwortvorgabe ‚wenn meine Eltern alt sind und sich die Notwendigkeit ergibt, würde ich sie bitten, bei mir zu wohnen‘, fand in Rumänien (85,9 %), Polen (85,1 %) und Litauen (82,9 %) hohe Zustimmung. Eine relativ ausgeprägte Distanz findet sich in Deutschland (16,4 % Zustimmung) und in Belgien (23,5 %).

Eines der positiven Ergebnisse der PPAS ist, dass die Rolle der Sandwichgeneration in der Mehrheit der Länder angenommen wird und der Generationenzusammenhalt vorhanden ist. Dass man sich nicht auch noch um alte Eltern kümmern sollte, wenn kleine Kinder da sind, findet kaum Anklang. Die Zustimmung dazu befindet sich in Litauen (6,6 %), Slowenien (8,2 %), Estland (8,9 %) und Rumänien (12,9 %) auf sehr niedrigem Niveau. In Belgien und Finnland zeigen hohe Anteile von 46,3 bzw. 43,5 % zustimmender Antworten, dass eine Doppelbelastung von Eltern- und Kinderbetreuung weniger Akzeptanz findet. Darauf weisen die niedrigen Anteile an Zustimmung für die Statements, ‚ältere Menschen sollten in Altersheimen leben‘ und es ist nicht Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern. Die höchsten Werte sind jeweils mit 17,7 und 23,8 % in Finnland zu verzeichnen.

Weitere detaillierte Analysen und Ergebnisse finden sich in den beiden Bänden der Veröffentlichung, wobei

Band 1 sich mit den Forschungsergebnissen zum Thema Familienwandel befasst. Die Hauptthemen sind hier: Einstellungen gegenüber der Familie und zum Wandel der Familienstruktur, zum Stellenwert von Kindern, Fertilitätswünschen und Ansichten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zum Austausch von Ressourcen und Hilfeleistungen zwischen den Generationen.

Im Mittelpunkt von Band 2 stehen Forschungsergebnisse zum allgemeinen Wissen der Befragten über demographische Entwicklungen, Geschlechterthemen und Alterung.

Aus dem Inhalt

Band 1:

Methods and Opportunities for Analyses of the international PPAS

Pathways of welfare and population related policies

Family Matters

Fertility Intentions

Band 2:

Demographic Trends, population related policies and general attitudes

Changing attitudes on population policies?

Comparative Delphi-Study

Gender roles

Intergenerational Solidarity and Elderly

Policy Implications and Conclusions

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, Jürgen Dorbritz, BiB)

Neue Broschüre des BiB in Zusammenarbeit mit DESTATIS zum demographischen Wandel in Deutschland : „Bevölkerung– Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland“

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) hat in Zusammenarbeit mit DESTATIS die Broschüre „Bevölkerung – Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland“ veröffentlicht. (Download unter www.bib-demographie.de)

Die 79-seitige Broschüre gibt einen umfassenden und leicht verständlichen Überblick zu den vielfältigen Aspekten des demographischen Wandels in Deutschland; es werden aktuelle Trends beschrieben, Ursachen aufgezeigt und die Herausforderungen thematisiert. Die Druckauflage des Heftes ist derzeit vergriffen. Es kann aber als

PDF-Datei über die Homepage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (www.bib-demographie.de) heruntergeladen werden.

Der demographische Wandel, insbesondere das Altern der Bevölkerung, gehört zu den gravierendsten gesellschaftlichen Veränderungen und inzwischen auch zu den



meistdiskutierten Themen unserer Zeit. Er ist Belastung, Herausforderung und Chance gleichermaßen. Dem Altern der Bevölkerung kommt deshalb eine wichtige Rolle zu, weil von ihm die wesentlichen Einflüsse auf unsere sozialen Sicherungssysteme ausgehen, weil sich in ihm die Effekte einer Vielzahl von Aspekten des demographischen Wandels bündeln und weil er für die Menschen in Deutschland oder Europa direkt erfahrbar ist.

Dargestellt werden in der Broschüre neben langfristigen demographischen Trends mit der Beschreibung der beiden demographischen Übergänge und den Prognosen des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2050 eine Vielzahl von Details, die den demographischen Wandel in Deutschland ausmachen. Eingegangen wird insbesondere auf den Altersaufbau der Bevölkerung, den Verlauf der demographischen Alterung und die Chancen und Herausforderungen bei der Gestaltung des demographischen Wandels. Daneben beschreiben die Autoren die demographischen Trends Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Lebenserwartung sowie Binnenwanderung und internationale Migration, die den Verlauf der demographischen Alterung bestimmen.

Im Schwerpunkt Familie werden neben der Geburtenhäufigkeit auch die Eheschließungen und Ehescheidungen, der Wandel in den Lebensformen und Haushalts-



strukturen, der Trend zu einer späteren Familiengründung und die wachsende Kinderlosigkeit behandelt. Der Abschnitt zur Sterblichkeit enthält Analysen zur Lebenserwartung Neugeborener, zu altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten ebenso wie zu Pflege und der zukünftigen Pflegebedürftigkeit. Die Migrationsströme werden einer-

seits aus der Sicht der Binnenwanderung zwischen den Bundesländern und andererseits der Zu- und Abwanderungen über die Grenzen Deutschlands behandelt.

Daneben enthält die Broschüre drei Abschnitte mit vergleichenden Betrachtungen, die der demographischen Situation in den Bundesländern, dem demographischen Wandel in Deutschland und Europa und den Weltbevölkerungstrends gewidmet sind. (Text: Jürgen Dorbritz, BiB)

Kontakt BiB:

Dr. Jürgen Dorbritz 0611/75 20 62
juergen.dorbritz@destatis.de

Kontakt DESTATIS:

Bettina Sommer 0611/75 27 08
bettina.sommer@destatis.de

In der Reihe „Materialien zur Bevölkerungswissenschaft“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist erschienen:

Heft 124 (2007): Eckart Bomsdorf und Bernhard Babel: Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Sachsen im demographischen Wandel. Fakten und Perspektiven bis 2040. Wiesbaden 2008

Der demographische Wandel macht vor Deutschlands Städten, Gemeinden und auch Ländern nicht Halt. Dieser Band befasst sich aus diesem Anlass mit der demographischen Entwicklung der ausgewählten deutschen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersach-

sen und Sachsen. Mithilfe von Modellrechnungen werfen die Autoren einen Blick in die demographische Zukunft der vier Bundesländer. Dabei wird auf der Basis der Vergangenheit ausgehend von je drei Varianten für die drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung Fertilität, Mortali-



tät und Migration eine Vorausberechnung der Bevölkerung bis zum Jahr 2040 vorgenommen. Folgende Kernfragen stehen im Mittelpunkt:

- Wie entwickelt sich der Umfang der Bevölkerung bis 2040?
- Wie entwickelt sich die Altersstruktur der Bevölkerung bis 2040?
- Welche Bevölkerungskomponente ist für die Bevölkerungsentwicklung langfristig die wichtigste?
- Können die betrachteten Länder sich dem Gesamttrend des demographischen Wandels entziehen oder folgen sie ihm?

Grundsätzlich zeigt sich, dass sich der Umfang der Bevölkerung bereits heute auf einem unterschiedlichen Niveau bewegt. Dieses bleibt auch bis 2040 grundsätzlich erhalten. Dabei zeigen die untersuchten Bundesländer allerdings divergierende Entwicklungen. So ist in Bayern von einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs auszugehen, während in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen der Bevölkerungsumfang mit unterschiedlicher Intensität abnimmt. Nach den jeweils mittleren Varianten würden sich (unter den gesetzten Annahmen) folgende Entwicklungen ergeben: Bis zum Jahr 2020 steigt die Bevölkerung Bayerns um 2 % auf dann 12,8 Millionen Menschen und verharrt bis 2040 näherungsweise auf diesem Niveau. Im Gegensatz dazu sinkt die Bevölkerung Niedersachsens bis zum Jahr 2020 um 1 % und bis 2040 um 6 % auf dann 7,5 Millionen. Nordrhein-Westfalen verzeichnet bis 2020 einen Bevölkerungsrückgang von 2 %,



bis 2040 von 6 % auf 16,9 Millionen. Den größten Rückgang im direkten Vergleich hat Sachsen zu verzeichnen: Hier nimmt die Bevölkerung bis 2020 um 9 %, bis 2040 sogar um 26 % ab.

In allen vier untersuchten Bundesländern zeichnet sich allerdings ein einheitlicher Trend bei der Entwicklung der Altersstruktur ab. So wird in den vier Ländern (und nicht nur dort) der Anteil der 65-Jährigen und Älteren zu Lasten der Altersgruppen der unter 20-Jährigen sowie der 20- bis unter 65-Jährigen zunehmen. Dies gilt

in besonderem Maße für Sachsen, hier steigt der Anteil der Älteren von 22,3 % im Jahr 2005 auf 37,4 % im Jahr 2040, wobei der Anteil der jüngeren Bevölkerung und der mittleren Alters zurückgeht. In den drei anderen Bundesländern sind diese Änderungen ebenso vorhanden, jedoch schwächer ausgeprägt.

Die Autoren konstatieren, dass die Ergebnisse der Modellrechnungen in allen vier Bundesländern auf eine Verschlechterung gegenüber der derzeitigen Situation hinweisen – insbesondere die Entwicklung des Alten- und Jungenquotienten wird als bedenklich eingestuft. Dabei werde es vor allem in Sachsen kritisch, da hier die Bevölkerungszahl sinke und sich gleichzeitig die Alterung der Bevölkerung dramatisch verschärft. Nur in Bayern nimmt die Bevölkerung aufgrund der höheren Wanderungen etwas zu und erzielt in der vergleichenden Bewertung das beste Gesamtergebnis: Dahinter folgen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen.

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1/2008 (vs Verlag Wiesbaden 2008)

Der Band enthält folgende Beiträge:

Mariam I. Tazi-Preve, Markus Kaindl, Benedikt Krenn
Väter ohne Kinder
Charakteristika von Scheidungsvätern ohne Kontakt zu ihren Kindern (begutachteter Beitrag)

Lutz Schneider
Alterung und technologisches Innovationspotential
Eine Linked Employer-Employee Analyse

Evelyn Grünheid
Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die innere Sicherheit in Deutschland

Katharina Diehl
Mögliche Faktoren für die rasche Reduktion der ostdeutschen Übersterblichkeit nach der Wiedervereinigung



Editorial

Die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft erscheint 2008 – im 35. Jahr des Bestehens des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung als herausgebender Institution – bereits in ihrem 33. Jahrgang. 2004 erlebte die Zeitschrift mit der Einführung eines unabhängigen und anonymen Review-Verfahrens für wissenschaftliche Abhandlungen eine einschneidende Modernisierung. Seither hat sich der Markt für wissenschaftliche Publikationen erneut sehr dynamisch entwickelt, die elektronische Verbreitung von Fachaufsätzen ist in den vergangenen Jahren zunehmend wichtiger geworden. Die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft ist bestrebt, diesem Prozess – in enger Zusammenarbeit mit dem VS-Verlag – auch in den kommenden Jahren gerecht zu werden, um Autoren- wie Leserschaft weiterhin ein attraktives Medium zum wissenschaftlichen Gedankenaustausch bieten zu können.

Ab dem aktuellen Jahrgang wird die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft auf dem Portal des VS-Verlages erstmals in elektronischer Version angeboten und somit für den wissenschaftlichen Leser deutlich schneller und einfacher zugänglich sein als bisher gewohnt. Damit werden einzelne Beiträge in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft künftig besser als bisher in den einschlägigen Katalogen und Datenbanken inhaltlich erschlossen werden und recherchierbar sein, dazu dient auch die Vergabe eines Digital Object Identifier (DOI).

Eine weitere Neuerung betrifft die verstärkte Berücksichtigung englischsprachiger Beiträge ab dem Jahrgang 2008, mit der die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft das Bedürfnis von Autorinnen und Autoren aufgreift, die Ergebnisse ihrer Arbeit in einer sich zunehmend globalisierenden Forschungslandschaft einer breiten internationalen Fachöffentlichkeit zur Diskussion stellen und so die Qualität der eigenen Forschung sichern und weiterentwickeln zu können. Die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft reagiert damit auch auf die zunehmend internationaler werdenden Autorengruppen, die durch die transnationale Vernetzung von Forschungsprojek-

ten entstehen und denen so eine Möglichkeit geboten werden soll, die Ergebnisse nicht nur in den zahlreichen Landessprachen, die es in Europa gibt, sondern auch gemeinsam auf Englisch publizieren zu können.

Ab dem Jahrgang 2009 wird die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft vollständig auf Englisch umgestellt. Damit ist das Ziel verbunden, die Ergebnisse bevölkerungswissenschaftlicher Forschung aus dem und zum deutschsprachigen Raum, denen die Zeitschrift seit ihrem Erscheinen im Jahr 1975 verbunden ist, einem internationalen Publikum zugänglich zu machen. Mit der Umstellung auf Englisch wird auch eine Internationalisierung des wissenschaftlichen Beirats und bei den Gutachterinnen und Gutachtern verbunden sein. Autorinnen und Autoren seien ermuntert, aktuelle Ergebnisse ihrer Forschung und Beiträge zur demographischen Entwicklung im deutschsprachigen Raum

in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft schon in diesem Jahr einem internationalen Publikum in englischer Sprache zugänglich zu machen.

Herausgeber und Redaktion der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft hoffen, durch diese Änderungen in der Erscheinungsweise auch künftig dem Anspruch von Autoren- und Leserschaft an eine aktuelle, unabhängige und qualitätsvolle wissenschaftliche Fachzeitschrift gerecht werden zu können.

Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung



Mariam I. Tazi-Preve · Markus Kaindl · Benedikt Krenn

**Väter ohne Kinder
Charakteristika von Scheidungsvätern ohne
Kontakt zu ihren Kindern**

**Fathers without children
Characteristics of divorced fathers without
contact to their children**



Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf die Beziehung von Vätern zu ihren getrennt lebenden minderjährigen Kindern. Im Gegensatz zu vielen anderen Untersuchungen wurde in dieser Studie der Universität Wien nicht auf die Scheidungsfolgen für die Kinder, sondern auf die Väter fokussiert. Die Forschungsfrage zielt darauf ab, die Charakteristika jener Väter zu untersuchen, die nach einer Scheidung einen Kontaktabbruch zum Kind zu verzeichnen haben. Zudem wird eine Quantifizierung der betroffenen Väter für Österreich angestrebt.

Als Ausgangspunkt der Untersuchung dient ein Aufriss des internationalen Forschungsstandes seit den 1980er Jahren. Als Datenbasis ausgewertet wurde ein Sonderprogramm des Österreichischen Mikrozensus aus dem Jahr 2001. Die Ergebnisse zeigen, dass eine zahlenmäßige Erfassung des Phänomens nur eingeschränkt möglich ist. Als wesentliche Hemmfaktoren für die Aufrechterhaltung eines starken Kontaktes konnten die räumliche Distanz zwischen den Vätern und deren Kindern und die Zeitspanne seit der Trennung identifiziert werden. Bei univariater Betrachtung beeinflusst auch das Alter der Kinder bei der Scheidung das Risiko eines Kontaktabbruchs. Alleinlebende Väter halten eher Kontakt als in Zweipersonen-Haushalten lebende. Das Kontaktausmaß zum eigenen Vater sowie zu den Geschwistern steht in positivem Zusammenhang mit der Kontaktaufrechterhaltung zu den Kindern. Bedeutsam ist darüber hinaus der soziale Status. Verfügen Väter über größere Ressourcen an Bildung und einen höheren Status im Erwerbsleben, ist seltener ein Kontaktabbruch zu verzeichnen. Im multiplen Ansatz wandelt sich dieses Bild jedoch. Bei dieser Betrachtungsweise verbleiben in Österreich nur noch der Zeitraum seit der Scheidung und die Distanz zu den Kindern als signifikante Einflussgrößen in Bezug auf den vollständigen Kontaktabbruch. Weitere Untersuchungen sind notwendig, um die Kausalität des Phänomens Kontaktabbruch in der Vater-Kind-Beziehung schlüssig zu erklären.

Lutz Schneider

Alterung und technologisches Innovationspotential

Eine Linked Employer-Employee Analyse Ageing and technological Innovativeness

A linked employer-employee analysis

Zusammenfassung

Wachstum in modernen Ökonomien ist wesentlich durch das Innovationsverhalten von Firmen bestimmt. Aus demographischer Sicht fragt sich, ob die absehbare Alterung der Arbeitskräfte das Innovationspotential der Ökonomien beeinflusst. Um diese Frage zu beantworten, untersucht der Beitrag auf Basis eines deutschen Linked Employer-Employee Datensatzes, ob eine ältere Belegschaft die Fähigkeit eines Betriebes, Produktinnovationen zu generieren, vermindert. Das Vorgehen basiert auf einem Ordered-Logit-Ansatz, wobei das Innovationspotential einer Firma auf deren Altersstruktur regressiert wird. In der Analyse zeigen sich signifikante Alterseffekte. Das geschätzte Alters-Innovations-Profil folgt einem umgekehrt u-förmigen Verlauf, es erreicht sein Maximum bei einem Alter von ca. 40 Jahren.

Eine gesonderte Schätzung zeigt darüber hinaus, dass insbesondere das Alter der Ingenieure von Relevanz ist.

.....
Evelyn Grünheid

Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die innere Sicherheit in Deutschland

The consequences of demographic developments on Germany's internal security

Zusammenfassung

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der weltweiten Globalisierung, der neuen technischen Möglichkeiten und der intensiven internationalen Vernetzungen ist es nur noch schwer möglich, eine Abgrenzung zwischen innerer und äußerer Sicherheit vorzunehmen. Für die innere Sicherheit in Deutschland sind folgende Aspekte unmittelbar relevant:

- Gefahr für Leib, Leben und Eigentum der Bürger;



- Gefahr für Integrität bzw. Funktionsfähigkeit von Staat, Gesellschaft und wirtschaftlichen Institutionen;
- Verletzung von Rechtsgütern und deutschen Sicherheitsinteressen.

Im vorliegenden Artikel wird auf der Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes referiert, welche demographischen Entwicklungen wie auf diese Sicherheitsaspekte wirken können.

Gefahr für Leib, Leben und Eigentum der Bürger entsteht vor allem im Bereich der Kriminalität. Hier geht es darum, welche Auswirkungen demographische Prozesse, z.B. Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung oder im Ergebnis von Binnenwanderungsprozessen entstehende Problemgebiete, auf Kriminalitätsprozesse haben können. So können durch demographische Entwicklungen bestehende Disparitäten in der Bevölkerungsverteilung verstärkt bzw. neu hervorgerufen werden, wodurch soziale Probleme bis hin zu Sicherheitsproblemen entstehen können.

Auch im Ergebnis von Migrationsprozessen und teilweise damit verbundener mangelnder Integration von Personen ausländischer Herkunft können sich sicherheitsrelevante Probleme herausbilden. Zu denken ist hier zum Beispiel an die Entstehung von Parallelgesellschaften in bestimmten Wohngebieten, vor allem in Großstädten.

Illegale Zuwanderungen gehen bereits von vornherein mit einer Verletzung deutscher Grenzbestimmungen einher oder die Illegalität entsteht schrittweise durch Überschreitung der legalen Aufenthaltsdauer. Damit verletzt illegale Zuwanderung einerseits die Rechtsnormen (z.B. Einreisebestimmungen, Aufenthaltsbestimmungen) und stellt u.a. die staatliche Kernkompetenz der Grenzkontrolle in Frage. Andererseits sind Illegale in verstärktem Maße Ausbeutung und Willkür ausgeliefert – dadurch werden organisierte Kriminalität und Folgekriminalität gefördert.

Aber auch in einer anderen Richtung können demographische Prozesse sicherheitsrelevant werden: die Verschiebungen in der Altersstruktur der Deutschen und im Anteil ausländischer Personen verändern das für die Rekrutierung neuer Angehöriger für Armee und Sicherheitsbereich zur Verfügung stehende Potenzial.

Katharina Diehl

Mögliche Faktoren für die rasche Reduktion der ostdeutschen Übersterblichkeit nach der Wiedervereinigung

Warum leben Ostdeutsche seit der Wiedervereinigung länger?

Potential Factors for the rapid Reduction in Eastern German Excess Mortality after Reunification

Why are Eastern Germans living longer after German Reunification?

Zusammenfassung

Die Arbeit soll einen Überblick über mögliche Faktoren geben, die zur Veränderung der Mortalität der ostdeutschen Bevölkerung nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung geführt haben können. Zunächst muss zwischen der langfristigen und kurzfristigen Sicht der Veränderung der Lebenserwartung der ostdeutschen Bürger unterschieden werden. Kurzfristig kam es nach der Wiedervereinigung zu einem Rückgang in der Lebenserwartung der ostdeutschen (insbesondere der männlichen) Bevölkerung. Langfristig glich sich die ostdeutsche Lebenserwartung jedoch der höheren westdeutschen an.

Diese langfristige Sicht ist der Schwerpunkt dieser Arbeit. Dabei werden die Faktoren Migration, Gesundheitssystem, ökonomische Rahmenbedingungen, psychologische Reaktionen auf den Kommunismus, Umweltbelastungen und Lebensstil näher erläutert und anhand vorliegender Literatur bewertet.

Als Ergebnis lässt sich nach dem momentanen Stand der Forschung festhalten, dass überwiegend die Verbesserung des Gesundheitssystems zusammen mit der Veränderung der ökonomischen Bedingungen zu einer Lebensverlängerung geführt hat. Unterstützt wurden die beiden Faktoren durch eine Verminderung des psychosozialen Stresses der ostdeutschen Bürger im Vergleich zur Wendezeit sowie Veränderungen im Lebensstil.



RENTENVERSICHERUNG

Die Rentenanpassung 2008 aus demographisch-ökonomischer Perspektive

Am 10.04.2008 ist im deutschen Bundestag der Gesetzentwurf zur Rentenanpassung 2008 beraten worden, welcher am 08.05.2008 abschließend unverändert beschlossen worden ist (Deutscher Bundestag 2008; Deutscher Bundesrat 2008). Mit diesem Gesetz werden die Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zum 1. Juli 2008 um 1,1 % erhöht. Dieser Beitrag möchte die resultierenden ökonomischen Wirkungen der Rentenanpassung 2008 sowohl für die kurze, für die mittlere sowie für die lange Sichtweise aus demographisch-ökonomischer Perspektive skizzieren.

Grundlage der jährlichen Rentenanpassung ist die sogenannte Rentenanpassungsformel, die zuletzt im Jahr 2004 verändert wurde¹. Nach dieser Formel und den aktuellen Daten zur Lohn- und Gehaltsentwicklung hätte sich für das Jahr 2008 rechnerisch ein Anstieg von 0,46 % ergeben. Das Gesetz erhöht dem gegenüber die Renten um 1,1 %. Die Differenz zu der Erhöhung von 0,64 Prozentpunkten ergibt sich aus der zeitlichen Verschiebung der Veränderung des sog. „Riester-Faktors“ in der Rentenanpassungsformel. Diese Maßnahme wird auch im kommenden Jahr zu einer höheren Anpassung der Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung führen, als dies vor der Rentenanpassung 2008 geschehen wäre.

Diese „außerplanmäßige“ Rentenanpassung 2008 wird mit der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit begründet. Sie wirkte sich allerdings weniger in den beitragspflichtigen Lohn- und Gehaltssteigerungen aus als es z. B. vom Sozialbeirat im Rentenversicherungsbericht 2007 erwartet wurde². Somit ist es Ziel der Rentenanpassung 2008, die rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland stärker an der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, ohne dass die langfristigen Sicherungs- und Beitragssatzziele in der GRV gefährdet werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion wird im Rahmen dieses Beitrags zunächst ein Überblick über die grundlegenden finanziellen Mechanismen der gesetzlichen Rentenversicherung gegeben. Anschließend werden die resultierenden ökonomischen Wirkungen der Rentenanpassung 2008 sowohl für die kurze, für die mittlere sowie für die lange Sichtweise skizziert. Dabei wird ebenfalls betrachtet, wie die Vervollständigung der ausgelassenen Rentenanpassungen aus den Jahren 2005 und 2006 relevante Einflüsse auf die finanzielle Lage der GRV ausübt. Ausgangspunkt ist dabei der sozialpolitische Zielkonflikt zwischen der Absicherung der Rentner und der Belastung der sozialversicherungspflichtigen Beitragszahler. Dieser Zielkonflikt wird durch die demographische Alterung, also weniger potenzielle Beitragszahler und gleichzeitig immer mehr Rentner, an Bedeutung gewinnen. Nach bisherigem Rechtsstand³ wird die Dynamik der jährlichen Rentenanpassungen sowohl von ökonomie- als auch demographie-abhängigen Faktoren gesteuert. Diese bremsen den jährlichen Rentenanstieg im Gleichklang mit den langfristigen demographischen Alterungsentwicklungen der Bevölkerung in Deutschland.

¹ Die lohnbezogene Rentenanpassungsformel wurde seit Einführung der Dynamisierung der gesetzlichen Renten (1957) mehrmals geändert. Ein guter Überblick dazu findet sich z. B. bei Borgmann und Heidler (2003). Die letzte Reform der Anpassungsformel fand im Rahmen des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes (BGBl. I S. 1791 vom 26.07.2004) statt.

² Der Sozialbeirat überprüft einmal im Jahr in seinem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht, dass das Sicherungsniveau vor Steuern im 15-jährigen Vorausberechnungszeitraum bis zum Jahr 2020 nicht 46 % bzw. bis zum Jahr 2030 nicht 43 % unterschreitet und gleichzeitig bis zum Jahr 2020 der Beitragssatz zur GRV nicht 20 % bzw. bis zum Jahr 2030 nicht 22 % überschreitet. Falls eines dieser Ziele verletzt wird, ist die Bundesregierung dazu verpflichtet, geeignete Gegenmaßnahmen vorzuschlagen.

³ Vgl. zur Entwicklung der gesetzlichen Regelungen die jüngsten Reformen, v. a. das Altersvermögens- und Altersvermögensergänzungsgesetz (2001), das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz (2004) und das Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (2007).



Zielkonflikt zwischen Absicherung der Rentnergeneration und Belastung der Beitragszahler

Das Finanzierungsverfahren der GRV funktioniert nach dem Umlageverfahren, d. h. die Ausgaben einer Periode werden im Wesentlichen durch die laufenden Einnahmen (hauptsächlich Beiträge und Bundeszuschüsse aus Steuermitteln) derselben Periode gedeckt. Es wird in der Regel kein Finanzkapital akkumuliert. Eine Ausnahme bildet eine Rücklage (die sog. Nachhaltigkeitsreserve, bzw. vor dem Jahr 2001 als Schwankungsreserve bezeichnet), die unterjährige, saisonale Liquiditätsschwankungen ausgleicht und in schwachen Konjunkturphasen die Beitragsstabilität sichern soll.

Formal ausgedrückt, ergeben sich die Einnahmen der Rentenversicherung in einer Periode aus der Anzahl der Beitragspflichtigen (ZL) multipliziert mit deren durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt (L^d) bis zur Beitragsbemessungsgrenze und dem Beitragssatz (b^{RV}). Die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung beträgt seit dem 1.1.2008 monatlich 5.300 Euro, der Beitragssatz beträgt 19,9 %.

Die Ausgaben in der gleichen Periode setzen sich aus der Anzahl der Rentner (ZR) multipliziert mit den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen (R^d) zusammen. Der Finanzierungsanteil der Rentenausgaben, welcher aus Beitragseinnahmen stammt, beträgt $(1-a)$, wobei (a) den staatlichen Zuschuss aus Steuermitteln repräsentiert. Die Gleichgewichtsbedingung für das Umlageverfahren lautet (Schmähl 2001: 149ff):

$$b^{RV} = \frac{ZR}{ZL} \cdot \frac{R^d}{L^d} \cdot (1-a)$$

bzw.

$$b^{RV} = RQ \cdot RN \cdot (1-a)$$

b^{RV} = Beitragssatz zur GRV
 ZR = Zahl der Rentempfänger
 ZL = Zahl der Beitragspflichtigen
 R^d = Durchschnittlicher Rentenbetrag
 L^d = Durchschnittlicher SV-Bruttolohn
 a = Bundeszuschuss
 (1-a) = Finanzierungsanteil der GRV
 RQ = Rentnerquotient
 RN = (Brutto)Rentenniveau

Der Beitragssatz zur GRV ist in dieser vereinfachten Darstellung das Produkt aus dem Rentnerquotienten, dem (Brutto-)Rentenniveau und Finanzierungsanteil der Rentenversicherung an den Rentenausgaben. Gemäß Schmähl (2001, S. 150f.) lassen sich aus dieser Gleichgewichtsbedingung folgende politische Einflussmöglichkeiten ableiten:

- Erhöhung des Beitragssatzes b^{RV} ,
- Reduktion des Rentnerquotienten RQ ,
- Senkung des Bruttorentenniveaus RN ,
- Veränderung des staatlichen Finanzierungsanteils $(1-a)$ oder
- eine Kombination aus den gewählten Optionen.

Steigt der Rentnerquotient RQ (z.B. demographisch bedingt), was voraussichtlich ca. ab dem Jahr 2025 bei größer werdendem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge (Geburtskohorten der Jahrgänge 1958 bis 1968) in das Rentenalter deutlich bemerkbar sein wird, so sind darauf, unter der Nebenbedingung, dass die finanzielle Beteiligung des Staates unverändert bleibt, zwei Reaktionen idealtypisch:

1. Mit dem Ziel einer Stabilisierung des Rentenniveaus. Dieses Ziel wird erreicht, wenn Beitragssatz und Rentnerquotient mit gleicher Rate wachsen. Erhöht sich der Rentnerquotient, verursacht dies unter Konstanthaltung der übrigen Faktoren einen Anstieg des Beitragssatzes ($b^{RV\uparrow}$).
2. Mit dem Ziel einer Stabilisierung des Beitragssatzes. Hier muss als Folge des steigenden Rentnerquotienten das Rentenniveau sinken ($RN\downarrow$), wenn die anderen Faktoren konstant bleiben.

Zwischen diesen Strategien besteht ein Zielkonflikt: *eine Stabilisierung des Beitragssatzes kann bei steigendem Rentnerquotienten nur auf Kosten des Leistungsniveaus erfolgen und umgekehrt*. In der Praxis lassen sich in der Regel Kompromisslösungen aus beiden Strategien beobachten. Während in Deutschland traditionell die Rentenniveauorientierung⁴ betont wurde, steht in der jüngeren Vergangenheit eher die Beitragssatzstabilität im Vordergrund (Schmähl 2001: 150).

⁴ Beispielhaft seien an dieser Stelle die hohen Rentenanpassungen in den 1970er Jahren (teilweise mit zweistelligen Wachstumsraten gegenüber den Vorjahren) oder die Anpassungen der ostdeutschen Renten kurz nach dem Beitritt zum Bundesgebiet zu nennen (Deutsche Rentenversicherung Bund 2007a: 210).



Die Rentenanpassung 2008 wird sich auf die oben dargestellte Gleichgewichtsbeziehung auswirken. Wenn also die Altersbezüge steigen sollen, müsste bei Konstanzhaltung aller anderen Faktoren der Beitragssatz zur Rentenversicherung steigen. Der weitere Verlauf dieses Beitrags zeigt auf, welche Details bei der Beurteilung dieser Maßnahme zu beachten sind.

Berechnung und Anpassung der individuellen Rente

Um zu verstehen, was sich hinter der Rentenanpassungsformel verbirgt, muss zunächst geklärt werden, wie sich die Höhe der Altersbezüge in der GRV berechnet. Die Höhe des monatlichen Zahlbetrags setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen. Einige Faktoren sind in dieser Formel unveränderlich, ein weiterer Faktor, der so genannte aktuelle Rentenwert, ist dagegen dynamisch. Die rechtliche Grundlage dazu ist das Sechste Sozialgesetzbuch (SGB VI).

Die individuelle monatliche Rente ist das Produkt aus den persönlichen Entgeltpunkten (die wiederum das Produkt aus den erworbenen Entgeltpunkten und dem Zugangsfaktor sind), dem Rentenartfaktor und dem aktuellen Rentenwert:

Monatliche Rente = Persönliche Entgeltpunkte x Rentenartfaktor x Aktueller Rentenwert

Der Versicherte erwirbt in jedem Jahr seines Erwerbslebens Entgeltpunkte, die entscheidend für die Höhe der Altersbezüge in der GRV sind. Hier wird das individuelle versicherungspflichtige Jahresarbeitsentgelt (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) mit dem durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelt verglichen. Wer z. B. im Jahr 2007 ein (Brutto-)Jahresarbeitsentgelt von knapp 29.500 Euro hatte, erwirbt für seine Rente einen Entgeltpunkt⁵. Die Entgeltpunkte werden über die gesamte Versicherungszeit aufsummiert.

Der nächste Faktor ist der Zugangsfaktor. Er beinhaltet die Regelungen hinsichtlich gegebener Abschläge bzw. Zuschläge, wenn der Versicherte früher oder später in Rente geht als in der gewählten Rentenart vorgesehen

ist. Für jeden Monat, den der Versicherte seinen Renteneintritt vorzieht, ist ein Abschlag von 0,3 % vorgesehen. Bei einem verzögerten Renteneintritt erhält der Versicherte einen Zuschlag von 0,5 %. Ein Beispiel: das gesetzliche Renteneintrittsalter bei der Regelaltersrente liegt derzeit bei 65 Jahren, um eine abschlagsfreie Rente zu erhalten. Wenn der Versicherte mit 64 Jahren in den Ruhestand wechseln möchte, muss er einen Abschlag von 3,6 % (= 12 Monate x 0,3 %) in Kauf nehmen, bei einem Renteneintritt mit 66 Jahren erhöht sich die Rente um 6 % (= 12 Monate x 0,5 %). Die erworbenen Entgeltpunkte werden mit dem Zugangsfaktor multipliziert, woraus sich die persönlichen Entgeltpunkte ergeben. Der nächste Faktor zur Berechnung der Rente ist der Rentenartfaktor⁶. Bei der Altersrente beträgt er 1,0. Einen Rentenartfaktor von 0,5 liegt z. B. vor, wenn ein Versicherter eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung erhält⁷.

Der letzte Faktor in der Berechnungsformel, der in der politischen Debatte die größte Aufmerksamkeit erhält, ist der aktuelle Rentenwert. Im Gegensatz zu den vorher genannten Faktoren wird er jedes Jahr (zum 1. Juli des jeweiligen Jahres) neu bestimmt. Damit erhält die Höhe der Rente einen dynamischen Charakter. Der aktuelle Rentenwert „ist der Betrag, der einer monatlichen Altersrente aus Beiträgen eines Durchschnittsverdieners für ein Jahr entspricht“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: 108). Der aktuelle Rentenwert beträgt derzeit für die Renten im früheren Bundesgebiet 26,27 Euro und in den neuen Bundesländern 23,09 Euro. Da der aktuelle Rentenwert eine zentrale Größe sowohl im Hinblick auf die gesamte finanzielle Situation als auch auf die intergenerativen Belastungsverschiebungen der GRV darstellt, soll dieser im Folgenden näher erläutert werden.

Der aktuelle Rentenwert wird nach einer recht komplizierten Methode berechnet (§ 68 i. V. m. § 255e SGB VI) und besteht aus verschiedenen Faktoren: Den Anfang für den jeweils zu errechnenden aktuellen Rentenwert AR_t bildet der aktuelle Rentenwert AR_{t-1} aus dem Vorjahr. BE symbolisiert die beitragspflichtigen Einnahmen aus dem Vorjahr ($t-1$) bzw. aus dem vorvergangenen Jahr ($t-2$).

⁵ Die durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelte werden aus der Anlage 1 des SGB VI entnommen. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch beitragsfreie oder beitragsgeminderte Zeiten für Entgeltpunkte angerechnet werden (z. B. bei Kindererziehung).

⁶ Dieser drückt das Sicherungsziel der Rente im Vergleich zu einer Altersrente aus.

⁷ Weitere Rentenartfaktoren finden sich in § 67 SGB VI.



Mit der Bruttoentgeltsteigerungsrate (BE_{t-1} / BE_{t-2}) wird die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Wachstum der Volkswirtschaft zum Ausdruck gebracht. Wenn also die durchschnittlichen Löhne und Gehälter im Vergleich zum Vorjahr ansteigen, steigen die Rentenzahlbeträge zunächst im gleichen Verhältnis an. Diese Anpassung lässt sich jedoch für die weitere Zukunft nicht aufrechterhalten, wenn sich die Relation zwischen Rentnern und Beitragszahlern aus demographischen Gründen ungünstig entwickeln wird: Hinzu kommt also der so genannte *Beitragsatzfaktor*, welcher kleiner als Eins ist und dadurch die Rentenanpassung bremst. Die Steigerungen des Beitragsatzes zur Rentenversicherung (*RVB*) werden im Zähler sowie im Nenner vom Ausgangswert 100 subtrahiert. Damit ist der Bruttolohn bzw. das -gehalt nicht mehr die alleinige Grundlage für die Rentenanpassung (man spricht auch von der modifizierten Bruttolohnanpassung), sondern die um den Beitragssatz verminderten Löhne bzw. Gehälter.

Ein weiterer Aspekt der Formel ist die intendierte Erhöhung des Anteils der privaten an der gesamten Altersvorsorge – auch als „Riester-Treppe“ bekannt. Der sich daraus ergebende „Riester-Faktor“ drückt sich im Sparanteil (*AVA*) aus, der in den Jahren 2002 (AVA_{2002}) und 2003 (AVA_{2003}) jeweils 0,5 % betrug, um bis zum Jahr 2010 (AVA_{2010}) auf 4 % in 0,5 Prozentpunkt-Schritten pro Jahr anzusteigen. Mit dem Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz, BGBl. I S. 1791 vom 26.07.2004) wurde die Berechnungsformel um den *Nachhaltigkeitsfaktor* ergänzt. Ziel dieses Faktors ist es, die Rentner an den künftigen Belastungen, die sich langfristig aus dem demographischen Wandel ergeben, zu beteiligen, indem die Höhe der Steigerungsraten begrenzt wird. Über diesen langfristigen Effekt hinaus wird so durch Einbeziehung der sinkenden Anzahl an Beitragszahlern auch bei kurzfristigen konjunkturellen Belastungen per Rentenanpassung gegengesteuert, da die äquivalente Anzahl der Rentenempfänger im Verhältnis zu den äquivalenten Beitragszahlern berücksichtigt wird. Der Wert für α beträgt 0,25⁸. Dies bedeutet, dass bei der Rentenanpassung die Rentner 25 % der zusätzlichen Lasten aus der Verschie-

bung des Rentnerquotienten zuungunsten der Beitragszahler tragen (Blankart 2003: 413, Sachverständigenrat 2007: 175f.). Die Formel lautet also:

$$AR_t = AR_{t-1} \cdot \frac{BE_{t-1}}{BE_{t-2}} \cdot \frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}} \cdot \left[\left(1 - \frac{RQ_{t-1}}{RQ_{t-2}} \right) \alpha + 1 \right]$$

mit:

AR: Aktueller Rentenwert

BE_{t-1}: Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im vergangenen Kalenderjahr gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen;

BE^{*}_{t-2}: Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im vorvergangenen Kalenderjahr, unter Berücksichtigung der Veränderung der beitragspflichtigen Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer ohne Beamte, einschließlich der Bezieher von Arbeitslosengeld (die Definition weicht damit von BE_{t-1} ab);

AVA: Altersvorsorgeanteil in vH. Dieser betrug 0,5% in den Jahren 2002 und 2003 und steigt in Schritten von 0,5 Prozentpunkten auf 4,0% im Jahr 2010 („Riester-Treppe“);

RVB: Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung;

RQ: Rentnerquotient = Äquivalenzrentner/Äquivalenzbeitragszahler;

α : Gewichtungssparameter für die Veränderung des Rentnerquotienten; er beträgt 0,25.

Wie ändern sich der aktuelle Rentenwert und damit die Ausgabenseite der Rentenversicherung mit der aktuellen Gesetzesänderung? Am Beispiel des aktuellen Rentenwerts West sollen die Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem neuen Rechtsstand aufgezeigt werden. Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sind folgende Daten zur Berechnung des neuen aktuellen Rentenwerts zu entnehmen:

$$\begin{aligned} AR_{2008} &= 26,27 \text{ Euro} \cdot \frac{28.166 \text{ Euro}}{27.776 \text{ Euro}} \cdot \frac{100 - 2,0 - 19,9}{100 - 2,0 - 19,5} \cdot 1,0022 \\ &= 26,27 \text{ Euro} \cdot 1,0140 \cdot 0,9949 \cdot 1,0022 \\ &= 26,56 \text{ Euro} \end{aligned}$$

Nach dem bisherigen Rechtsstand wäre der aktuelle Rentenwert niedriger ausgefallen:

$$\begin{aligned} AR_{2008} &= 26,27 \text{ Euro} \cdot \frac{28.166 \text{ Euro}}{27.776 \text{ Euro}} \cdot \frac{100 - 2,5 - 19,9}{100 - 2,0 - 19,5} \cdot 1,0022 \\ &= 26,27 \text{ Euro} \cdot 1,0140 \cdot 0,9885 \cdot 1,0022 \\ &= 26,39 \text{ Euro} \end{aligned}$$

Da die Veränderung des Riesterfaktors ausgesetzt wurde – also nicht von 2 % auf 2,5 % für 2008 ansteigen wird – ergibt sich für die aktuelle Rentenanpassung statt einer Rentensteigerung von 0,46 % eine Erhöhung um 1,1 %.

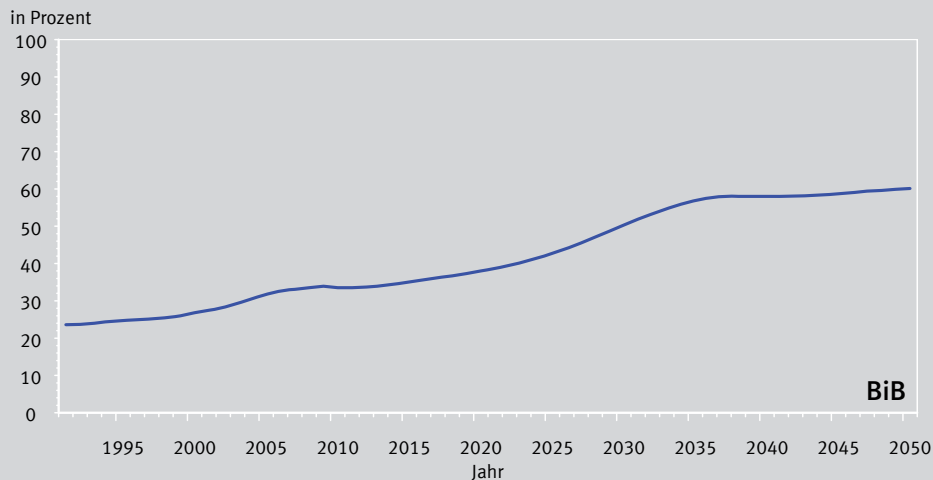
Auswirkungen der geplanten Rentenreform auf die Finanzen der GRV

Im Folgenden werden die kurz-, mittel- und langfristigen fiskalischen Konsequenzen dieser Reformmaßnahme aufgezeigt.

⁸ Aus der mathematischen Perspektive wurde der Parameter α auf 0,25 gesetzt, um damit in den Vorausberechnungen die langfristigen Beitrags- und Sicherungsziele gleichzeitig zu erreichen.



Abb. 1: Entwicklung des Altenquotienten (über 65-Jährige zu den 20-64-Jährigen) der Bevölkerung Deutschlands von 1991 bis 2050 (ab 2007 gemäß der Projektionsvariante "Obergrenze der mittleren Bevölkerung" der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes)



Datenquelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamts

Etwa ab dem Jahr 2018 wird ein demographisch bedingter Schrumpfungsprozess auf den Arbeitsmärkten einsetzen. Er entsteht durch den altersbedingten Austritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1958 bis 1968 Geborenen und der seit ca. 1975 zwischen 1,3 und 1,4 Kindern je Frau niedrig liegenden jährlichen Geburtenziffer. Daraus folgend wird das Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20-64-Jährigen (der Altenquotient, AQ 65 – die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen von 20 bis unter 65 Jahren) von aktuell 33,1 auf ca. 60 im Jahr 2050 ansteigen (vgl. Abbildung 1).

Kurzfristige Auswirkungen (bis 2010)

Die zusätzliche Rentenerhöhung soll durch das Aussetzen der „Riester-Treppe“ im Jahr 2008 um 0,64 Prozentpunkte höher ausfallen als nach der ursprünglichen Rentenanpassungsformel. Für das Jahr 2009 ist nach den Berechnungen eine zusätzliche Erhöhung der Rentenzahlungen von 0,63 Prozentpunkten zu erwarten⁹.

Die zusätzlichen Ausgaben durch Rentenzahlungen aus dieser Maßnahme belaufen sich im Jahr 2008 auf rund 1,3 Mrd. Euro, im Jahr 2009 ergeben sich Mehraufwendungen

von knapp 2,7 Mrd. Euro. Finanziert wird dies aus der Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung, die für das Jahr 2008 gemäß der Prognose (Deutscher Bundestag 2008: 27) des Rentenversicherungsberichts 2007 auf 14,1 Mrd. Euro taxiert wurde. Damit wird durch die gesetzliche Maßnahme die Nachhaltigkeitsrücklage im Jahr 2008 um ca. 0,05 Monatsausgaben und im Jahr 2009 um ca. 0,2 Monatsausgaben zurückgefahren. Die Beitragssätze

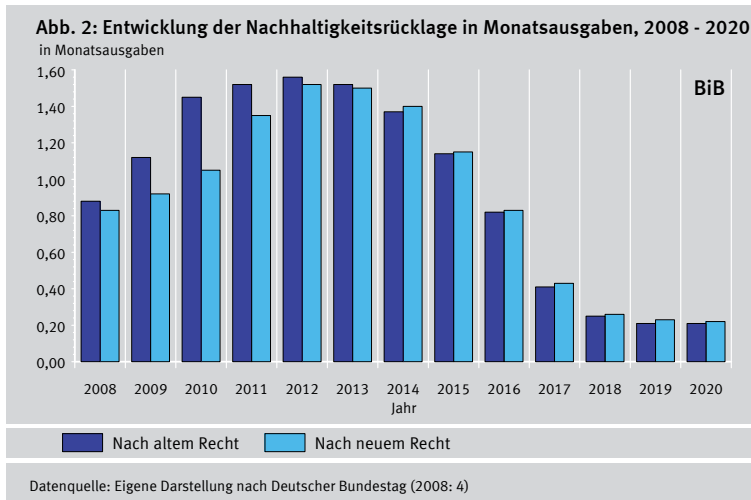
zur gesetzlichen Rentenversicherung bleiben bis zum Jahr 2010 konstant bei 19,9 %.

Mittelfristige Auswirkungen (bis 2020)

Durch die Finanzierung der Erhöhung der Rentenzahlung aus der Nachhaltigkeitsrücklage in den Jahren 2008 und 2009 verzögert sich das Überschreiten der Nachhaltigkeitsrücklage über den „kritischen“ Wert von 1,5 Monatsausgaben um ein Jahr (vorher 2011, nun 2012). Bei der (voraussichtlichen) Überschreitung dieses kritischen Wertes zum Ende eines Kalenderjahres muss gemäß § 158 SGB VI der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung (ab Anfang dieses Kalenderjahres) gesenkt werden. Der prognostizierte monetäre Verlauf der Nachhaltigkeitsrücklage in Monatsausgaben vor und nach der Rentenreform 2008 ist in Abbildung 2 dargestellt.

In der Abbildung 3, die die prognostizierte Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Prozent vom Bruttoarbeitslohn der Jahre 2008 bis 2020 zeigt, ist die Verschiebung der Reduzierung des Beitragssatzes ersichtlich. Fasst man die Differenzen der beiden Kurven zusammen, entgeht den Beitragszahlern und Ar-

⁹ Die Zahlen der nachstehenden Erläuterungen zu den kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Reform 2008 stammen, sofern nicht anders gekennzeichnet, aus dem Gesetzentwurf zur Rentenanpassung 2008.



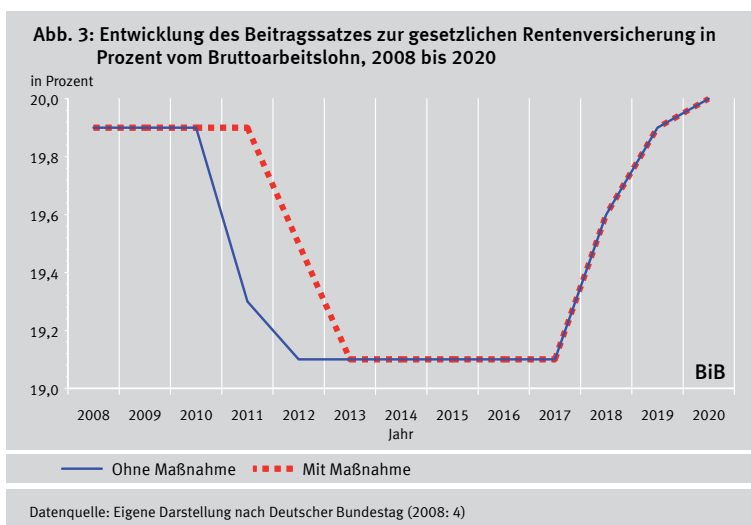
beitgebern durch die Verschiebung eine Reduzierung des Beitragssatzes um 1 Prozentpunkt für ein Jahr, was nach „Faustdaten“ der deutschen Rentenversicherung Bund 2007 in etwa 8,7 Mrd. Euro entspricht (Deutsche Rentenversicherung Bund 2007b: 10). Die Rentenerhöhung der Jahre 2008 und 2009 zieht noch in den Jahren 2010 bis 2013 höhere Rentenzahlungen nach sich, welche sich *zusätzlich* in Höhe von ca. 9,3 Mrd. Euro auf die Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung auswirken.

Die ursprünglich im Jahr 2011 endende „Riestertreppe“ wird durch die neue Gesetzgebung nun bis 2013 fortgeführt. Die Riestertreppe bremst die Erhöhung des Rentenwertes in den Jahren 2012 und 2013 in der Weise, dass im Jahr 2014 die Rentenwerte ohne und mit Rentenreform 2008 entsprechen. Hierbei muss aber erwähnt werden, dass schon zur Zeit der Rentenwert per se durch die Wir-

kung der Schutzklausel in den Jahren 2005 und 2006 über dem rechnerischen Wert nach der Rentenanpassungsformel liegt, welche planmäßig ab 2011 durch Wirksamkeit des Nachholfaktors aufgeholt werden sollte. Die Schutzklausel nach § 68a SGB VI greift dann, wenn die beiden Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel zu einer negativen Rentenanpassung führten. In diesem Fall wird der aktuelle Rentenwert aus dem Vorjahr fortgeschrieben. Durch die über die Schutzklausel ausgesetzten Rentenkürzungen kumulieren sich seit 2007 pro Jahr auf ca. 3,5 bis 4 Milliarden Euro (Sachverständigenrat 2006: 238; Deutscher Bundestag 2007: 36) an zusätzlichen Rentenzahlungen, was bis zum Jahr 2011 ca. 17,5 bis 20 Milliarden Euro entspricht. Da die Riestertreppe aber nun bis zum Jahr 2013 läuft, stellt sich die Frage, ob und wann die ausgesetzten Rentenkürzungen der Jahre 2005 und 2006 nachgeholt werden sollen.

Langfristige Auswirkungen (bis 2030)

Wesentlich bei der Betrachtung langfristiger Auswirkungen ist dabei, das langfristige Ziel im Auge zu behalten: Nach §154 SGB VI ist ein Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung im Jahr 2030 von maximal 22 % einzuhalten, während das Rentenniveau vor Steuern nicht einen Wert von 43 % nicht unterschreiten darf. Nach dem Gesetzentwurf zur Rentenreform 2008 laufen zwischen den Jahren 2020 und 2030 sowohl ohne und als auch mit Maßnahme Beitragssatz, Rentenwert und Nachhaltigkeitsrücklage im Einklang. Damit scheinen die vorgegebenen Ziele erreichbar zu bleiben. Allerdings könnte eine bis 2020 nicht nachgeholte Dämpfung der Rentenanpassungen aus den Jahren 2005 und 2006, die sich bis 2020 auf insgesamt ca. 50 bis 60 Mrd. Euro kumulieren würde, die Zielerreichung gefährden. Da sich z. B. anhand des Altenquotienten (vgl. Abbildung 1) antizipieren lässt, dass die Zeit der maximalen Belastung für die gesetzliche Rentenversicherung zwischen den Jahren 2025 und 2040 liegen wird, müssten bis dahin die per Schutzklausel ausgesetzten Rentendämpfungen nachgeholt





sein, um zusätzliche Belastungen zu vermeiden, die die langfristigen Beitragssatz- und Rentenniveaueziele ab dem Jahr 2025 gefährden können.

Fazit

Grundsätzlich scheint die temporäre Verschiebung der Riester-Treppe finanzierbar zu sein, ohne dass die Beitragssätze zur GRV erhöht werden müssten. Kurzfristig werden dazu die Überschüsse, die zum Aufbau der Nachhaltigkeitsrücklage dienen, verwendet. Allerdings zeigt sich in der mittelfristigen Perspektive, dass die in 2011 beginnenden Beitragssatzsenkungen nach den bisher geltenden gesetzlichen Regelungen um ein Jahr verschoben werden müssten. Dies bedeutet, dass die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dieser Phase die durch die Rentenerhöhung anfallenden Mehrausgaben durch einen höher als bislang vorgesehenen Beitragssatz tragen würden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die aktuellen zusätzlichen Rentenerhöhungen durch spätere geringere Rentenanpassungen aufgrund der Wirksamkeit der Riesterfaktoren in den Jahren 2012 und 2013 wieder ausgeglichen werden und dass ab dem Jahr 2011 die Vervollständigung der Schutzklausel der ausgesetzten Rentenkürzungen aus den Jahren 2005 und 2006 noch aussteht. Weil mit dem Austritt der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ab dem Jahr 2020 der zahlenmäßig größte Zuwachs an Rentnern zu erwarten ist, ist zur Erreichung der langfristigen Ziele zum Beitragssatz und Rentenniveau eine möglichst frühzeitige Vervollständigung der Schutzklausel empfehlenswert.

Literatur

- Blankart, Charles Beat (2003): Öffentliche Finanzen in der Demokratie. Eine Einführung in die Finanzwissenschaft, 5. Auflage, Verlag Vahlen, München
- Borgmann, Christoph; Heidler, Matthias, 2003: Demographics and Volatile Social Security Wealth: Political Risks of Benefit Rule Changes in Germany, CESifo Working Paper No. 1021
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008) (Hrsg.): Soziale Sicherung im Überblick
[http://www.bmas.de/coremedia/generator/1040/property=pdf/soziale__sicherung__gesamt.pdf vom 09.04.2008]
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2007a) (Hrsg.): Rentenversicherung in Zeitreihen 2007, DRV-Schriften Band 22, Berlin
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2007b) (Hrsg.): Rentenversicherung in Zahlen 2007, Berlin
- Deutscher Bundesrat (2008) (Hrsg.): Gesetzbeschluss des Deutschen Bundestages. Gesetz zur Rentenanpassung 2008, Bundesratsdrucksache 321/08 vom 23.05.2008
- Deutscher Bundestag (2007) (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2007) und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2007, Bundestagsdrucksache 16/7300 vom 22.11.2007
- Deutscher Bundestag (2008) (Hrsg.): Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes zur Rentenanpassung 2008, Bundestagsdrucksache 16/8744 vom 08.04.2008
- Schmähl, Winfried (2001): Umlagefinanzierte Rentenversicherung in Deutschland. Optionen und Konzepte sowie politische Entscheidungen als Einstieg in einen grundlegenden Transformationsprozeß. In: Schmähl, Winfried; Ulrich, Volker (Hrsg.): Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen, Tübingen, Mohr Siebeck, S. 123–204
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2006): Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen, Jahresgutachten 2006/07
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/08
- Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Frank Micheel, Manfred Scharein, BiB



BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Weiterer Bevölkerungsrückgang in Deutschland im Jahr 2006

(Dr. Claire Grobecker, Dipl.-Ing. Elle Krack-Roberg, Dipl. Volkswirtin Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung 2006.

In: Wirtschaft und Statistik 1/2008, Wiesbaden 2008)

Im Jahr 2006 ist die Bevölkerungszahl in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr 2005 weiter zurückgegangen. Lebten Ende 2005 noch 82,4 Millionen Menschen in Deutschland, so waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Ende 2006 mit 82,3 Millionen 123 000 (oder 0,1 %) weniger. Dabei ist nach den Angaben der Statistiker der Rückgang vor allem darauf zurückzuführen, dass das wachsende Defizit der Geburten gegenüber den Sterbefällen von 149 000 durch den rückläufigen Zuwanderungsüberschuss von 23 000 Personen nicht mehr ausgeglichen wurde.

Immer weniger Kinder wurden 2006 geboren...

Die Zahl der lebendgeborenen Kinder sank 2006 gegenüber 2005 um 13 000 auf 673 000. Nach einer Stagnation der Geburtenzahlen im Jahr 2004 gab es somit wie bereits 2005 auch 2006 wieder einen deutlichen Geburtenrückgang. Grund für diese Entwicklung, so das Statistische Bundesamt, war das Aufrücken geburtenschwacher Jahrgänge in das Alter von Mitte 20 bis Mitte 30. Die Zahlen verdeutlichen dies: 1995 lebten 6,7 Millionen Frauen dieser Altersgruppe in Deutschland, 2006 waren es nur noch etwa 4,8 Millionen.

Auch die zusammengefasste Geburtenziffer ging 2006 mit 1,33 Kinder pro Frau etwas zurück, 2005 lag sie bei 1,34.

... dafür immer mehr außerhalb von Ehen

Die Zahl der Kinder, die 2006 außerhalb einer Ehe geboren wurden, lag 2006 bei 30 %; 2005 waren es noch 29 %. Wie deutlich der Anstieg ist, zeigt der Vergleich mit früheren Zahlen: So hatten 1995 nur 16 % der Neugeborenen Eltern, die nicht miteinander verheiratet waren.

Frauen hatten auch 2006 eine höhere Lebenserwartung als die Männer

Gegenüber dem Vorjahr hat sich 2006 auch die Zahl der Sterbefälle mit 822 000 um 1 % verringert. Da der Anteil der Frauen an der älteren Bevölkerung höher ist, starben entsprechend mehr Frauen (53 % der Sterbefälle) als Männer. Nach Angaben der Statistiker war von den gestorbenen Frauen die Hälfte mindestens 83 Jahre alt und fast ein Viertel (102 000) 90 Jahre oder älter. Unter den 2006 verstorbenen Männern war jeder zweite 74 Jahre oder älter. Auf unter 60-Jährige entfielen 17 % der Sterbefälle

der Männer und nur 7,7 % der Frauen. Und der Trend bei der Lebenserwartung zeigt weiter nach oben. Nach den Berechnungen der Sterbetafel 2004/2006 konnte ein neugeborener Junge damit rechnen, durchschnittlich 76,6 Jahre alt zu werden, ein neugeborenes Mädchen 82,1 Jahre. Vergleicht man diese Zahlen mit der vorherigen Sterbetafel 2003/2005, so zeigt sich ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung um 0,3 Jahre bei den Frauen und um 0,4 Jahre bei den Männern. Der schnellere Rückgang bei den Geburten als bei den Sterbefällen hat ein höheres Geburtendefizit als im Jahr 2005 zur Folge: So starben 2006 149 000 Menschen mehr als Kinder geboren wurden – im Jahr zuvor hatte dieses Defizit noch 144 000 und 2004 113 000 betragen.

Rückläufige Tendenzen bei der Binnen- und Außenwanderung 2006

Neben der Geburtenentwicklung und der Mortalität spielt die Migration eine entscheidende Rolle für die demographische Entwicklung. Für das Jahr 2006 lässt sich nach den Berechnungen der Statistiker ein Rückgang um 128 000 Fälle an Zu- und Fortzügen im Vergleich zum Vorjahr konstatieren. Dabei betrifft der Rückgang sowohl die Binnen- (- 93 000 Fälle) als auch die Außenwanderung (- 35 000 Fälle). Somit setzen sich die rückläufigen Tendenzen der letzten Jahre fort. Gewinner bei der Wanderungsbilanz sind – mit Ausnahme des Saarlands und Hessen – die alten Bundesländer und Berlin. Einen Wanderungsverlust weisen die neuen Bundesländer und das Saarland auf. In den neuen Bundesländern gab es zwischen 1991 und 2006 eine Nettoabwanderung von knapp einer Million Menschen. Festzuhalten ist, so die Analysen,



dass die Abwanderung aus dem Osten in erster Linie die Gruppe der 18- bis 30-jährigen Erwachsenen betraf, in umgekehrter Richtung war dies weniger stark ausgeprägt. Hinzu kam, dass sich auch 2006 für die neuen Bundesländer höhere Wanderungsverluste für die Frauen (28 900) als für die Männer (25 300) ergaben.

Die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Brandenburg wiesen bei der Außenwanderung eine negative Bilanz auf. Darüber hinaus wiesen alle Länder außer Niedersachsen bei der Außenwanderung von Deutschen einen negativen Saldo auf.

Der Osten verliert – der Westen gewinnt

Bei der Analyse der Bevölkerungszahlen zeigt sich, dass die Bevölkerung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) zwischen 1991 und 2006 von 14,75 Millionen um 1,51 Millionen zurückgegangen ist. Im gleichen Zeitraum nahm die Bevölkerungszahl der alten Bundesländer (ohne Berlin) von 61,57 Millionen um 4,1 Millionen auf 65,67 Millionen zu.

Deutschland ist auch 2006 weiter gealtert

Auch im Jahr 2006 hat sich der Altersaufbau in Deutschland weiter in Richtung ältere Generation verschoben. Dabei stieg nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes wie bereits in den vergangenen Jahren insbesondere die Zahl der 60-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung insgesamt weiter an: So gehörten 2006 dieser Altersgruppe 20,6 Millionen Personen an und somit 25% der Bevölkerung; Ende 1990 waren es noch 20%. Die jüngeren und mittleren Jahrgänge sind dagegen seit Mitte der 1990er Jahre trotz der Wanderungsüberschüsse rückläufig. So lebten Ende 2006 16,2 Millionen Kinder und junge Menschen unter 20 Jahren in Deutschland (20% der Bevölkerung; Ende 1990: 22%) und 45,5 Millionen (55%; Ende 1990: 58%) gehörten der Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen an.

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEN USA

Weiterer Anstieg der Bevölkerung in den USA: Neue Bevölkerungsprojektionen bis zum Jahr 2050

Die Bevölkerung in den USA wird bis zum Jahr 2050 von 303 Millionen im Jahr 2007 auf 438 Millionen Menschen anwachsen, sollten die gegenwärtigen Trends weiter anhalten. Dabei werden 82 % der Zunahme durch Immigranten und ihre Nachgeborenen verursacht. Die Zahl der im Ausland geborenen und in den USA lebenden Menschen wird von 36 Millionen 2005 auf 81 Millionen 2050 zunehmen. Gleichzeitig wird sich das ethnische Profil Amerikas weiter verändern, so dass die nicht-hispanischen Weißen ihren Mehrheitsstatus verlieren werden. Gewinner dieser Entwicklung ist die Gruppe der Latinos, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sich verdreifachen wird. Zu diesem Ergebnis kommen neue Bevölkerungsprojektionen des Pew Research Center in Washington.

Nicht-hispanische Weiße als „Verlierer“ der demographischen Entwicklung

Wie aus der Studie hervorgeht, wird 2050 einer von fünf Amerikanern (19%) ein Immigrant sein. Im Jahr 2005 war es einer von acht (12%). Dabei wird sich die Zahl der Latinos als gegenwärtig kleinste ethnische Minderheit in ihrer Größe verdreifachen und den größten Beitrag für das Bevölkerungswachstum zwischen 2005 und 2050 liefern. Die Gruppe der Hispanics wird im Jahr 2050 29% der US-Bevölkerung stellen, verglichen mit 14 % im Jahr 2005. In absoluten Zahlen ausgedrückt

werden die Hispanics nach der Projektion von 42 Millionen 2005 auf 128 Millionen anwachsen. Die nicht-hispanische weiße Bevölkerung, die 2005 noch 200 Millionen zählte, wird aufgrund geringer Immigrationszahlen und einer niedrigen Fertilität weniger wachsen als andere ethnische Gruppen und 2050 mit 47% Bevölkerungsanteil (gegenwärtig: 67%) zu einer Minderheit werden. Am Ende des Projektionszeitraumes wird sie dann 207 Millionen Menschen zählen (vgl. Tabelle 1).

Insgesamt wird sich der ethnische Mix des Jahres 2050 deutlich von der Situation des Jahres 2005 unterscheiden.



Tabelle 1: Zusammensetzung der US-Bevölkerung 2005 und 2050, aktuell und Projektion

	2005	2050
Population (in Millionen)	296	438
Im Ausland geborene	12 %	19 %
Ethnische Gruppen		
Nicht-hispanische Weiße	67 %	47 %
Hispanier	14 %	29 %
Schwarze	13 %	13 %
Asiaten	5 %	9 %
Altersgruppen		
Kinder (17 Jahre und jünger)	25 %	23 %
Im berufsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre)	63 %	58 %
Ältere (65 Jahre und älter)	12 %	19 %

Datenquelle: Pew Research Center, 2008

So wird sich auch der Anteil von Menschen asiatischer Herkunft von 5 % 2005 auf 9 % 2050 erhöhen: von 14 Millionen 2005 auf 41 Millionen im Jahr 2050.

Demographische Verschiebungen der Altersstruktur

Gleichzeitig wird die Fertilität insbesondere unter den nicht-hispanischen Weißen weiter zurückgehen – im Gegensatz dazu wird vor allem bei der Zunahme der hispanischen und asiatischen Bevölkerungsgruppen die ansteigende Fertilität eine entscheidende Rolle spielen.

Darüber hinaus wird der Anteil der älteren Bevölkerung den Projektionen zufolge sich zwischen 2005 und 2050 mehr als verdoppeln: Zählten 2005 noch 37 Millionen Menschen zur Altersgruppe der über 65-Jährigen, werden es 2050 81 Millionen in dieser Gruppe sein. Die Immigration spielt als Ursache für den Anstieg in dieser Gruppe eine geringe Rolle. Dazu wird sich die Zahl der Amerikaner im berufsfähigen Alter und die Zahl der Kinder viel langsamer wachsen als die Zahl der Älteren. Die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren wird von 186 Millionen 2005 auf 255 Millionen im Jahr 2050 ansteigen. Der Anstieg ist vor allem von den zukünftigen Immigranten und ihren Nachkommen verursacht. Dagegen wird der Anteil der unter 17-Jährigen 2050 von 73 Millionen im Jahr 2005 auf 102 Millionen 2050 ansteigen, im Vergleich zum Wachstum der Gesamtbevölkerung ein deutlich lang-

sames Wachstum. Die Zunahme beruht hier in erster Linie auf den zukünftigen Immigranten und ihren Nachkommen. Immer mehr Kinder werden 2050 aus Immigrantenfamilien stammen: Waren es 2005 noch 23 %, so wird der Anteil bis 2050 auf 34 % ansteigen. Der Anteil von Kindern hispanischer Abstammung wird von 20 % 2005 auf 35 % 2050 wachsen. Dagegen wird die Zahl der Kinder Weißer nicht-hispanischer Herkunft von gegenwärtig 59 % der Kinder auf 40 % im Jahr 2050 absinken.

Amerikas „Melting Pot“ wird bunter und vielfältiger

Hauptverantwortlich für den Bevölkerungszuwachs ist somit nach den Ergebnissen der Projektion die Immigration in

die USA. Nach Ansicht des Demographen Carl Haub vom Population Reference Bureau ist diese Entwicklung nachvollziehbar, da die globalen demographischen Trends auf eine zunehmende Immigration in die USA hinweisen. Die Bevölkerungen in den Herkunftsländern der Immigranten werden weiter wachsen und einen immer größeren Pool potenzieller Immigranten darstellen. So wird Afrika zwischen 2005 und 2050 um eine Milliarde Menschen wachsen und Indien im gleichen Zeitraum um eine halbe Milliarde. In Lateinamerika, aus dem gut die Hälfte der heutigen Immigranten stammen, wird die Bevölkerung um 40 Millionen ansteigen. Unabhängig davon, wie sich die Lage zukünftig entwickeln wird, werden die USA, so Haub – im Hinblick auf die ethnische Zusammensetzung – zu einem immer bunter gemischten Land werden. Die Frage ist letztlich nur, wie vielfältig sich die Bevölkerung dann zusammensetzen wird.

(Zusammenfassung: B. Gückel, BiB)

(Quellen:

- Jeffrey S. Passel and D`Vera Cohn: U.S. Population Projections: 2005-2050. Pew Research Center, Februar 2008. Download unter: <http://pewresearch.org>.
- Carl Haub: U.S. Population could reach 438 Millionen by 2050, and Immigration is key. Population Reference Bureau Februar 2008. Download unter www.prb.org.



AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

**Ausländerzahl in Deutschland geringfügig zurückgegangen
(Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 18.02.2008)**

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) weist das Ausländerzentralregister (AZR) am Jahresende 2007 insgesamt rund 6,74 Millionen Personen in Deutschland nach, die ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Ihre Zahl ist gegenüber 2006 um etwas mehr als 6 100 Personen (– 0,1 %) zurückgegangen.

Diese leichte Verminderung der Ausländerzahl ergibt sich aus folgenden Veränderungen: Knapp 402 400 ausländische Personen sind im Laufe des Jahres 2007 nach Deutschland zugezogen oder wurden hier geboren, knapp 279 000 haben Deutschland im gleichen Zeitraum verlassen oder sind verstorben; rund 129 500 sind aus anderen Gründen aus dem Zentralregister ausgeschieden, zum Beispiel durch Einbürgerung.

Rund 5,4 Millionen oder 80 % aller ausländischen Personen in Deutschland hatten am Jahresende 2007 einen europäischen Pass. 35 % von ihnen (2,3 Millionen) kamen aus den nunmehr 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, weitere 30 % (2,0 Millionen) aus den drei Kandidatenländern der Europäischen Union und nochmals 15 % (1,0 Million) aus anderen europäischen Ländern. 12 % stammten aus Asien, 4 % aus Afrika, 3 % aus Amerika und 1 % hatten keine oder eine ungeklärte Staatsangehörigkeit. Die wichtigsten Herkunftsländer der hier lebenden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind die Türkei mit einem Anteil von 25 %, Italien mit 8 %, Polen mit 6 %, Serbien und Montenegro einschließlich der beiden Nachfolgestaaten mit zusammen 5 %, Griechenland mit 4 % und Kroatien sowie die Russische Föderation mit jeweils 3 %.

Ende 2007 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller ausländischen Personen in Deutschland 17,7 Jahre. 35 % der ausländischen Bevölkerung wohnen mehr als 20 Jahre hier. Über 70 % (4,8 Millionen) halten sich seit mindestens acht Jahren hier auf und haben so die notwendige Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung erreicht.

1,3 Millionen oder 20 % aller im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländer wurden in Deutschland geboren. Der Anteil der Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit liegt hier mit 34 % deutlich höher als bei den Ausländern insgesamt.

Frauen machen 48,7 % der registrierten ausländischen Bevölkerung aus. Sie waren im Durchschnitt 36,9 Jahre alt und lebten seit 16,9 Jahren in Deutschland. Das Durchschnittsalter der ausländischen Männer lag bei 37,7 Jahren, ihre Aufenthaltsdauer bei 18,5 Jahren. Das Durchschnittsalter bei Männern wie Frauen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Jahre gestiegen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer um 0,4 Jahre – beides vor allem eine Folge des Optionsmodells, nach dem die Kinder mehrheitlich auch dann als Deutsche geboren werden, wenn beide Eltern eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.

Die 2007 nach Deutschland zugezogenen Ausländerinnen waren im Mittel 27,8 Jahre alt, die männlichen Ausländer 30,6 Jahre. 70 % aller neu Zugezogenen kamen aus Europa, 52 % von ihnen aus den Ländern der Europäischen Union, hier vor allem aus Polen.

Die Ausländerinnen, die Deutschland 2007 verlassen haben, waren im Schnitt 34,7 Jahre alt und hatten 8,2 Jahre hier gelebt, bei den Ausländern lag das Alter bei 36,9 Jahren und die Aufenthaltsdauer bei 9,0 Jahren. Damit unterscheidet sich die 2007 aus Deutschland fortgezogene von der noch ansässigen ausländischen Bevölkerung durch ein geringfügig niedrigeres Alter und eine nur knapp halb so lange Aufenthaltsdauer.

Das Ausländerzentralregister (AZR) erfasst nur Ausländerinnen und Ausländer, die sich „nicht nur vorübergehend“ in Deutschland aufhalten. Es wird deshalb bei Bestandszahlen und Veränderungen in der Regel niedrigere Werte ausweisen als Datenquellen ohne eine solche Einschränkung. Aus diesem Grund dürfen die Bestandszahlen aus dem AZR nicht unmittelbar mit jenen aus der Bevölkerungsfortschreibung und die Zu- und Fortzüge aus dem AZR nicht mit entsprechenden Angaben aus der Wanderungsstatistik verglichen werden.

(Text: StBA)



MIGRATIONSBERICHT 2006

Weiterer Rückgang der Zuzugszahlen im Jahr 2006 nach Deutschland

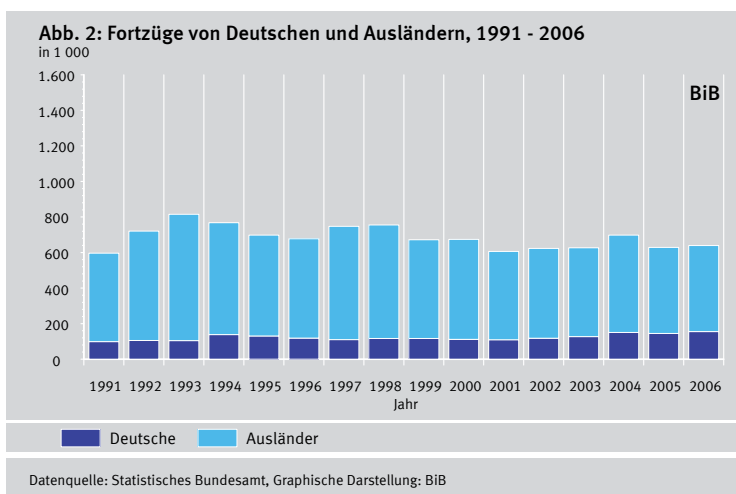
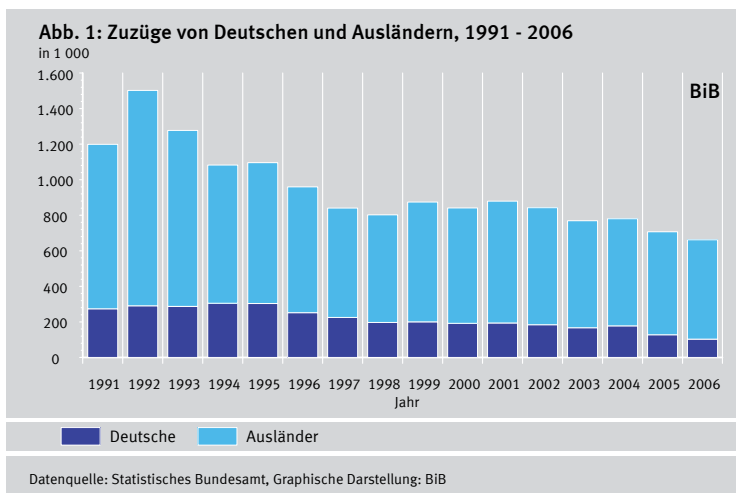
Die Zahl der Zuzüge nach Deutschland ist 2006 weiter zurückgegangen. Insgesamt sind in diesem Jahr 661 855 Menschen nach Deutschland gezogen, darunter 558 467 ausländische Staatsangehörige. Dies geht aus dem aktuellen Migrationsbericht für das Jahr 2006 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung hervor.

Die Zahl der gesamten Zuzüge ist dem Bericht zufolge gegenüber dem Vorjahr um 6,4 % gesunken, nachdem bereits 2005 ein Rückgang um 9,3 % zu verzeichnen war. Leicht ansteigend war dagegen die Zahl der Fortzüge, die gegenüber dem Jahr 2005 um 1,7 % auf 639 064 anstieg. Darunter waren 483 774 Fortzüge von Ausländern und mehr als 155 000 Fortzüge von Deutschen. Der

Gesamtwanderungssaldo (also der Saldo von Zu- und Abwanderung) von Deutschen und Ausländern hat sich gegenüber den Vorjahren weiter verringert und liegt nun bei einem Überschuss von +22 791 Zuzügen. Auch der Wanderungsüberschuss bei den Ausländern ist gegenüber 2005 gesunken und betrug im Jahr 2006 +74 693 Zuzüge. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil ausländischer Staatsangehöriger am Zuwanderungsgeschehen auf

84,4 % angestiegen. Der Anteil Deutscher an der Zuwanderung ist dagegen auf 15,6 % gesunken. Nach Ansicht der Statistiker liegt der Grund hierfür in dem deutlich ausgefallenen Rückgang der Spätaussiedlerzuwanderung.

Insgesamt angestiegen ist die Zahl der Fortzüge in den letzten Jahren und damit auch der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung: lag er bis zum Jahr 2002 bei unter 20 %, so stieg er im Jahr 2006 auf 24,3 % an.



Herkunftsland Nummer 1 im Jahr 2006 war Polen

Die meisten Zuwanderer kamen 2006 aus Polen: 163 643 Zuzüge wurden gezählt und damit mehr als im Jahr 2005, als 159 157 Polen nach Deutschland kamen. In den drei Jahren seit dem EU-Beitritt Polens war damit ein Anstieg der Zuzüge um 56 % zu verzeichnen. Das quantitativ zweitwichtigste Herkunftsland war die Türkei: 2006 wurden nach Angaben des BAMF 31 449 Zuzüge nach Deutschland registriert. Dabei war das Migrationsgeschehen aus der Türkei vor allem durch Zuwanderung im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs sowie von Asylantragstellern gekennzeichnet. Weitere Hauptherkunftsländer waren 2006 die USA mit 3,8 % und Rumänien mit 3,6 %. Ein



differenzierter Blick auf die Zuzüge nach Herkunftsregionen zeigt, dass die meisten Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2006 mit 32,0 % bzw. 212 045 Fällen aus dem Gebiet der neuen EU-Staaten zu verzeichnen waren, wobei 2005 noch 29,7 % oder 210 103 Zuzüge gezählt wurden.

Hauptzielland war 2006 ebenfalls Polen

Auch bei der Reihenfolge der Hauptzielländer stand Polen 2006 an der Spitze: 112 492 Fortzüge aus Deutschland in dieses Land wurden registriert, 2005 waren es noch 105 491. Dabei handelte es sich hier zu über zwei Drittel (71,4 %) um die Fortzüge von Männern. Mit Polen war im Jahr 2006 ein positiver Wanderungssaldo mit +51 151 zu verzeichnen. Das Migrationsgeschehen mit Polen ist allerdings meist durch temporäre Arbeitsmigration gekennzeichnet. Die Analyse der Fortzüge nach Zielregionen zeigt, dass auch hier die zehn neuen EU-Staaten mit 23,7 % das Hauptzielgebiet bei der Gesamtabwanderung waren.

Welches Bundesland ist Zuzugsgewinner, welches –verlierer?

Die höchsten Zuzugszahlen im Jahr 2006 wurden für Nordrhein-Westfalen (128 873 Zuzüge), Bayern (116 298 Zuzüge), Baden-Württemberg (116 032 Zuzüge) und Niedersachsen (69 486 Zuzüge) registriert. Bezogen auf die Bevölkerung hatten die neuen Bundesländer Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die niedrigsten Zuzugszahlen. Die höchsten Abwanderungsquoten – also die Fortzüge pro 1 000 der Bevölkerung – wurden in Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen verzeichnet.

Mehr Junge kamen 2006 nach Deutschland

Bei der Frage nach Alter und Geschlecht der Zugewanderten zeigt sich, so der Migrationsreport 2006, ein deutlicher Unterschied zwischen der Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung und der Gesamtbevölkerung: So sind drei Viertel der 2006 Zuziehenden unter 40 Jahre; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 45,2 %. Bei den älteren Jahrgängen dreht sich die Situation um: es waren nämlich nur 2,1 % der Zugezogenen älter als 65 Jahre gegenüber 19,8 % der Gesamtbevölkerung. Somit handelt es sich bei den Zugezogenen um jüngere Menschen, die zu einer „Verjüngung“ der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung führen. Bei den Fortgezogenen waren etwas mehr als zwei Drittel jünger als 40 Jahre. Demnach verbleiben mehr jüngere Personen, während die Älteren verstärkt fortziehen. Damit geht ein großer Teil des Effektes einer durch Zuwanderung „verjüngten“ Altersstruktur durch die Abwanderung wieder verloren.

Weniger Frauen als Männer sind ins Migrationsgeschehen verwickelt

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen der Frauenanteil geringer ist als jener der Männer. Allerdings ist der Frauenanteil bei den Zuzügen (seit 1994 zwischen 40 und 43 %) durchgängig höher als bei den Fortzügen (zwischen 36 und 39 % seit 1997).

Weitere Details und ausführliche Analysen finden sich im Migrationsbericht 2006, der auf der Homepage des BAMF unter www.bamf.de verfügbar ist.

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)

AUSWANDERUNG

Das Auswandern ist der Deutschen Lust?

Motive potenzieller Auswanderer aus Deutschland

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2006 155 290 Deutsche ihrem Land den Rücken gekehrt. Damit ist die Zahl der deutschen Auswanderer seit 2001 kontinuierlich angestiegen. Waren es 2001 noch 109 507, so waren es 2004 bereits 150 667 und 2005 dann 144 815 Menschen, die ihr Glück in der Ferne suchten (vgl. Tabelle 1). Allerdings ist erst seit 2005 die Zahl der Fortzüge größer als die der Zuzüge. Die Ursachen für diesen Anstieg konnten bisher aufgrund einer fehlenden Datenbasis nicht umfassend analysiert werden. In einer Studie für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im



Rahmen zweier Sondererhebungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) haben die Autoren Claudia Diehl, Steffen Mau und Jürgen Schupp daher die Angaben von 2000 Personen im Alter von über 16 Jahren zum Thema Auswanderung und Leben im Ausland analysiert und dabei festgestellt, dass sich fast jeder Vierte vorstellen könnte, einmal für eine längere Zeit oder sogar für immer ins Ausland zu gehen. Von einem „brain drain“ der Hochqualifizierten könne allerdings nicht gesprochen werden.

Konfrontiert mit der Frage, ob sie in letzter Zeit überlegt hätten für längere Zeit oder auch für immer ins Ausland zu gehen, gab ein knappes Viertel der Befragten über 16 Jahre an, bereits einmal ernsthaft mit dem Gedanken gespielt zu haben, „für eine längere Zeit oder für immer ins Ausland zu gehen“. Dabei ist allerdings die Zahl der Befragten, die in den nächsten zwölf Monaten tatsächlich einen Umzug ins Ausland planen, mit knapp zwei Prozent sehr niedrig. Befragt nach dem Zielland zeigt sich, so die Autoren, ein „Trend zur Europäisierung des Migrationsgeschehens“: Im Mittelpunkt der Auswanderung stünden nämlich nicht mehr die „klassischen“ Einwanderungsländer USA, Kanada, Neuseeland und Australien, sondern europäische Länder, die zwei Drittel der Befragten als Zielland angaben. Die Autoren führen dies darauf zurück, dass es innerhalb der EU kaum noch Mobilitätsbarrieren gebe und somit die Auswanderung erheblich erleichtert werde.

Welche Gruppen wandern aus?

Hier kommen die Forscher zu dem Ergebnis, dass es keine homogene Gruppe von Auswanderern gibt. Die Motive seien vielfältig und reichen von der klassischen Arbeitsmigration über neuere Formen der Ruhestandsmigration, soziale und kulturelle Gründe, Bildungs- und Qualifizierungsmentalität bis hin zur Rückwanderung von Spätaussiedlern. Zieht man die Daten des SOEP heran ergibt sich folgendes Bild: Potentielle Auswanderer sind eher männlich, zwischen 16 und 40 Jahre alt, haben häufiger einen Hochschulabschluss oder gehen als Selbstständige einer Beschäftigung nach. Darüber hinaus sind sie eher in West- als in Ostdeutschland anzutreffen. (Vgl. Tabelle 2)

Was treibt die Deutschen ins Ausland?

Neben der ökonomischen Chancenlosigkeit im Heimatland spielt auch die Zunahme sozialer Kontakte ins Ausland bei der Zunahme der Wanderungsdynamik eine

Rolle. Die Forscher interpretieren diese Beziehungen als Katalysatoren für Wanderungen, „da sie deren ökonomische und psychologische Kosten senken.“ Erworben werden diese Kontakte durch persönliche Auslandserfahrungen, z.B. durch Studienaufenthalte, oder durch Kontakte zu Freunden und Bekannten, die bereits im Ausland leben. Diejenigen mit ernsthaften Wanderungsgedanken haben auch regelmäßige Kontakte ins Ausland und 80 % der Befragten mit konkreten Auswanderungsplänen haben bereits Kontakte ins Zielland. Die Forscher deuten diesen Zusammenhang dahingehend, dass nicht nur die Entstehung, „sondern auch die Umsetzung von Migrationsgedanken in Auswanderungspläne durch Auslandskontakte erleichtert werden.“

Tabelle 1: Aus- und Rückwanderung von Deutschen*

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Nettowanderung
1956	76 581	119 880	- 43 299
1966	69 841	73 540	- 3 699
1976	88 983	53 695	35 288
1986	88 867	59 350	29 517
1996	251 737	118 430	133 307
2001	193 958	109 507	84 451
2002	184 202	117 683	66 519
2003	167 216	127 267	39 949
2004	177 993	150 667	27 326
2005	128 051	144 815	- 16 764
2006	103 384	155 290	- 51 906

* Bis 1990 nur Westdeutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2008


Tabelle 2: Soziodemographische Merkmale potentieller Auswanderer¹ (Anteile in %)

	potentielle Auswanderer	Nachrichtlich: Befragte ab 16 Jahre
Gesamt	23,5	100,0
Geschlecht		
Männlich	25,9	48,6
Weiblich	21,2	51,4
Altersgruppen		
Bis 40 Jahre	35,4	33,7
41 bis 64 Jahre	20,1	38,0
65 Jahre und älter	1,5 ^a	28,3
Region		
Westdeutschland	24,6	78,4
Ostdeutschland	19,3	21,6
Bildung		
Hauptschulabschluss	14,4	36,2
Hochschulabschluss	28,7	10,8
Erwerbsstatus		
Angestellte	29,4	25,7
Selbständige	33,1	8,2
Sonstige Erwerbstätige	22,1	15,9
Arbeitslose (bis 12 Monate)	36,5 ^b	3,3
Langzeitarbeitslose (12 Monate und länger)	19,6 ^b	5,8

¹ Als potentielle Auswanderer gelten Personen, die auf die Frage: „Haben Sie in letzter Zeit ernsthaft mit dem Gedanken gespielt, für längere Zeit oder auch für immer ins Ausland zu gehen?“ mit „ja“ antworteten.

a Fallzahl unter 10; b Fallzahl unter 30.

N=1947

Datenbasis: SOEP-Pretests 2007; Berechnungen des DIW Berlin

zeigten, so die Forscher, dass „während zeitlich befristeter Auslandsaufenthalte kulturelle Kompetenzen erworben oder soziale Kontakte geknüpft werden“, die wiederum die Neigung erhöhen, später wieder ins Ausland zu gehen.

„Brain drain“ oder „brain circulation?“ – die Rolle der Hochqualifizierten

Bei der Analyse der mobilitätsfördernden Faktoren zeigt sich, dass der vieldiskutierte „brain drain“ (also die Abwanderung von Akademikern bzw. Hochqualifizierten ins Ausland) hier nicht beobachtet werden konnte, da die Deutschen mit Hochschulabschluss bei ansonsten gleichen Bedingungen „besonders selten über eine dauerhafte Abwanderung nachdenken.“ Vielmehr belegt die Analyse, dass gerade in dieser Gruppe der Auslandsaufenthalt eher kurzzeitig angelegt ist. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass viele Akademiker in der Vergangenheit wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind. Sie bilden allerdings aufgrund ihrer großen Erfahrung wiederum ein umfangreiches Potential für eine nochmalige Auswanderung. Dauerhaft im Ausland bleiben wollen der Untersuchung nur sehr wenige. Den Autoren der Studie gemäß müsste man hier denn auch eher von „brain circulation“ als von einem „brain drain“ sprechen und sie erwarten von diesen Wanderungen langfristig sogar positive Effekte für Deutschland.

Ökonomische Motive als Auslöser für Wanderungen

Dass ökonomische Motive eine wichtige Rolle bei kurzzeitigen Wanderungen spielen, belegt nach den Untersuchungen die Tatsache, dass über zwei Drittel derer, die bereits im Ausland gelebt haben, dort zu Ausbildungszwecken oder aus beruflichen Gründen waren. Die Ergebnisse

Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB

Quelle: Claudia Diehl, Steffen Mau, Jürgen Schupp:

Auswanderung von Deutschen: kein dauerhafter Verlust von Hochschulabsolventen. In: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 05/2008 vom 30. Januar 2008.



BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND AIDS

HIV/AIDS und die Bevölkerungsentwicklung in den am stärksten betroffenen Ländern: Modellannahmen der UN World Population Prospects

HIV/AIDS hat sich in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren zu einer der größten Pandemien des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelt und wird auch im einundzwanzigsten Jahrhundert eine Bedrohung von Gesundheit und nachhaltiger Entwicklung in der Welt darstellen. Nach neuesten Schätzungen der UN lebten 2007 weltweit ca. 33,2 Millionen Menschen mit HIV/AIDS, mehr als zwei Drittel davon in den am stärksten betroffenen Regionen südlich der Sahara, wo in den letzten Jahren die Infektionsrate bei deutlich über 30 Prozent der erwachsenen Bevölkerung liegt. Dies wirkt sich nicht nur erheblich auf die aktuelle Bevölkerungsstruktur der stark betroffenen Länder aus, sondern nimmt auch Einfluss auf deren künftige demographische und sozioökonomische Entwicklung. Im Vergleich zu den bisherigen Schätzungen der UN können die Zahlen der von HIV/AIDS Betroffenen im Jahr 2007 erstmals deutlich nach unten korrigiert werden, was vor allem auf eine stetige Verbesserung der methodischen Grundlagen für die Schätzungen und Prognosen des Verlaufs der HIV/AIDS-Epidemie zurückzuführen ist. Der vorliegende Beitrag untersucht diese methodischen Korrekturen im Hinblick auf ihre demographischen Auswirkungen anhand der Modellrechnungen der UN World Population Prospects.

Entwicklung von HIV/AIDS und die Folgen

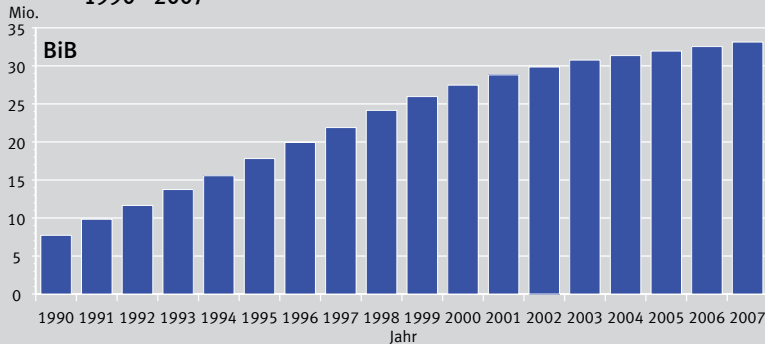
Der Einfluss von HIV/AIDS auf die Bevölkerungsentwicklung ist und bleibt in den stark betroffenen Gebieten der Sub-Sahara-Region in den kommenden Jahren von enormer Bedeutung. Die Lebenserwartung bei der Geburt ist in einigen Ländern aufgrund der hohen Verbreitung von HIV/AIDS zwischen 1990/95 und 2005 auf bis unter 40 Jahre gesunken, liegt z.T. um mehr als 20 Jahre unter dem Niveau, das die UN für eine hypothetische Entwicklung ohne HIV/AIDS berechnet und wird dieses Niveau bis 2050 vermutlich nicht wieder erreichen. Ähnlich verhält es sich mit den rohen Sterbeziffern, die im Vergleich zu einer No-Aids-Variante der UN World Population Prospects 2006 Revision teilweise mehr als doppelt so hohe Werte annehmen und sich dieser in den kommenden Jahren auch nur langsam annähern werden. In der Sub-Sahara-Region wird HIV/AIDS weiterhin die häufigste Todesursache bei Personen mittleren Alters (15 bis 49 Jahre) bleiben (UNAIDS 2007: 6). Zukünftig wird dies einen deutlichen Rückgang des Bevölkerungswachstums zur Folge haben, da die heute am stärksten von HIV/AIDS betroffenen Altersjahrgänge der 20- bis 40-Jährigen im Jahr 2025 in einigen Ländern nur noch knapp halb so viele Personen umfassen werden, wie sie nach den Modellrechnungen der UN ohne den Einfluss von HIV/AIDS haben

würden (vgl. Schulz und Swiaczny 2005; Swiaczny 2005). Damit gehen gleichzeitig weitgreifende sozioökonomische Auswirkungen für die bereits zu den ärmsten Regionen der Welt zählenden Länder einher. Die hohe AIDS-Sterblichkeit der erwachsenen Bevölkerung führt einerseits zu einem enormen quantitativen und qualitativen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials, da die gut ausgebildete und leistungsfähige junge Generation durch HIV/AIDS geschwächt wird. Zudem führten der Ausfall von Erwerbseinkommen durch HIV/AIDS und die hinzukommenden Kosten für eine medikamentöse Behandlung meist zu einer Verschlechterung der ökonomischen Situation der gesamten Familie. Damit kann die schulische Bildung der Kinder häufig nicht mehr finanziert werden, was entsprechend die künftigen Entwicklungschancen der nachwachsenden Generationen massiv beeinträchtigen wird (UN 2003).

Auf die wachsende demographische und sozioökonomische Problematik der Epidemie reagierten die Vereinten Nationen 1996, indem sie die Bekämpfung von HIV/AIDS mit der Gründung des gemeinsamen Koordinierungsprogramms UNAIDS zur globalen Aufgabe machten. Im Jahr 2000 wurden die Reduktion der Prävalenz (Verbreitung) von HIV/AIDS, eine verbesserte Aufklärung und stärkere Präventionsmaßnahmen bei den 15- bis 24-Jährigen als ein eigenständiges Ziel in die acht Millennium



Abb. 1: Geschätzte Anzahl mit HIV/AIDS lebender Personen, Welt, 1990 - 2007



Datenquelle: UNAIDS Epidemic Update 2007, Graphische Darstellung: BiB

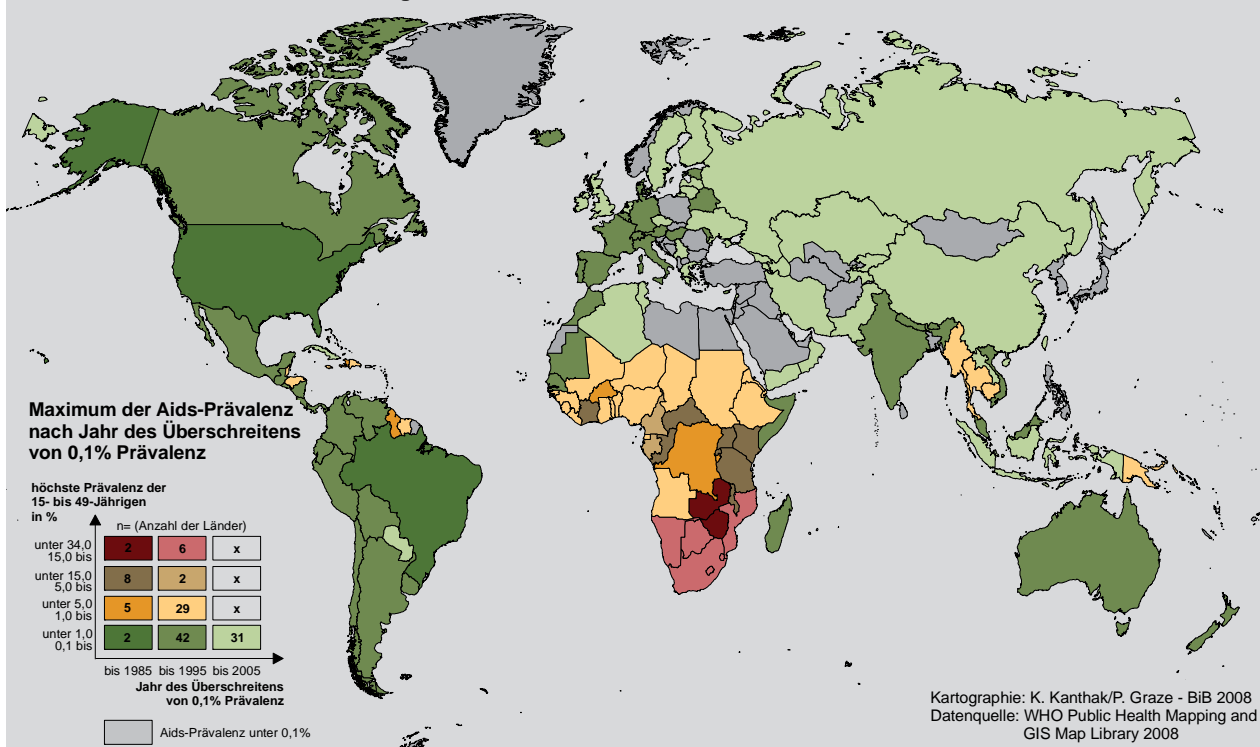
2005 vervierfacht, die finanziellen Mittel zur Verbreitung antiretroviraler Medikamente wurden sogar verfünffacht. Trotzdem kann, nicht zuletzt durch die unterschiedliche Umsetzung der von der UN geforderten Maßnahmen in den einzelnen Ländern, bei etwa 5.700 Todesopfern pro Tag noch lange nicht von einer Entwarnung gesprochen werden (vgl. UN 2006a).

Auch die aktuellsten Schätzungen der „Epidemic Updates“ von UNAIDS zeigen einen erneuten Anstieg der weltweit mit HIV/AIDS infizierten Personen auf

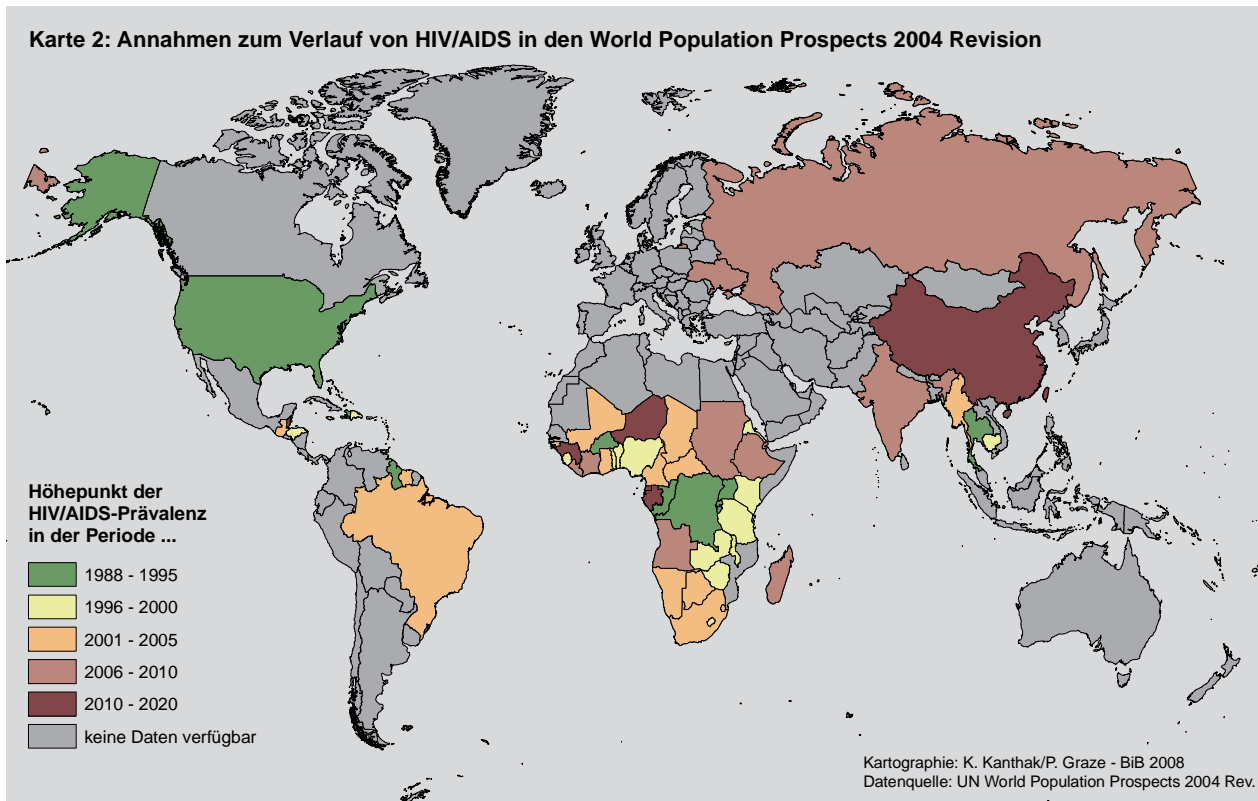
Development Goals der UN aufgenommen (vgl. UN 2007). Auf der „United Nations General Assembly Special Session dedicated to HIV/AIDS“ wurde 2001 zudem die Declaration of Commitment on HIV/AIDS sowohl als Zeichen aber auch als Instrument im weltweiten Kampf gegen die Epidemie unterzeichnet. Seit der Verabschiedung dieser Maßnahmen und Programme hat sich die Finanzierung für HIV Präventions- und Hilfsprogramme zwischen 2001 und

33,2 Millionen im Jahr 2007 (vgl. Abb. 1). Im Vergleich zu den bisherigen Berechnungen der vorangegangenen Jahre kann 2007 die bisher überschätzte Zahl der Betroffenen zum ersten Mal (auch rückwirkend für vorherige Jahre) nach unten korrigiert werden und unterschreitet damit die bisher seit 2000 prognostizierte 40-Millionen-Grenze (UN 2000: 103). Für die kommenden Jahre ist allerdings davon auszugehen, dass die Anzahl der von HIV/AIDS betrof-

Karte 1: Raum-zeitliche Ausbreitung von HIV/AIDS



Kartographie: K. Kanthak/P. Graze - BiB 2008
 Datenquelle: WHO Public Health Mapping and GIS Map Library 2008



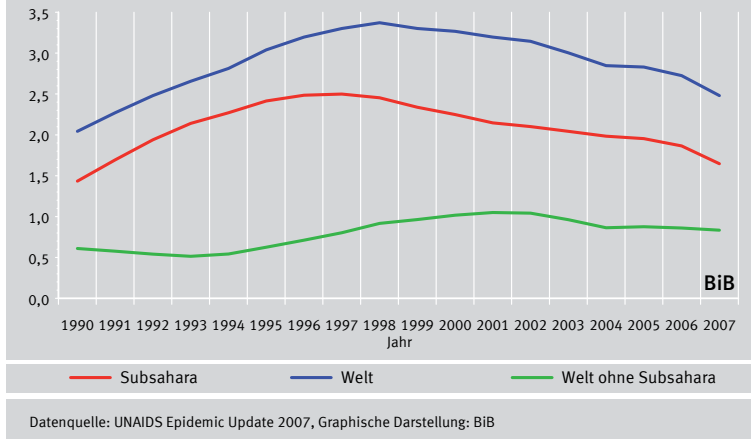
fenen Personen steigen wird. Trotz sinkender Neuinfektionsraten führen sowohl die lange Inkubationszeit bis zum Ausbruch von AIDS als auch die längere Lebenserwartung der Infizierten aufgrund einer mittlerweile verbesserten medizinischen Versorgung zu einer weiteren Kumulation der mit HIV/AIDS lebenden Personen. Während sich die Anzahl der infizierten Personen seit 1990 von ca. 8 Millionen insgesamt mehr als vervierfacht hat, breitet sich HIV/AIDS darüber hinaus – nachdem sich die Epidemie Anfang der neunziger Jahre mit über 90 % der Infizierten auf die Regionen südlich der Sahara konzentrierte – mittlerweile auf weitere Länder mit hohen Infektionszahlen aus (vgl. Karte 1). Viele Länder Afrikas, die bereits sehr früh von HIV/AIDS betroffen waren, haben im Laufe der Epidemie (mit bis zu 38,8 % in Swasiland im Jahr 2003) eine sehr hohe Prävalenz erreicht, wie Karte 1 zeigt. Betrachtet man die Ausbreitung von HIV/AIDS in Afrika nach dem Zeitpunkt, zu dem erstmals eine Prävalenz von 0,1 % überschritten wurde, so zeigt sich das Bild eines Diffusionsprozesses mit hoher und höchster Prävalenz bei solchen Ländern, die bereits 1985 eine Prävalenz von über 0,1 % hatten und im mittleren, östlichen und weniger im südlichen Afrika liegen. Im südlichen Afrika war das Niveau

von 0,1 % 1995 erreicht, bei einer Prävalenz von jeweils über 15 % zwischen 1996 und 2006; in den Ländern des Sahelgürtels, die ebenfalls 1995 eine Prävalenz von 0,1 % überschritten hatten, liegen die Werte zwischen 1 % und 5 %. Während in den am stärksten betroffenen Ländern Botswana, Lesotho, Swasiland und Zimbabwe die Prävalenz bereits vor 2000 die höchsten Werte erreichte, bzw. in Botswana und Swasiland zwischen 2001 und 2005 erfolgte, wird erwartet, dass in den verhältnismäßig spät von HIV/AIDS betroffenen Ländern der Höhepunkt der Prävalenz bei der erwachsenen Bevölkerung erst in den nächsten fünf bis fünfzehn Jahren erreicht werden wird (vgl. Karte 2). Außerhalb des sub-saharischen Afrikas liegt die Prävalenz meist unter 1 %, wobei Europa und Amerika sowie Ozeanien zu den früh betroffenen Regionen gehören; die ehemaligen Länder des Ostblocks bzw. Asiens in der Regel zu den späteren mit immer noch steigender Anzahl neuer HIV/AIDS-Erkrankungen (Karte 1). Letztere haben daher auch, soweit Daten vorliegen, den Höhepunkt an Infizierten noch nicht erreicht.

Diese raum-zeitlichen Muster lassen sich auf die Veränderungen der Neuinfektionsraten zurückführen, welche phasenverschoben der Entwicklung der Prävalenz voran-



Abb. 2: Geschätzte Anzahl neu infizierter Personen, Welt und Subsahara Afrika, 1990 - 2007



gehen. Wie Abbildung 2 erkennen lässt, sinken die Neuinfektionen in der Sub-Sahara-Region schon seit Ende der neunziger Jahre, der weltweite Höhepunkt der Neuinfektionen folgte dagegen erst mit einer Verzögerung von einigen Jahren. Dieser insgesamt kontinuierliche Rückgang der Neuinfektionszahlen, der als bester Indikator für Fortschritte im Kampf gegen die Verbreitung von HIV/AIDS gelten kann, zeigt hier die ersten Erfolge der verbesserten medizinischen Versorgung und Aufklärung. Allerdings wurden mit 2,5 Millionen Neuinfektionen im Jahr 2007 täglich immer noch ca. 6.800 Personen weltweit mit HIV/AIDS angesteckt. Auch die Zahl der Todesopfer geht seit wenigen Jahren leicht zurück und liegt im Jahr 2007 bei rund 2,1 Millionen (vgl. Abbildung 3). Hierfür ist vor allem die gestiegene Verbreitung antiretroviraler Medikamente bei der Behandlung von AIDS verantwortlich, welche das tatsächliche Ausbrechen von AIDS bei mit dem HI-Virus Infizierten hinauszögern kann. Dabei wird jedoch deutlich, dass in vielen afrikanischen Ländern und den erst

in jüngster Zeit stärker betroffenen Gebieten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion die Verbreitung der antiretroviralen Behandlung verbesserungsfähig bleibt (Karte 3).

Methodische Entwicklung bei der Berücksichtigung von HIV/AIDS in den UN-Modellrechnungen

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen veröffentlicht in regelmäßigem Abstand alle zwei Jahre die World Population Prospects, in denen Schätzungen zu demographischen Prozessen ab 1950 sowie Modellrechnungen über den Verlauf verschiedener demographischer Indikatoren bis zum Jahr 2050 veröffentlicht werden. Da die bisherige und gegenwärtige hohe HIV/AIDS-Sterblichkeit in den stark betroffenen Ländern deren künftige demographische Entwicklung entscheidend beeinflussen wird, findet der Verlauf und das Ausmaß der HIV/AIDS Epidemie auch in den Modellrechnungen der Vereinten Nationen Berücksichtigung. Seit der ersten länderspezifischen Berücksichtigung des Einflusses von HIV/AIDS in der 1992er Revision der World Population Prospects wurden die verschiedenen Modellannahmen und -berechnungen über die Auswirkungen der Epidemie auf die demographische Entwicklung weiterentwickelt und angepasst. Die Veränderungen der Modellrechnungen über die demographischen Folgen von HIV/AIDS beruhen dabei hauptsächlich auf zwei Komponenten. Zum einen haben bessere Erfassungssysteme der betroffenen Länder eine qualitativ bessere Datenlage ermöglicht und zum anderen führte die Präzisierung der Methoden für die Berechnungen der World Population Prospects über die künftigen Verbreitungs-, Infektions- und Sterberaten im Laufe der Jahre zu veränderten Projektionen.

In Tabelle 1 soll zunächst ein allgemeiner Überblick über die Entwicklung der Berücksichtigung von HIV/AIDS in den World Population Prospects Revisionen ab dem Jahr 1992 gegeben werden. Die geschätzte Anzahl der von HIV/AIDS betroffenen Personen weltweit, die Zahl berücksichtigter Länder und die Kriterien für die gesonderte Berücksichtigung von HIV/AIDS in den Mo-

Abb. 3: Geschätzte Anzahl an AIDS-Todesopfern, Welt, 1990 - 2007

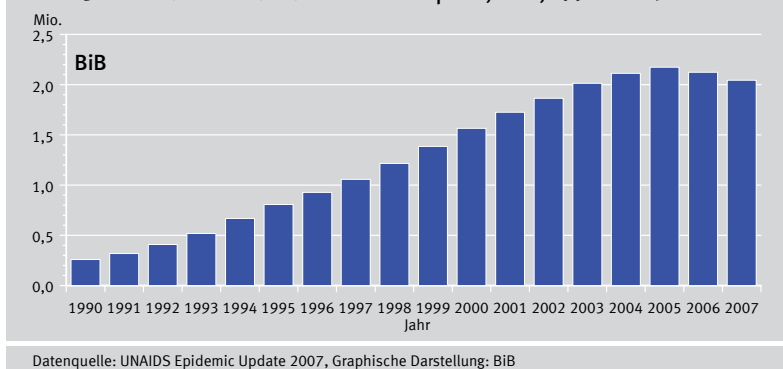


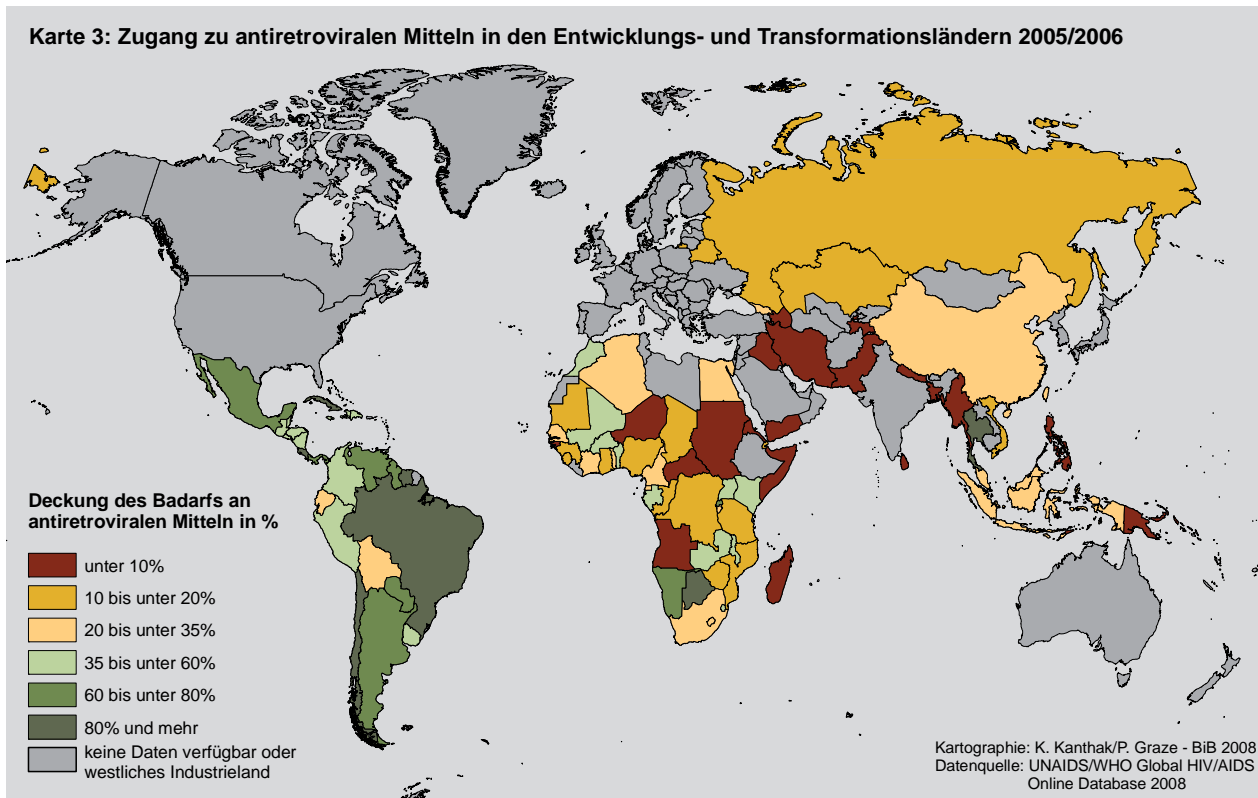


Tabelle 1: Berücksichtigung von HIV/AIDS in den World Population Prospects Revisionen

World Population Prospects	Geschätzte Anzahl an betroffenen Personen	Anzahl betroffener Länder	Auswahlkriterium	Anzahl schwerst-betroffener Länder	Auswahlkriterium	Neu aufgenommene Länder (Bevölkerung 2006 in Mio.)
1992 Revision	8 Mio. (1990)	15	> 1% Prävalenz der über 15-Jährigen	4	>5%	Afrika: Benin (8,8), Burkina Faso (14,4), Burundi (8,2), Kongo (3,7), Elfenbeinküste (18,9), Kenia (36,6), Malawi (13,6), Mozambique (21), Republik Kongo (60,6), Ruanda (9,5), Tansania (39,5), Uganda (29,9), Sambia (11,7), Zentralafrika (4,3), Zimbabwe (13,2)
1994 Revision	14 Mio. (1992)	16	> 1% Prävalenz der über 15-Jährigen + bisher betrachtete Länder	3	>8%	Asien: Thailand (63,4)
1996 Revision	15,8 Mio. (1994)	28	> 2% Prävalenz der über 15-Jährigen in Ländern mit mind. 1 Mio. Einwohnern + bisher betrachtete Länder + Brasilien und Indien aufgrund hoher absoluter Werte	5	>10%	Afrika: Botswana (1,9), Tschad (10,5), Eritrea (4,7), Guinea-Bissau (1,6), Kamerun (18,2), Lesotho (2), Namibia (2), Sierra Leone (5,7), Togo (6,4) Asien: Indien (1.151,8) Lateinamerika: Brasilien (189,3), Haiti (9,4)
1998 Revision	30,6 Mio. (1997)	34	> 2% Prävalenz der über 15-Jährigen in Ländern mit mind. 1 Mio. Einwohnern + bisher betrachtete Länder	9	>10%	Afrika: Äthiopien (81,0), Gabun (1,3), Liberia (3,6), Nigeria (144,7), Südafrika (48,3) Asien: Kambodscha (14,2)
2000 Revision	40 Mio. (1999)	45	≥ 1,9% Prävalenz der 15-49 -Jährigen + bisher betrachtete Länder	11	>13%	Afrika: Angola (16,6), Djibuti (0,8), Gambia (1,7), Ghana (23), Mali (12), Swasiland (1,1) Asien: Myanmar (48,4) Lateinamerika/Karibik: Bahamas (0,3), Dominikanische Republik (9,6), Guyana (0,7), Honduras (7,0)
2002 Revision	42 Mio. (2001)	53	≥ 1,9% Prävalenz der 15-49-Jährigen + bisher betrachtete Länder + China, Russland und USA aufgrund hoher absoluter Werte	7	>20%	Afrika: Äquatorialguinea (0,5), Guinea (9,1), Sudan (37,7) Asien: China (1.320,9) Lateinamerika/Karibik: Belize (0,3), Trinidad und Tobago (1,3) Europa: Russland (143,2) Nordamerika: USA (302,8)
2004 Revision	40,3 Mio. (2003)	60	> 1% Prävalenz der 15-49-Jährigen	4	>20%	Afrika: Madagaskar (19,2), Niger (13,7) Europa: Ukraine (46,6) Lateinamerika/Karibik: Barbados (0,3), Guatemala (13)*, Jamaika (2,7), Suriname (0,5)
2006 Revision	38,6 Mio. (2005)	62	> 1% Prävalenz der 15-49-Jährigen	–	–	Europa: Estland (1,3), Moldova (3,8) Ozeanien: Papua Neu Guinea (6,2)

* in 2006 nicht mehr berücksichtigt

Datenquelle: UN (versch. Jahre): World Population Prospects. 1992-2004 Revisionen. New York: UN; UN (2006): UN World Population Prospects 2006 Revision. Executive Summary. New York: UN, eigene Bearbeitung

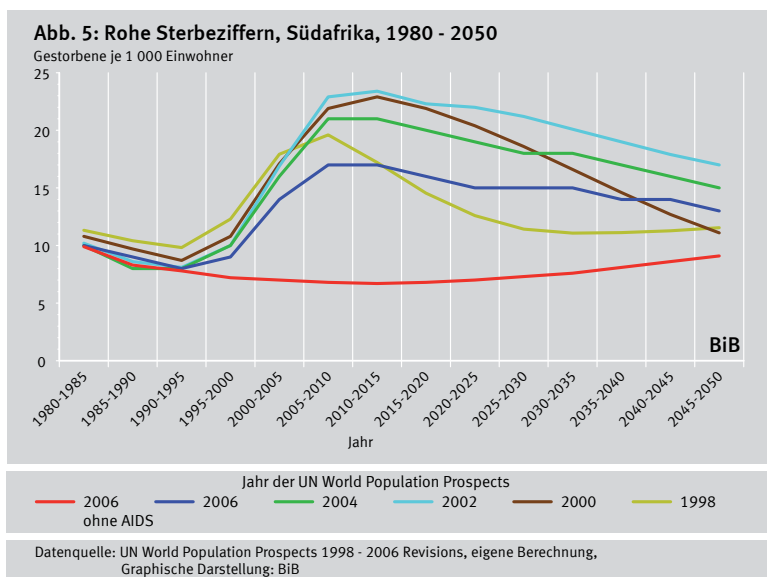
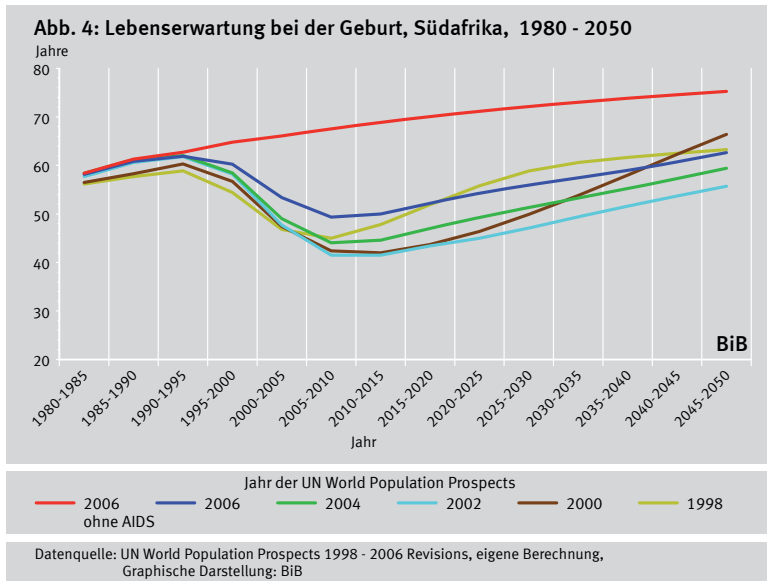


dellrechnungen zeigen dabei die zum jeweiligen Zeitpunkt vermutete Dynamik der HIV/AIDS-Epidemie und deren Bewertung durch die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen. Die sich hierbei abzeichnende Zuspitzung der HIV/AIDS-Problematik Ende der neunziger Jahre spiegelt sich auch in den Modellannahmen und einer Verfeinerung der Methoden in den jeweiligen Revisionen der UN wider.

Die Schätzungen der mit HIV/AIDS infizierten Personen und die Prognosen für die künftigen Auswirkungen und Entwicklungen der Epidemie basierten in der 1992er Revision zunächst auf einem einfachen epidemiologischen Grundmodell (EPIMODEL), entwickelt vom Global Program on AIDS (Vorgänger von UNAIDS) der WHO aus den 1980er Jahren. Dabei wurde für jedes Land¹ die Anzahl der HIV-Infektionen unter Erwachsenen für das jeweilige Jahr auf der Grundlage der Infektionen des vorangegangenen Jahres anhand einer Gamma-Kurve errechnet, welche sich aus dem Jahr des Einsetzens der Epidemie und dem derzeitigen geschätzten Level der kumulativen Infek-

tionszahlen des Landes ergab. Aus dieser Kurve konnte gleichzeitig die Anzahl der Neuinfektionen pro Jahr berechnet werden, wobei den Prognosen der 1992er Revision die Annahme zugrunde lag, dass keine Neuansteckungen von Erwachsenen nach dem Jahr 2005 auftreten werden (UN 1992: 53). Anhand der Übergangswahrscheinlichkeit von der HIV-Infektion zum Ausbruch von AIDS, sowie von der Erkrankung an AIDS zum Tod konnten sowohl die Neuerkrankungen und damit auch die zukünftige Prävalenz als auch die Todesopfer für die nächsten Jahre prognostiziert werden. Die erwarteten Neuinfektionen bei Kindern errechneten sich aus der geschätzten Anzahl infizierter Frauen und deren jeweiliger altersspezifischer Fertilität sowie der Wahrscheinlichkeit der HIV/AIDS-Übertragung von Mutter zu Kind. Die so gewonnenen Werte wurden anschließend in eine zuvor kalkulierte „non-Aids“ Sterbetafel integriert, wodurch Projektionen für die weitere demographische Entwicklung berechnet werden konnten (vgl. UN 1992). Trotz deutlich steigender geschätzter HIV/AIDS-Zahlen in den kommenden zwei Jahren (vgl. Tabelle 1) er-

¹ Jedes Land, welches nach den jeweiligen Kriterien in den World Population Prospects für eine gesonderte HIV/AIDS-Berechnung berücksichtigt wurde (siehe Tabelle 1).

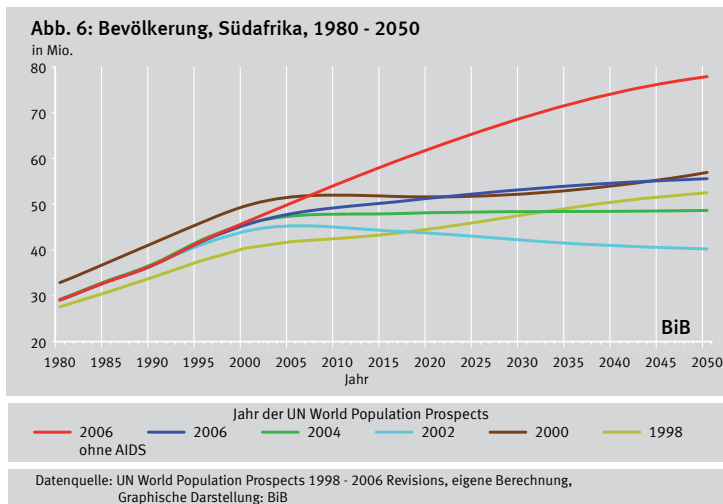


die Zahl der Infizierten innerhalb der zwei vorangegangenen Jahre (vgl. Tabelle 1). Damit einher ging eine weitaus umfangreichere und erstmalig nach einzelnen Ländern spezifizierte methodische Anpassung der Annahmen und Prognosen in dieser Revision. Die zwei der Gamma-Kurve zugrunde liegenden Faktoren für die Entwicklung von HIV/AIDS in den einzelnen Ländern (das Jahr des Beginns der Epidemie sowie die letztjährigen Infektionszahlen) wurden um die jeweiligen Infektionszahlen im Jahr 1994 erweitert, um die Passung der Kurve zu kontrollieren und wenn nötig anzupassen. Die Annahmen über die Entwicklung der Neuinfektionen pro Jahr wurden für Länder mit extrem hohen Verbreitungsraten erneut überarbeitet und für diese speziell angepasst. Dies galt ebenso für die HIV/AIDS-Übertragungswahrscheinlichkeit in der Schwangerschaft von HIV-positiven Frauen auf ihre Kinder, da diese je nach Land zwischen 25 und 35 Prozent variierten. Gleichzeitig zeigten die bisher zur Verfügung stehenden Daten unterschiedliche mediane Überlebenszeiten nach der Ansteckung mit dem HIV-Virus für verschiedene Regionen (afrikanische Länder und Kambodscha 9 Jahre, Brasilien, Haiti, Indien und Thailand 11 Jahre) was in den weiteren Modellrechnungen Berücksichtigung fand. Ging man in den vorigen Revisionen von einer nahezu gleich verteilten Verbreitung von HIV/AIDS bei Männern und Frauen aus, so wurde in der 1998er

folgte in den Revisionen 1994 und 1996 lediglich eine Anpassung der Annahmen über die Zahl der Neuinfektionen. Während 1994 das Jahr des Neuinfektionsstopps auf 2010 korrigiert wurde, ging man 1996 von einer komplett neuen Dynamik aus, nach welcher sich die Neuinfektionen, nach Erreichen eines für jedes Land variierenden Höhepunkts, auf der Hälfte dieses Niveaus bis 2050 stabilisieren würden (vgl. UN 1994, UN 1996). Mit 30,6 Millionen geschätzten HIV/AIDS-Betroffenen verdoppelte sich 1998

Revision erstmalig ein Geschlechterunterschied in einigen Ländern der Sub-Sahara-Region berücksichtigt (vgl. UN 1998). Die aus diesem Modell resultierenden Erwartungen über die Auswirkungen von HIV/AIDS auf die Modellrechnung der Lebenserwartung ab der Geburt, der rohen Sterbeziffern sowie des Bevölkerungswachstums zeigen Abbildungen 4, 5 und 6 beispielhaft für das Land Südafrika.² Die Revision von 2000 beinhaltete insgesamt eine sehr viel komplexere und detailliertere methodische Modellie-

² Zur Darstellung der verschiedenen Projektionen der demographischen Indikatoren in den einzelnen Revisionen wurde als Beispiel Südafrika gewählt, da der Verlauf von HIV/AIDS dort als typisch für die Situation im stark betroffenen Afrika gelten kann.



nung zur Berechnung der demographischen Auswirkungen als noch die vier Revisionen zuvor, obwohl die Annahmen im Vergleich zur 1998er Revision nur um altersspezifische Variationen der Neuinfektionen und Todesopfer erweitert wurden. Tabelle 1 zeigt allerdings, dass 2000 die Schätzung der an HIV/AIDS erkrankten Personen erneut einen deutlichen Sprung machte und mit geschätzten 40 Millionen Betroffenen einen neuen Höchststand erreichte. Die Abbildungen 4 und 5 zeigen für die 2000er Revision entsprechend deutlich negativere Aussagen für die Lebenserwartung bei der Geburt und die Sterblichkeit in Südafrika als noch zwei Jahre zuvor. Danach wurde von der UNAIDS Reference Group on Estimates, Modeling and Projections ein überarbeitetes EPIMODEL mit verfeinerten Berechnungsparametern entwickelt, welches erstmals in der Revision 2002 Verwendung fand. Eine weitere Neuerung für die Modellrechnung 2002 war die Berücksichtigung einer je nach Alter variierenden Inkubationszeit von HIV/AIDS. Auf der Basis von geschätzten 42 Millionen Infizierten weltweit wurde für das Bevölkerungswachstum in Südafrika vor diesem Hintergrund erstmals ein kontinuierlicher Rückgang bis zum Jahr 2050 prognostiziert (vgl. Abbildung 6). Auch die Bevölkerungspyramiden Südafrikas der 2002er Revision für die Jahre 2025 und 2050 zeigen die auf dieser Grundlage erwarteten extremen Auswirkung von HIV/AIDS, besonders für die älteren Jahrgänge, im Vergleich zur mittleren Modellrechnung mit einer hypothetischen Entwicklung ohne HIV/AIDS (vgl. Abbil-

lung 7). In der Revision von 2004 konnte zum ersten Mal die Behandlung von HIV/AIDS Patienten mit antiretroviralen Medikamenten hinsichtlich der prozentualen Bedarfsdeckung und die dadurch steigende Überlebenschancen und geringere Mutter-Kind Übertragung berücksichtigt werden (UN 2004: 70). Die Auswirkungen der angepassten Berechnungen der 2004er Revision zeigen sich nicht nur in erstmalig geringer geschätzten Infiziertenzahlen, sondern auch in den projizierten demographischen Entwicklungen (vgl. Abbildung 4, 5 und 7). Dieser positive Trend wurde durch die Revision 2006 bestätigt, in welcher die Verbreitung der medizi-

nischen Versorgung weiter nach oben korrigiert werden konnte. Auch die Daten der verbesserten nationalen Erhebungen³ tragen 2006 zu einer insgesamt deutlich abgeschwächten Projektion der demographischen Auswirkungen von HIV/AIDS gegenüber allen vorangegangenen Revisionen bei (vgl. Abbildungen 3, 4, 7). Aufgrund einer weiteren deutlichen Korrektur der Annahmen über die Verbreitung von HIV/AIDS im Jahr 2007 können weitere verbesserte Anpassungen der Lebenserwartung, Todeszahlen und Bevölkerungsentwicklung erwartet werden, allerdings fehlen hier noch konkrete Einzeldaten.

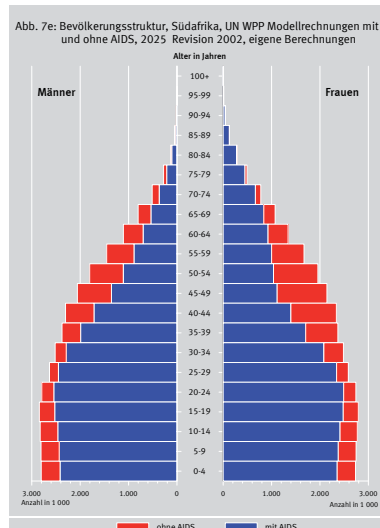
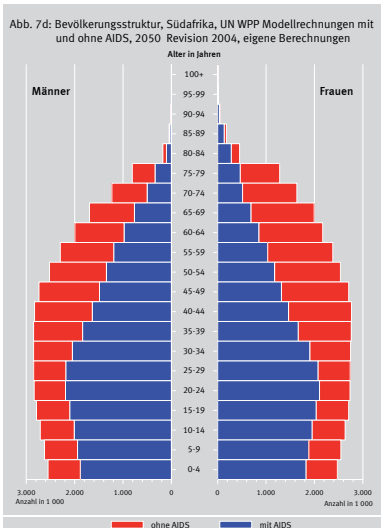
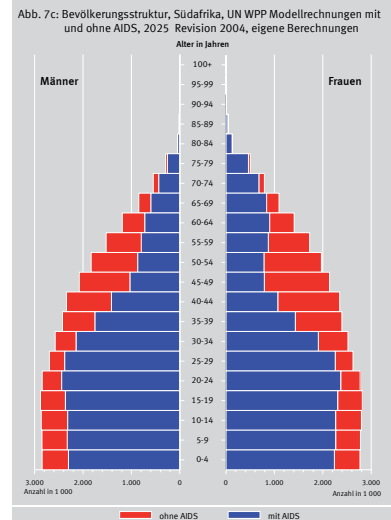
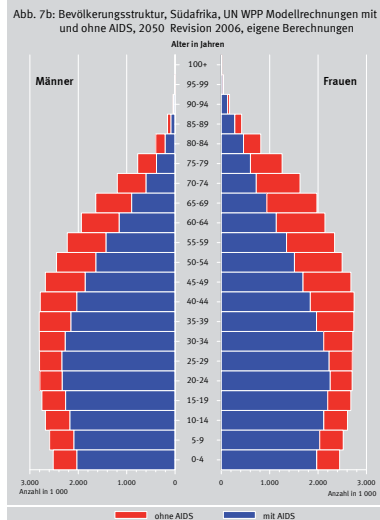
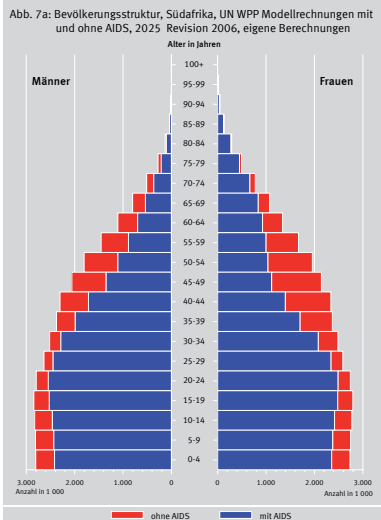
Fazit

Diese neuen Erkenntnisse ermöglichen gleichzeitig eine rückwirkende Korrektur der bisherigen Schätzungen des HIV/AIDS-Verlaufs. Gegen Ende der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts bzw. Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts erreichten die Schätzungen der an AIDS erkrankten Personen die 40-Millionen-Grenze. Gleichzeitig zeigt sich ab der 1998er Revision eine deutlich komplexere und differenziertere Modellierung der methodischen Grundlagen für die Modellrechnungen der demographischen Entwicklung bis 2050. Erst neuere, bessere Erhebungsverfahren für nationale Daten zu HIV/AIDS-infizierten Personen lassen auf der Basis dieser Methoden einen weniger dramatischen Verlauf projizieren als noch fünf Jahre zuvor. Dadurch können die Schätzungen und Modellrechnungen der einzelnen vorherigen Revisi-

³ Die bisherige Erfassung von HIV/AIDS-Erkrankten erfolgte über Tests an schwangeren Frauen und einer darauf basierenden Hochrechnung auf die jeweilige Gesamtbevölkerung.



Abb. 7: Bevölkerungsstruktur, UNWPP Modellrechnungen mit und ohne AIDS 2025, Revision 2002-2006



Datenquelle: UN World Population Prospects 2002-2006 Revision. Graphische Darstellung: BiB

onen jeweils nur in ihrem eigenen Kontext betrachtet und verglichen werden. Unabhängig vom Aspekt der inhaltlichen Richtigkeit ermöglicht ein Vergleich der Revisionen dabei einen Einblick in die Bewertung und Einschätzung der HIV/AIDS-Epidemie zum jeweiligen Zeitpunkt durch die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen.

Literatur

Schulz, Reiner; Swiaczny, Frank, 2005: Bericht zur Entwicklung der Weltbevölkerung. Aktuelle demographische Trends. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30, 4: 409-454.

Swiaczny, Frank, 2005: Aktuelle Aspekte des Weltbevölkerungsprozesses. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 117. Wiesbaden, BiB

UN, 2007: Millennium Development Goals Report 2007. New York, UN



UN, 2006a: Declaration of Commitment on HIV/AIDS: Five Years Later. Report of the Secretary-General. New York, UN

UN, 2006b: World Population Prospects. The 2006 Revision. Executive Summary. New York, UN

UN, 2004: World Population Prospects. The 2004 Revision. Vol. III: Analytical Report. New York, UN

UN, 2003: The Impact of AIDS. New York, UN

UN, 2002: World Population Prospects. The 2002 Revision. Vol. III: Analytical Report. New York, UN

UN, 2000: World Population Prospects. The 2000 Revision. Vol. III: Analytical Report. New York, UN

UN, 1998: World Population Prospects. The 1998 Revision. Vol. III: Analytical Report. New York, UN

UN, 1996: World Population Prospects. The 1996 Revision. New York, UN

UN, 1994: World Population Prospects. The 1994 Revision. New York, UN

UN, 1992: World Population Prospects. The 1992 Revision. New York, UN

UNAIDS, 2007: AIDS Epidemic Update. Genf, UNAIDS

Zum gleichen Thema neu erschienen:

Bongaarts, John et al. (2008): Has the HIV Epidemic Peaked?. PRB Working Paper 9. New York

Kira Kanthak und Frank Swiaczny, BiB

URBANISIERUNGSPROZESSE

Trend zur Urbanisierung nimmt zu: Die Hälfte der Weltbevölkerung wird nach den Annahmen der UN Ende 2008 in Städten leben (UN News Service vom 26.02.2008 und World Urbanization Prospects 2007 der UN)

Download unter: http://www.un.org/esa/population/publications/wup2007/2007WUP_Highlights_web.pdf

Nach einer Meldung der UN vom März 2008 ist die Stadtbevölkerung im asiatisch-pazifischen Raum in den letzten 15 Jahren am schnellsten gewachsen. Diese Entwicklung bringt allerdings viele Probleme mit sich, wie eine immer größer werdende Zahl von Menschen, die in Slums leben und keinen Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen haben. So residieren zwei von fünf Menschen in den städtischen Gebieten in Slums. Und der Trend der Urbanisierung wird weitergehen. Zum ersten Mal in der Geschichte wird am Ende des Jahres 2008 die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten wohnen. Waren es 2007 noch 3,3 Milliarden Menschen (von 6,7 Milliarden), die in Städten lebten, so wird sich der Anteil bis zum Jahr 2050 fast verdoppeln auf dann 6,4 Milliarden Menschen. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle Report „World Urbanization Prospects: The 2007 Revision“ der UN.

„Die Urbanisierung nimmt in allen Regionen zu“, betonte Hania Zlotnik, Direktorin der Population Division of the Department of Economic and Social Affairs (DESA) der UN, bei der Präsentation des neuen Berichts im Februar 2008. Dabei seien aber nicht alle Regionen auf der Welt gleichermaßen urbanisiert. Die städtische Bevölkerung ist stark konzentriert in einigen Ländern. So lebten 2007 drei Viertel der 3,3 Milliarden Stadtbewohner in 25 Ländern. Dabei lebten 35 % der städtischen Bevölkerung in China, Indien und den USA. Das zukünftige Wachstum der städtischen Bevölkerung werde sich in hohem Maße in zwei Regionen konzentrieren: Asien und Afrika. Gegenwärtig

lebten 1,6 Milliarden Menschen in Asiens städtischen Regionen. Diese Zahl wird in den nächsten vier Dekaden um 1,8 Milliarden Menschen zunehmen, so dass sich die Stadtbevölkerung in diesem Zeitraum mehr als verdoppeln werde, so Frau Zlotnik. Auch in China wird die Urbanisierung weiter voranschreiten: Der gegenwärtige Urbanisierungsgrad von 40 % wird bis 2050 auf 70 % ansteigen. So wird hier mit einer Zunahme der Stadtbevölkerung um 261 Millionen zwischen 2007 und 2025 gerechnet. Im Gegensatz dazu lebten in Indien heute nur 30 % der Bevölkerung in Städten – bis 2050 werden es nach den Projektionen der UN schon 55 % sein. Damit würden dann 900



Millionen Einwohner Indiens in Städten wohnen. Indien werde allerdings bei weitem nicht den Urbanisierungsgrad Chinas erreichen und es könne angenommen werden, so Frau Zlotnik, dass Indien das Land mit dem vergleichsweise größten Anteil ländlicher Bevölkerung auch in Zukunft bleiben werde. Gegenwärtig hat Indien mit 828 Millionen Menschen den größten Anteil an ländlicher Bevölkerung, gefolgt von China mit 767 Millionen. In Afrika wird sich die Stadtbevölkerung in den nächsten 40 Jahren verdreifachen – von gegenwärtig 340 Millionen auf dann 900 Millionen.

Frau Zlotnik betonte, dass es drei Wachstumskomponenten gebe: die natürliche Zunahme, Effekte durch Migration vom Land in die Stadt und die Neuzuteilung von lokalen Einheiten zu urbanen Zentren: „In den meisten Entwicklungsländern zeigen die Schätzungen der UN, dass 60 % des urbanen Wachstums auf eine natürliche Zunahme zurückzuführen sind.“ Dabei spielten keineswegs die vielbeachteten Megacities mit über 10 Millionen Einwohnern eine entscheidende Rolle. Hier werde nämlich nicht das eigentliche Bevölkerungswachstum stattfinden. Gegenwärtig ist Tokio mit 36 Millionen Einwohnern die größ-

te Megacity der Welt und daran wird sich den Prognosen zufolge bis 2025 nichts ändern.

Derzeit lebt die Hälfte der Stadtbevölkerung auf der Welt in Städten mit weniger als 500 000 Einwohnern. Große Städte, deren Bevölkerung zwischen 5 und unter 10 Millionen zählt, gab es 2007 ganze 30. Nach den Annahmen der UN wird die Zahl dieser „Megacities im Wartestand“ auf 48 ansteigen. Drei Viertel dieser Städte werden dann in den Entwicklungsländern liegen. Die Zahl der Megacities mit über 10 Millionen Einwohnern wird den Projektionen zufolge ebenfalls ansteigen – von gegenwärtig 19 auf 27 im Jahr 2025. Der Anteil der Menschen, die in Megacities leben (werden) ist mit 4 % im Verhältnis zur gesamten Weltbevölkerung allerdings gering. Gegenwärtig hat Asien 11 Megacities, Lateinamerika 4, Nordamerika 2 und Afrika und Europa jeweils eine. Im Jahr 2025 wird Asien 5 Megacities mehr haben, Afrika zwei und Europa eine. Die höchsten Wachstumsraten werden somit in den Städten Afrikas (Lagos und Kinshasa) liegen sowie in Pakistan und Bangladesh (Lahore, Karatschi, Dhaka).

(Übersetzung und Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)

Tabelle: Bevölkerung in ausgewählten Städten der Welt mit 10 Millionen oder mehr Einwohnern im Jahr 2007 und durchschnittliches jährliches Wachstum zwischen 1975-2025

Agglomerationen	Bevölkerung (in Millionen)			Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)	
	1975	2007	2025	1975-2007	2007-2025
Tokyo, Japan	26,6	35,7	36,4	0,92	0,11
New York, Newark, USA	15,9	19,0	20,6	0,57	0,44
Bombay, Indien	7,1	19,0	26,4	3,08	1,83
Sao Paulo, Brasilien	9,6	18,8	21,4	2,10	0,71
Delhi, Indien	4,4	15,9	22,5	4,00	1,92
Shanghai, China	7,3	15,0	19,4	2,24	1,44
Kalkutta, Indien	7,9	14,8	20,6	1,96	1,83
Dhaka, Bangladesh	2,2	13,5	22,0	5,64	2,72
Buenos Aires, Argentinien	8,7	12,8	13,8	1,19	0,41
Karachi, Pakistan	4,0	12,1	19,1	3,48	2,52
Kairo, Ägypten	6,4	11,9	15,6	1,91	1,49
Rio de Janeiro, Brasilien	7,6	11,7	13,4	1,38	0,74
Peking, China	6,0	11,1	14,5	1,91	1,50
Moskau, Russland	7,6	10,5	10,5	0,99	0,04
Istanbul, Türkei	3,6	10,1	12,1	3,21	1,03

Quelle: UN World Population Prospects 2007



ALTERUNG

Frank Thieme: Alter(n) in der alternden Gesellschaft.**Eine soziologische Einführung in die Wissenschaft vom Alter(n).** VS Verlag Wiesbaden 2008

Die Gesellschaft, genauer: Politik und Medienschaffende, haben das „Alter“ entdeckt. Das Problem ist bekannt, auch wenn man es lange nicht sehen wollte: Seit über vierzig Jahren sinken (nicht nur) in Deutschland die Geburtenzahlen. Bestand und Strukturen unserer Gesellschaft gelten als gefährdet. Zugleich steigt die Lebenserwartung, wächst die Zahl und der Anteil alter Menschen. Die Wirkungen beider Entwicklungen sind komplex. Immer weniger erwerbstätige Menschen müssen immer mehr und älter werdende Senioren versorgen. Können diese heute noch – dank medizinischem Fortschritt, materiellem Wohlstand und gesellschaftlicher Liberalisierung – ein nie dagewesenes „gutes Leben“ im Alter genießen, so sind die Zukunftserwartungen – vor allem für die künftigen Alten – eher düster. Daran sind weniger die Altersdiskriminierung und schon gar nicht der „Jugendkult“ Schuld. Vielmehr fehlt es am Willen zum Nachwuchs, vor allem an Strukturen sich ihn leisten zu können. Bedenklich ist der Abbau

des gesetzlich garantierten Leistungsniveaus bei Alter und Krankheit. Und noch immer fehlt es verbreitet seitens der Wirtschaft an Bereitschaft, die Kompetenzen der Älteren zu nutzen. Warum wird die Gesellschaft „grau“? Wie lebt man heute im Alter? Wer sind die „neuen Alten“? Und: wird es sie morgen noch geben?

Aus dem Inhalt

- Wege zur Alter(n)sforschung
- Demographischer Wandel und alternde Gesellschaft
- Leistungsfähigkeit und gesundheitliche Defizite im Alter
- Leben im Alter
- Soziale Sicherung im Alter
- Sterben und Tod im Alter

(Verlagstext)

FAMILIENFORSCHUNG

Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel.

VS Verlag Wiesbaden 2008 (7., vollst. überarb. Auflage)

Das Buch zeigt für West- und Ostdeutschland und für die Länder der Europäischen Union vergleichend auf, dass der Anteil der Bevölkerung, der nach konventionellen Mustern lebt, stark rückläufig ist und im Zuge eines allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses die Zahl derer ansteigt, die nicht-traditionale Lebens- und Beziehungsformen praktizieren. Informationen der amtlichen Statistik werden ergänzt durch Ergebnisse empirischer Untersuchungen, die die Selbstwahrnehmung der Befragten in den Mittelpunkt stellen und differenzierte Einblicke in die komplexen Beziehungskonstellationen erlauben.

Aus dem Inhalt

- Rechtliche und politische Rahmenbedingungen
- Ehe und Familie im Umbruch
- Moderne Alternativen zur Eheschließung
- Der soziale Strukturwandel der Familie
- Modernisierungstendenzen im Alltag von Kindern und Jugendlichen
- Die Instabilität der modernen Ehe und Kleinfamilie und ihre Folgen
- Entkoppelung von biologischer und sozialer Elternschaft
- Der soziale Wandel der Rolle der Frau in Familie und Beruf
- Partnerschaft und Sexualität
- Rückgang der Mehrgenerationenhaushalte und demographische Alterung der Bevölkerung



- Theoretische Erklärungsansätze für den sozialen Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft
- Die Zukunft von Ehe und Familie in den alten und in den neuen Bundesländern
- Die strukturelle Rücksichtslosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber Familien
- Anhang: Die Entwicklung von Ehe und Familie in den Ländern der Europäischen Union und in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas

(Verlagstext)

Mareike Müller-Burhop: Elternwünsche

Eine empirische Studie über Wünsche und Vorstellungen junger Eltern und daraus folgende Konsequenzen für Politik und Gesellschaft (Familie und Gesellschaft, Band 21) Ergon Verlag Würzburg 2008

Das empirische Forschungsvorhaben untersucht die Wünsche junger Eltern hinsichtlich der Ausgestaltung ihres Lebens mit Kindern und arbeitet auf dieser Grundlage mögliche Handlungsoptionen auf gesellschaftspolitischer Ebene heraus.

Als zentrales Ergebnis der Studie ist festzuhalten, dass sich familienpolitisch gegenwärtig zwar einiges zu Gunsten der Familie verändert, dass die Bemühungen jedoch keineswegs ausreichen und nicht alle Familien gleichermaßen in den Genuss der Verbesserungen gelangen. Die derzeitige Familienpolitik muss sich mit dem Vorwurf einer elitären Familienförderung auseinandersetzen, von der vor allem eine gut verdienende Elite und nicht zuletzt die Wirtschaft profitiert. Insgesamt wird in der Studie die Relevanz eines ganzheitlichen Programms evident, das nicht mit der Förderung der Kindertagesbetreuung und der Zahlung von Elterngeld endet. Familien sind verschieden, den Eltern sind

individuell unterscheidbare Aspekte im Leben wichtig und auch mit Blick auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen die Wünsche zum Teil weit auseinander. Die aktuelle Konzentration auf wirtschaftlich relevante Maßnahmen der Familienförderung sollte einer ganzheitlichen Perspektive weichen, die sich tatsächlich in den Dienst aller Eltern stellt und die nicht zuerst nach der ökonomischen Effektivität einer Maßnahme fragt.

Aus dem Inhalt

- Die Lage der Familie in der Bundesrepublik
- Elternwünsche. Eine empirische Studie
- Ergebnisse: Das Leben in Familien und ihre Wünsche an die Familienpolitik
- Vorstellungen, Wünsche und Forderungen junger Eltern

(Verlagstext)

DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Horst Zillesen/Stefan Kessen (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel. Peter Lang Verlag Berlin-New York 2007

Der demographische Wandel stellt die Kommunen vor immer größere Herausforderungen. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen, eine steigende Zahl immer älterer Menschen, das Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsgebieten sowie die vielfältigen Folgen von Zuwanderungsbewegungen sind die Hauptthemen, für die es nachhaltige und akzeptable Lösungen zu finden gilt. Wie können diese aussehen oder sind verschärfte gesellschaftliche Auseinandersetzungen die zwangsläufige Folge?

Die Autorinnen und Autoren zeigen in ihren Analysen und Praxisbeispielen anschaulich auf, welche Chancen die anstehenden Veränderungsprozesse für zukunftsfähige und kreative Wege bieten. Voraussetzungen dafür sind neue kooperative Formen der Zusammenarbeit, eine gute Kommunikation sowie ein konstruktiver Umgang mit Konflikten.

**Aus dem Inhalt:**

- Bernhard Müller: Wachstum und Schrumpfung in Deutschland - Trends, Perspektiven und Herausforderungen
- Rainer Münz: Demographische Entwicklung in Deutschland - Konsequenzen für die soziale Sicherung
- Horst Zillesen: Demographischer Wandel und Bevölkerungsverschiebungen - Herausforderungen für kooperative Konfliktregelung
- Kerstin Schmidt/Carsten Große Starmann: Wegweiser 2020: Deutschlands Kommunen im Wandel
- Peter Ebner/Roman Höllbacher/Verena Rommel: Der demographische Wandel - Konsequenzen und Chancen im Wohnalltag
- Oliver Heiss: Die Stadt - Ein Netz ungezählter Bewegungen, Begegnungen und Erfahrungen
- Beate Voskamp: Öffentlicher Raum als Identitätsraum - Zukunftsstrategien zwischen Wertewandel und kooperativer Planungskultur
- Dieter Dohmen: Familien- und Bildungspolitik als kommunaler Standortfaktor im demographischen Wandel
- Ulf Fink: Folgen des demographischen Wandels für das deutsche Gesundheitssystem
- Carsten Große Starmann/Kerstin Schmidt: Demographische Entwicklungen kommunal gestalten. Erfolgsfaktor: Prozessgestaltung

(Verlagstext)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Der demografische Wandel in Baden-Württemberg. Reihe Statistische Analysen, 2/2007

Der demografische Wandel vollzieht sich in Baden-Württemberg bereits seit mehreren Jahrzehnten – zunächst fast unmerklich, heute spürbar. Die Ausgangsbedingungen Baden-Württembergs zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels sind günstiger als in anderen Regionen Deutschlands, denn Baden-Württemberg hat eine dynamische Bevölkerungsentwicklung hinter sich wie kein anderes Land Deutschlands und stellt gegenwärtig die im Durchschnitt jüngste Bevölkerung bundesweit. Dabei unterstützt die Binnenmigration den demografischen Ausgleich im Lande. Dennoch wird die Bevölkerung nur noch wenige Jahre wachsen. Die Mehrzahl der Stadt- und Landkreise dürfte im Jahr 2025 deutlich weniger Einwohner haben als heute. Gleichzeitig verschiebt sich die Altersstruktur dramatisch und es liegen keine Erfahrungen vor, wie eine Gesellschaft wirtschaftlich und politisch damit umgeht, wenn die ältere Bevölkerung doppelt so stark vertreten ist wie die junge nachwachsende Generation. Die Bevölkerung hat seit Gründung des Landes 1952 um 62 % zugenommen, so dass heute rund 10,74 Millionen Menschen hier leben. Baden-Württemberg hatte damit den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer. Hessen folgt mit einem Zuwachs seiner Einwohnerzahl um 40 % auf dem zweiten Rang. Auch in der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands bleibt

Baden-Württemberg Spitzenreiter bei der Bevölkerungsentwicklung, nunmehr dicht gefolgt von Bayern.

Die Robert Bosch Stiftung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg haben diese Zukunftsthemen bereits seit geraumer Zeit aufgegriffen. Mit der vorliegenden Broschüre werden die Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen des demografischen Wandels – soweit sie heute absehbar sind – auf aktueller Datenbasis faktengestützt aufbereitet. Nach den jüngsten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes wird die Einwohnerzahl des Landes bis 2011 noch leicht auf rund 10,77 Millionen Menschen ansteigen, danach jedoch zurückgehen. Im Jahr 2050 hätte das Land dann knapp 9,7 Millionen Einwohner, also eine Million weniger als heute.

Aus dem Inhalt

- Der Blick in die demografische Zukunft
- Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg
- Geburtenentwicklung
- Lebenserwartung
- Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)



Eurostat (Hrsg.): The Life of Women and Men in Europe – A Statistical Portrait.

Luxemburg 2008

Wie alt sind Frauen durchschnittlich bei der Geburt ihres ersten Kindes? Wie alt sind Frauen und Männer, wenn sie heiraten? Wie hoch sind die Fertilitätsziffern im Durchschnitt in den Ländern der EU im Jahr 2005? Diese und andere Fragen werden im vorliegenden Band beantwortet.

Der Report ist ein statistisches Porträt der Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Frauen und Männern in verschiedenen Lebensstadien in Europa – beginnend bei der Kindheit und Schulausbildung, dann im Arbeits- und Familienleben sowie im Ruhestand. Diese Stationen bilden den Rahmen für die drei Hauptteile.

Der erste Teil umfasst die Phase der Kindheit und Jugend und betrachtet unterschiedliche demographische Aspekte wie u.a. die Mortalitätsziffern von Mädchen und Jungen, den Zeitpunkt des Verlassens des Elternhauses, den Lebensstil und den Gesundheitsstatus.

Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Analyse der Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter. Untersucht werden hier unterschiedliche Positionen auf dem Arbeits-

markt genauso wie die Unterschiede beim Einkommen, beim Gesundheitsstatus und in der Freizeitgestaltung. Weiterhin werden die Fähigkeiten und Strategien zur Vereinbarkeit zwischen Berufsleben und Verantwortungen im Familienleben analysiert.

Der letzte Teil der Untersuchung betrachtet Frauen und Männer im Ruhestandsalter einschließlich des Einkommens, das sie von Renten und anderen Quellen erhalten. Fragen nach der Erwerbstätigkeit, der häuslichen Umgebung, ihrer Gesundheit und den sozialen Beziehungen stehen hier im Mittelpunkt.

Aus dem Inhalt

- The formative years
- The working and family years
- The retirement years

(Übersetzung: Bernhard Gückel, BiB)

MIGRATION UND INTEGRATION

Olga Siminovskaia: Bildungs- und Berufserfolge junger Migranten. Kohortenvergleich der zweiten Gastarbeitergeneration. VS Verlag Wiesbaden 2008

Olga Siminovskaia analysiert den Eingliederungserfolg der Gastarbeiternachkommen. Dieser stellt vor dem Hintergrund der immer noch vorhandenen Integrationsdefizite ausländischer Jugendlicher ein hoch aktuelles Problem und Gegenstand eines anhaltenden öffentlichen und politischen Diskurses dar.

Die Autorin greift das Thema der Bildungs- und Berufserfolge junger Migranten auf und untersucht sie anhand eines Vergleichs von zwei Kohorten der zweiten Gastarbeitergeneration, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Deutschland aufwachsen.

Aus dem Inhalt

- Problemstellung und aktuelle Lage
- Theoretischer Hintergrund
- Methodik, Datensatzdefinition und deskriptiver Überblick
- Dimensionen der Assimilation der zweiten Generation
- Bestimmungsfaktoren des Bildungs- und Berufserfolgs der zweiten Generation

(Verlagstext)



Jan A. Fuhse: Ethnizität, Akkulturation und persönliche Netzwerke von italienischen Migranten.
Verlag Barbara Budrich 2007

Wie funktioniert die Integration von Migranten in die Aufnahmegesellschaft und wovon ist sie abhängig? Auf der Grundlage einer Befragung von italienischen MigrantInnen in Stuttgart zeigt der Autor, dass kulturelle Anpassung und Identifikation in erster Linie von der sozialen Eingliederung abhängen und nicht etwa von ökonomischen Gesichtspunkten.

Die vorliegende Studie entwickelt eine netzwerktheoretische Perspektive auf Migrantenkulturen. Diese wird anhand von Daten aus einer standardisierten Befragung von 147 Italienern in Stuttgart getestet.

Im ersten Teil des Buches werden aus den Arbeiten des Symbolischen Interaktionismus, aus der Figurationssoziologie von Norbert Elias und aus der neueren Netzwerktheorie von Harrison White theoretische Argumente zur Konstitution von kollektiven Identitäten zusammengezogen. Der Grundgedanke ist, dass soziale Strukturen im Wechselspiel zwischen Netzwerkstrukturen und symbolischen Bedeutungen und Abgrenzungen geformt werden.

Im zweiten Teil erfolgt die Übertragung dieses Grundgedankens auf Migrantenkulturen. Demnach sind die persönlichen Netzwerke der MigrantInnen entscheidender Faktor im Integrationsprozess. Mit zunehmender sozialer Assimilation in den Aufnahmekontext sind eher Akkulturation und auch die Abnahme der Betonung ethnischer

Identität zu erwarten. Diesen Hypothesen werden alternative Hypothesen aus einer ökonomischen Perspektive gegenübergestellt. Diese hält vor allem den sozio-ökonomischen Status für entscheidend für den Integrationsprozess.

Beide werden anhand der Daten aus der Befragung von italienischen Migranten in Stuttgart mittels multivariater Auswertungen auf Plausibilität getestet. Dabei zeigen sich Sprachpraxis und -fertigkeit als zentrale Dimensionen des Integrationsprozesses, die eng miteinander verknüpft sind. Akkulturation (gemessen als Religiosität und Toleranz) und die Entfremdung vom Herkunftskontext (als eine Dimension von ethnischer Identifikation) hängen in erster Linie von der sozialen Assimilation ab (nicht vom sozio-ökonomischen Status).

Diese Ergebnisse unterstützen eher die netzwerktheoretische als die ökonomische Perspektive auf Migrantenkulturen. Die Integration von Migranten besteht in erster Linie in der Aufnahme von persönlichen Beziehungen zu Mitgliedern des Aufnahmekontextes und im Erlernen und Kommunizieren der Sprache desselben.

(Verlagstext)

Thomas Geisen/Christine Riegel (Hrsg.): Jugend, Partizipation und Migration
Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung. VS Verlag Wiesbaden 2007

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in widersprüchlicher Weise mit gesellschaftlichen Integrationsanforderungen und Ausgrenzungsprozessen konfrontiert. Dies zeigt sich unter anderem in den lebenslaufstrukturierenden Bereichen der schulischen und beruflichen Bildung. Im Mittelpunkt der Beiträge stehen die subjektiven Orientierungen und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Chancen und Schwierigkeiten sozialer Partizipation werden im Hinblick auf ihre politischen und institutionellen Voraussetzungen untersucht. Dabei werden insbesondere Rassismuserfahrungen und gegenseitige Zuschreibungsprozesse von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft thematisiert.

Aus dem Inhalt

- Konstruktionen von Jugend im Migrationskontext
- Politische und institutionelle Ein- und Ausgrenzungsprozesse
- Von Integrationsprozessen und Rassismuserfahrungen
- Ein- und ausgrenzende Orientierungen im Kontext Schule
- Bildung, Partizipation und Zukunftsperspektiven

(Verlagstext)



Katja Johanna Eichler: Migration, transnationale Lebenswelten und Gesundheit

Eine qualitative Studie über das Gesundheitshandeln von Migrantinnen. VS Verlag 2008

Bislang wurde das Themenfeld Migration und Gesundheit stark problemzentriert behandelt. So gelten Migranten als Bevölkerungsgruppe, die hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt und nur schwer durch Institutionen und Maßnahmen der Gesundheitsversorgung zugänglich ist. Die Studie begegnet dieser Sichtweise differenzierend unter Anwendung qualitativer Forschungsmethoden und Bezugnahme auf den Ansatz der Transmigration. Dieser Ansatz berücksichtigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihr Leben zunehmend „pluri-lokal“ zwischen Ankunfts- und Herkunftsregion gestalten und ermöglicht die Herausarbeitung von gesundheitsrelevanten Kompetenzen und Ressourcen, die Menschen mit solchen besonderen Lebenskontexten mitbringen bzw. entwickeln.

Die Studie gibt Einblick in die subjektiven Realitäten von zehn bildungserfolgreichen Frauen mit Migrationshintergrund und zeigt, dass deren transnationale Lebensbezüge positive Impulse für das Gesundheitshandeln geben. So verfügen sie z.B. über ein hohes gesundheitliches Sensibilisierungspotenzial und nutzen die Verbindung zum fa-

miliären Selbsthilfenetzwerk ihrer Herkunftsregion kreativ.

Aus dem Inhalt

- Transmigration, transnationale soziale Räume und Hybridisierung
- Transnationale Lebenswelten: Vorstellung der Interviewten
- Gesundheitsrelevante Rolle des transnationalen Netzwerkes
- Gesundheitshandeln und professionelles Gesundheitssystem
- Auseinandersetzung mit medizinischen Systemen und Methoden
- Lebensweise, Lebensstil und Lebensqualität

(Verlagstext)

WELTBEVÖLKERUNG

Isabelle Attané, Christophe Z. Guilmoto (Hrsg.): Watering The neighbour´s garden.

INED Paris 2007

Die zunehmende Ungleichheit in der Geschlechterverteilung in China und Indien hat dort bereits signifikant den Anteil der Männer ansteigen lassen. Auch die UN hat sich dieses Problems mittlerweile angenommen. So warnte die Organisation in einer Pressemitteilung Ende Oktober 2007 vor den unabsehbaren sozialen Konsequenzen einer Geburtenpräferenz für Söhne. „Ungleichheiten in der Geschlechterverteilung werden zu weitreichenden Störungen der sozialen Balance in diesen Gesellschaften auf lange Sicht führen“, sagte der Executive Director Thoraya Ahmed Obaid des United Nations Population Fund (UNFPA) in einer Stellungnahme. Die UNFPA etwa hat vier Länder – China, Indien, Nepal und Vietnam – untersucht und dabei festgestellt, dass Vietnam und Nepal dem Beispiel Indiens und Chinas folgen werden, da hier ähnliche soziale Bedingungen und Werte vorherrschen, wenn von

politischer Seite nicht gegengesteuert wird.

Dabei ist die Präferenz für Söhne in weiten Teilen Asiens aus kulturellen und ökonomischen Gründen tief verwurzelt. So wurden nach UN-Angaben in China im Jahr 2005 120 Jungen (in manchen Provinzen sogar 130 Jungen) auf 100 Mädchen geboren, während in Indien nach dem Zensus von 2001 auf 100 Mädchen 108 Jungen und in manchen nördlichen und westlichen Regionen 120 Jungen auf 100 Mädchen kamen. Während in China die Geschlechterauswahl vor allem in ländlichen Regionen stattfindet, wird sie in Indien eher in den städtischen Familien praktiziert. Dabei unternehmen diese beiden Länder erste Schritte, um dem Problem zu begegnen. Besonders bei den späteren Geburten ist das Geschlechterungleichgewicht deutlich höher als bei den erstgeborenen Kindern, was an dem größeren Druck auf die Frauen liegt, einen



Sohn zu gebären, wenn bisher nur Töchter geboren wurden. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind gravierend: So warnt der französische Demograph Christophe Guilmoto, dass z. B. in Indien die zukünftigen Frauendefizite die Stabilität des ganzen Heiratssystems berühren werden. Viele Männer, insbesondere die Ärmsten, werden keine Frau zum Heiraten finden, was zu einem Pool von potenziellen sozialen Unruhen und zunehmend sexuell motivierter Gewalt gegen Frauen werde.

Vor diesem Hintergrund analysiert der Sammelband, der auf der Konferenz „Female deficit in Asia“ vom De-

zember 2005 beruht, in unterschiedlichen Essays dieses Problem.

Aus dem Inhalt

- Recent Trends in Sex Ratio in Asia
- Differentials in Discriminatory Behaviour
- Local Perspectives on Gender Bias
- Policy Response and Impact

(Übersetzung und Zusammenfassung: Bernhard Gückel)

United Nations Department of Economic and Social Affairs Population Division (Hrsg.): World Population Policies 2007. New York 2008

Der demographische Wandel ist in nahezu allen Ländern der Erde in vollem Gange. Die meisten Regierungen der Industriestaaten sehen sich mit dem Problem abnehmender bzw. anhaltend niedriger Fertilität bei steigender Lebenserwartung konfrontiert. Die Aufgabe der Politik besteht darin, diese Entwicklung zu erkennen und durch politische Maßnahmen regulierend zu steuern.

Die Regierungen haben mittlerweile bemerkt, dass es sich bei diesem Thema um ein immer wichtiger werdendes Politikfeld handelt, in dem politischer Handlungsbedarf besteht, wie aus dem „World Population Policies Report 2007“ der UN hervorgeht. Der Report bietet einen Überblick über die Maßnahmen der 195 untersuchten Länder, für die Berichte verfügbar sind. Sie beinhalten neben grundlegenden Bevölkerungsdaten wie Altersstruktur oder Immigrantanteil auch durch Befragungen erlangte Angaben über Ansichten und Politiken der Regierungen bezüglich demographischer Sachverhalte. Dabei stehen zum einen die Wahrnehmung der Regierungen von Bevölkerungsgröße und -wachstum sowie Faktoren wie Fertilität, Mortalität und Migration im Mittelpunkt. Zum anderen beleuchtet der Report Interventionsmaßnahmen der Regierungen, um diese Variablen zu beeinflussen.

Aus dem Bericht geht hervor, dass insbesondere in den Entwicklungsländern die HIV/AIDS-Epidemie das signifikanteste demographische Thema darstellt: 93 % der Entwicklungsländer und 81 % der entwickelten Länder seh-

en die AIDS-Epidemie als das wichtigste Thema für die demographische Entwicklung in ihren Ländern an. In den Entwicklungsländern kommen eine hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit hinzu. Hier hat besonders in Afrika eine steigende Zahl von Regierungen erkannt, dass sowohl das Bevölkerungswachstum als auch die hohe Fertilität Handlungsbedarf erfordern und demzufolge wurden Gegenmaßnahmen implementiert. In den entwickelten Ländern sind die zunehmende demographische Alterung, eine niedrige Fertilität und eine stagnierende Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter wichtige Themen für die Regierungen. Dies wurde in zunehmendem Maß als Problem erkannt, so dass die Politik hier insbesondere z.B. bei der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Maßnahmen ergriffen hat, um gegenzusteuern.

Aus dem Inhalt

- Government Views and Policies
- Populations Size and Growth
- Population Age Structure
- Fertility and Family Planning
- Health and Mortality

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)



Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen

Unter diesem Titel veranstaltet das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Rahmen des „Generations and Gender Programme“ eine Konferenz zu deren Teilnahme wir Sie herzlich einladen möchten.

Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen

Konferenz im Rahmen
des Generations and Gender Programme



19. – 20. Juni 2008
Wiesbaden



Die Konferenz wird vom 19. - 20. Juni 2008 in den Räumen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden-Biebrich stattfinden. Ziel der Veranstaltung ist es, neue empirische Ergebnisse zu den Generationenbeziehungen vorzustellen, sowie ihre gesellschaftlichen und sozialpolitischen Konsequenzen für Deutschland und im internationalen Vergleich zu diskutieren. Einzelheiten zum Ablauf der Veranstaltung entnehmen Sie bitte dem Programm.

Weitere Informationen finden Sie auf dieser Seite zum Download. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Anmeldungen erbitten wir möglichst frühzeitig, jedoch nicht später als 13. Juni 2008. Für Ihre Anmeldung nutzen Sie bitte das Anmeldeformular oder formlos per Email an andreas.ette@destatis.de. Die Teilnahme ist kostenlos.

Wir würden uns freuen, Sie auf unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Donnerstag, 19. Juni	Donnerstag, 19. Juni	Freitag, 20. Juni
<p>13:30 Prof. Dr. Charlotte Höhn (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) <i>Begrüßung</i></p> <p>13:45 Kurt Lüscher (Universität Konstanz) <i>Eröffnungsvortrag: Generationenpotentiale - eine transdisziplinäre Annäherung</i></p> <p>Panel I: Bedeutung und Formen der intergenerationalen Beziehungen in Deutschland und Europa Moderation: Rainer Unger</p> <p>14:30 Nina Jakob (RWTH Aachen) <i>Diversität des Familien- und Verwandtschaftslebens: Zur Bedeutung intragenerationaler Beziehungen</i></p> <p>15:00 Walter Bien (Deutsches Jugendinstitut) <i>Regionale Ausdifferenzierung intergenerationaler Beziehungen</i></p> <p>15:30 Mirjam Schwab, Robert Naderi (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) <i>Der Zusammenhang intergenerationaler Beziehungen mit der sozioökonomischen Situation von Familien</i></p> <p>16:00 - Kaffeepause -</p> <p>Panel II: Konsequenzen des Wohlfahrtsstaates für die intergenerationalen Beziehungen; Moderation: Ralf Mai</p> <p>16:30 Christian Deindl (Universität Zürich) <i>Finanzielle Leistungen zwischen betagten Eltern und ihren Kindern: Ein europäischer Vergleich</i></p>	<p>17:00 Paola Di Giulio, Christoph Buehler, Andreas Ette, Romina Fraboni, Kerstin Ruckdeschel (MPIDR, Istat, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) <i>Intergenerationale Beziehungen, Wohlfahrtsstaat und Kinderwunsch in Deutschland, Italien und Bulgarien</i></p> <p>17:30 Claudia Vogel (FU Berlin) <i>Bilanz familiärer intergenerationaler Unterstützungsleistungen im europäischen Vergleich</i></p> <p>18:00 Marcel Raab, Michael Ruland, Christoph Schmidt (Universität Bamberg) <i>Intergenerationale Austauschbeziehungen im Zeichen demographischen Wandels</i></p> <p>20:00 - Gemeinsames Abendessen -</p> <p>Freitag, 20. Juni</p> <p>Panel III: Qualität der intergenerationalen Beziehungen Moderation: Andreas Ette</p> <p>09:00 Valeria Bordone (Universität Mannheim) <i>Contact and Proximity of Older People to their Adult Children: A Comparison between Italy and Sweden</i></p> <p>09:30 Heribert Engstler (Deutsches Zentrum für Altersfragen) <i>Die Entwicklung der Beziehungen älterer Menschen zu ihren erwachsenen Kindern unter den Bedingungen regionaler Mobilität</i></p>	<p>10:00 Anja Steinbach, Johannes Kopp (TU Chemnitz) <i>Zur Erklärung der Beziehungszufriedenheit im Generationenzusammenhang</i></p> <p>10:30 - Kaffeepause -</p> <p>Panel IV: Soziale und ökonomische Transferleistungen in intergenerationalen Beziehungen; Moderation: Robert Naderi</p> <p>11:00 Jürgen Dorbritz, Mirjam Schwab (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) <i>Transferleistungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen</i></p> <p>11:30 Karsten Hank (Universität Mannheim) <i>Generationenbeziehungen im alternden Europa: Analysepotenziale und Befunde des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe</i></p> <p>12:00 Andreas Motel-Klingebiel, Katharina Mahne (Deutsches Zentrum für Altersfragen) <i>Zur Dynamik familiärer Generationenbeziehungen im späteren Lebensverlauf: Was treibt Transfers zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern an?</i></p> <p>12:30 - Mittagessen -</p> <p>Panel V: Intergenerationale Beziehungen und Partnerschaft Moderation: Kerstin Ruckdeschel</p> <p>13:30 Jana Suckow (TU Chemnitz) <i>Wie wirkt sich die Beziehung zu den Schwiegereltern auf die Partnerschaftszufriedenheit aus?</i></p>


Freitag, 20. Juni

- 14:00 **Christian Schmitt, Heike Trappe, Annelene Wengler**
(Universität Rostock)
Gendering bei Elternaufgaben
- 14:30 **Thomas Klein, Ingmar Rapp**
(Universität Heidelberg)
Der Einfluss des Auszugs von Kindern aus dem Elternhaus auf die Beziehungsstabilität der Eltern
- 15:00 **Beat Fux**
(Universität Zürich)
Zur Bedeutung intergenerationaler Beziehungen bei Alleinerziehenden
- 15:30 - Kaffeepause -
- Panel VI: Konsequenzen der intergenerationalen Beziehungen im Lebensverlauf
Moderation: Jürgen Dorbritz
- 16:00 **Rainer Unger, Alexander Schulze**
(Universität Bremen, Universität Mainz)
Generationenbeziehungen und Gesundheit
- 16:30 **Angelika Tölke**
(Deutsches Jugendinstitut)
Ältere versus jüngere Väter - Unterschiede in der Vaterrolle und die Sicht von Müttern
- 17:00 **Michael Windzio, Can Aybek**
(Universität Bremen)
Auszug aus dem Elternhaus bei jungen Erwachsenen türkischer Herkunft: erste Ergebnisse und weiterführende theoretische Argumente
- 17:30 **Gert Hullen**
(ehem. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)
Lebensverläufe von in Deutschland lebenden Türken

Veranstaltungsort:
Statistisches Bundesamt
Sitzungssaal E 312
Gustav Stresemann Ring 11
65189 Wiesbaden

Für Anmeldung und Fragen
wenden Sie sich bitte an:

Andreas Ette
Tel.: (0611) 75-4360
Fax: (0611) 75-3960
Email: andreas.ette@destatis

Das Anmeldeformular sowie aktuelle Informationen finden Sie unter
www.bib-demographie.de

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden





Warum viele deutsche Männer keine Kinder wollen

Studie untersucht Gründe für ablehnende Haltung

Von Nina Mareen Spranz

BERLIN - Statistisch betrachtet bringt eine Frau in Deutschland 1,3 Kinder zur Welt und erfüllt damit nach Erkenntnissen der Expertenkommission Familie der Bertelsmann-Stiftung den Kinderwunsch deutscher Männer zu 100 Prozent. Ginge es hingegen nach den Wünschen der Frauen, läge die Geburtenquote bei immerhin 1,7 Kindern pro Frau. „Wenn wir einmal außer Acht lassen, dass wir uns alle ganze Kinder wünschen, muss man sich doch die Frage stellen, warum die fehlenden 0,4 Kinder nicht auf die Welt gebracht werden“, sagte Renate Schmidt, ehemalige Bundesfamilienministerin und Mitglied der Expertenkommission, gestern anlässlich einer Tagung des Gremiums in Berlin. Sie weist damit auf ein zentrales Problem für die Zukunft der Familie in Deutschland hin: Junge Männer sind immer weniger dazu bereit, Väter zu werden. Belegt wurde dies bereits in der Vorwerk-Familienstudie 2007. Demnach sind 35 Prozent der Männer kinderlos, nur knapp die Hälfte kann sich überhaupt vorstellen, ein erfülltes Leben mit Kindern zu führen. Die andere Hälfte der unter 45-Jährigen glaubt vielmehr, auch ohne Kinder genauso glücklich leben zu können.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung soll nun Licht in das Dunkel der Gründe für die ablehnende Haltung der Männer bringen. Zwar werden erste Ergebnisse erst im kommenden Herbst erwartet, die Experten glauben aber, schon einige Antworten gefunden zu haben.

„Heranwachsende Jungen und Männer erleben in ihrer gesamten Biografie, dass Erziehung Frauensache ist“, sagt Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts. Die Mutter betreue die Jungen zu Hause, im Kindergarten sei es die Erzieherin, später die Lehrerin. „Sie durchlaufen in der Regel eine männerfreie Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbiografie“, sagt Rauschenbach. Eine komplizierte Situation, die es umzusteuern gelte, damit den jungen Jungen schon früh ein verändertes Rollenbild nähergebracht werden könne. „Das lange Zeit gültige Bild des alles

bestimmenden Patriarchen gibt es schließlich nicht mehr“, sagt Rauschenbach und bedauert, „aber es gibt auch noch kein definiertes neues“.

Die Überforderungssymptome bei Männern, die von ihren Frauen den Haushalt und die Kinderbetreuung übernommen hätten, seien deutlich größer als diejenigen berufstätiger Mütter, die in die vormals männliche Ernährerrolle geschlüpft seien, sagt auch Renate Schmidt. Der Mann tausche eben nicht nur Windel, Wäsche und Wischlappen mit der Frau, sondern büße einen gewissen Bereich seiner Macht ein, ohne sich einen äquivalenten Anteil zu Hause zurückzuerobieren. „Wenn der Mann den Haushalt macht, will er sich nicht ständig von seiner Frau anhören müssen,

dass sie es eigentlich doch besser kann“, sagt Schmidt. Auch hier gelte es, Traditionen zu durchbrechen, um Männer zur aktiven Vaterschaft zu motivieren, glaubt auch Rauschenbach. „Frauen können schon seit Längerem die doppelte Funktion Mutter und Erwerbstätige ausüben. Wenn für den Mann die klas-

sisch gelernte Ernährerrolle wegfällt, gibt es in der eigenen Wahrnehmung keine Alternative.“

Ein weiterer Faktor für die mangelnde Bereitschaft, Vater zu werden und vor allem auch zu sein, liegt nach Ansicht des Experten auch in der deutlich verlängerten Übergangsphase zwischen Kind- und Mannsein. „Früher war der Auszug von zu Hause automatisch mit der Gründung einer Familie verbunden“, erklärt Rauschenbach. Heute lebe man zuerst seine Freiheit aus. Nach der abgeschlossenen Berufsausbildung stünde der Wunsch nach Karriere im Vordergrund. „Dann entwickelt sich das Leben zur Rushhour zwischen Karriere- und Familienplanung“, beschreibt Rauschenbach. „Das Äquivalent zur Familie wird der berufliche Erfolg.“ Vielleicht ist auch das ein Grund, warum bei einer Erhebung des Instituts Allensbach 29 Prozent der befragten Frauen ihre Kinderlosigkeit damit erklärten, dass sie nicht den richtigen Partner gefunden hätten, der bereit gewesen wäre, mit ihnen eine Familie zu gründen.

■ „Das Leben junger Männer entwickelt sich zur Rushhour zwischen Karriere und Familie“

Thomas Rauschenbach,
Direktor Deutsches
Jugendinstitut

DIE WELT
vom 27.02.2008



Adieu Großfamilie

Nur noch wenige Eltern entscheiden sich für drei und mehr Kinder. Warum der Trend zur Klein-Familie die eigentliche Ursache für die demografische Katastrophe in Deutschland ist

Von Dorothea Siems

Ab zwölf Uhr mittags ist es für Elisabeth Lehmann-Dronke vorbei mit der Ruhe. Dann holt die Erfurterin ihre drei ältesten Kinder von der Grundschule ab und bereitet anschließend das Essen. Derweil läuft einer der „Großen“ zum nahe gelegenen Kindergarten, um die kleine Schwester nach Hause zu bringen. „Diesen täglichen Hilfsdienst haben sich die Kinder selbst als Weihnachtsgeschenk für mich ausgedacht“, sagt die fünffache Mutter, „das verschafft mir etwas Luft.“ Auch Helene, mit zwei Jahren das Nesthäkchen im Haus, will sich nützlich machen und deckt eifrig den Tisch.

Beim Essen erzählen die Kinder ihre Erlebnisse. Helene pult geschickt mit der Gabel den Fisch aus den Nudeln, „das mag ich nicht!“. Dafür akzeptiert sie den Salat, den ihr die Mutter aufzutut, und auch gelegentliche Ermahnungen, nicht mit vollem Mund zu sprechen.

Solche Alltagsszenen sind selten geworden in Deutschland. Denn anders als in Frankreich, den USA oder Schweden gründen hierzulande nur noch verschwindend wenige Paare eine Großfamilie. Der Anteil der Familien, in denen vier und mehr Kinder leben, ist auf drei Prozent abgesackt. 1980 war ihr Anteil noch doppelt so hoch. Vor allem die bürgerliche Mittelschicht ist vergleichsweise kinderarm. „Großfamilien gelten heute als elitär oder asozial“, klagt Johannes Lehmann-Dronke, der als Vater der fünf Kinder schon so manchen Spott zu hören bekam. Dabei zähle er als Architekt weder zu den Großverdienern noch zur Unterschicht.

Gerade in Ostdeutschland gelten Kinderreiche als Exoten. Für die meisten entspricht hier die Ein-Kind-Familie dem Ideal, das 60 Prozent der ostdeutschen Eltern auch realisiert haben. In den alten Bundesländern wünscht sich die Mehrheit zwei

Sprösslinge. Zwar dürfen es in bürgerlichen Kreisen und am unteren Ende der Einkommensskala auch schon mal drei Kinder sein – vor allem, wenn die ersten beiden das gleiche Geschlecht haben –, aber mehr sind äußerst selten geworden. Im Westen leben insgesamt 13 Prozent, im Osten sogar nur sechs Prozent der Familien mit mehr als zwei Kindern im Haushalt.

Der Trend zur Kleinfamilie ist die wichtigste Ursache dafür, dass die Geburtenrate in Deutschland auf 1,3 Kinder pro Frau abgesackt ist. Auf diesen Zusammenhang weist auch der Siebte Familienbericht hin. Die gestiegene Zahl der Kinderlosen, auf die sich die Forschung lange konzentriert hat, spielt zwar auch eine Rolle. Doch findet diese Entwicklung in Frankreich oder den USA ebenso statt, wo jedoch die stärkere Verbreitung großer Familien für einen Ausgleich sorgt.

Das Aussterben der Großfamilie hat Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die siebenfache Mutter will „Eltern in Deutschland wieder Mut machen, sich für ein Leben mit drei und mehr Kindern zu entscheiden“. Deshalb plant die CDU-Ministerin, bei der für 2009 angekündigten Kindergelderhöhung vor allem Mehrkindfamilien zu berücksichtigen. Während es heute für die ersten drei Kinder jeweils 154 Euro und ab dem vierten Kind 179 Euro monatlich gibt, sollen künftig die Beträge für das zweite, dritte und vierte Kind gestaffelt werden. Neu ist die Idee nicht. Als 1955 das Kindergeld eingeführt wurde, kamen überhaupt nur Kinderreiche mit mindestens drei Sprösslingen zum Zuge. Erst seit 1970 gibt es den Zuschuss schon für das erste Kind. 1991 bekamen die Familien für das erste Kind 50 Mark, 100 Mark für das zweite und 220 für das dritte und jedes weitere Kind.

Seither hat die Politik die großen Familien jedoch aus dem Blick verloren. So wurden bei den letzten vier Kindergelderhöhungen nur noch die Sätze für die ersten beiden Kinder angehoben. Beim neuen Elterngeld, das das bisherige Erziehungsgeld abgelöst hat, zählen ebenfalls die Mehrkindfamilien zu den Verlierern. Denn in den meisten Fällen sind die Mütter vor der Geburt ihres dritten oder vierten Kindes nicht berufstätig und bekommen deshalb nur den Mindestbetrag von 300 Euro im Monat, allenfalls ergänzt um einen kleinen Geschwisterbonus. Berufstätige, die eine Babypause einlegen, erhalten dagegen bis zu 1800 Euro. Ebenso wie der forcierte Krippenausbau dient auch das längstens 14 Monate gewährte Elterngeld erklärmaßen dazu, die Berufstätigkeit von Müttern zu fördern.

„Die Familienpolitik der letzten Jahre, die hauptsächlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Ziel hat, geht an den Interessen der meisten Großfamilien völlig vorbei“, sagt der Bonner Familienforscher Stefan Fuchs. Denn doppelberufstätige Eltern leisteten sich im Regelfall nur ein oder maximal zwei Kinder. Spätestens ab dem dritten Kind sinke die Erwerbstätigkeit der Mütter deutlich ab.

In der Tat zeigt das Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts, dass Kinder mit mehreren Geschwistern häufig in „traditionellen Familien“ leben, in denen die Eltern verheiratet sind, die Mutter die Hausarbeit erledigt und der Vater das Geld verdient. Gerade die sehr kinderreichen Eltern mit fünf und mehr Kindern halten es ganz überwiegend für richtig, dass die Mutter die Rolle der Hausfrau einnimmt. Großfamilien, so schreiben Bernd Eggen und Marina Rupp in ihrer Studie „Kinderreiche Fa-



milien“, seien mit ihren traditionellen Arrangements überdurchschnittlich zufrieden.

Das gilt auch für Anke und Matthias Kamenz (Name von der Redaktion geändert), die mit ihren fünf Kindern in einem Haus mit Garten im Berliner Umland wohnen. Anke Kamenz hat kein Problem damit, dass ihr Ehemann beruflich eine steile Karriere macht, während sie zu Hause das Familienleben organisiert – dabei sind beide promovierte Historiker. „Als wir erst ein Kind hatten, habe ich noch Vollzeit gearbeitet. Doch ich hatte das Gefühl, das Wichtigste zu verpassen“, erzählt die gebürtige Rheinländerin. Außerdem habe sie noch mehr Kinder gewollt und schließlich ihren aussichtsreichen Referentenjob an den Nagel gehängt. Bereut hat sie es nicht, im Gegenteil: „Ich bin in der Mutterrolle aufgegangen.“

Heute ist ihr ältestes Kind elf Jahre alt, die beiden Jüngsten, Zwillinge, knapp sieben. Auch als Schulkind bräuchte jeder Einzelne von ihnen viel Zuwendung, meint Anke Kamenz. „Gerade den Kleinen

ist es wichtig, mir jeden Tag zu zeigen, was sie in der Schule gelernt haben.“ Auch sei sie immer da, wenn ein Kind krank sei oder Kummer habe. „Es ist so spannend, zu sehen, wie die Kinder zusammen groß werden, wie unterschiedlich jeder von ihnen ist und wie nah sich die Geschwister sind“, sagt die Mutter. Es stört sie, dass viele Kinder immer nur mit Arbeit und Kosten verbunden würden, „aber keiner sieht das Glück, das sie bedeuten“.

In ihren Wertvorstellungen unterscheiden sich die meisten großen Familien deutlich von der Mehrheit der Bevölkerung. Die religiösen Bindungen sind in der Regel enger, traditionelle Werte, gerade auch die Ehe, spielen eine große Rolle. Untersuchungen zeigen zudem, dass eigene Freizeit und Konsum für kinderreiche Eltern deutlich weniger bedeutsam sind als für andere Eltern.

Für die Experten Eggen und Rupp bilden kinderreiche Familien ein „Gegenmodell der Moderne“. Denn diese Lebensform basiere auf langfristigen Bindungen und sei mit vielen Anforderungen der mo-

dernen Gesellschaft wie Mobilität und intensiver, flexibler Berufstätigkeit „nur schwer zu vereinbaren“, heißt es in ihrer Studie. Dieses Lebensmodell funktioniere vor allem dort, wo individuelle Interessen gegenüber familiären Interessen zurückstünden. Sich also nicht jeder Partner in erster Linie selbst verwirklichen will.

Elisabeth Lehmann-Dronke war es nicht leichtgefallen, nach dem Musikstudium auf eine Karriere als Orchesterflötistin zu verzichten. „Doch das wäre mit dem Familienleben, wie wir es führen wollen, einfach nicht zu vereinbaren gewesen“, sagt die Erfurterin. An den Nachmittagen musiziert die Mutter jetzt manchmal mit ihren vier größeren Kindern, die alle ein Instrument lernen und zusammen ein richtiges kleines Kammerorchester bilden – und Helene begleitet sie auf der Papp-Geige.

Wer selbst mit vielen Geschwistern aufwächst, gründet laut Statistik später häufig selbst eine Großfamilie. Umgekehrt gilt, dass Einzelkinder meist auch keinen Wunsch nach einer Mehrkindfamilie entwickeln. Familienforscher Fuchs warnt: „Demografie-Forscher sehen Deutschland deshalb schon auf einem unumkehrbaren Pfad niedriger Geburtenzahlen, der sich immer mehr selbst verstärkt.“

Ehemüde Europäer

Zwischen Portugal und Norwegen wächst die Zahl der Scheidungen – Das Heiratsalter klettert nach oben

Von Jutta Beiner

Alles verändert sich im Lauf der Zeit. Bei der Dynamik der Scheidungszahlen zeigt sich seit vielen Jahren stets der gleiche Trend: Das Scheitern ihrer Ehe durchleben in ganz Europa mehr und mehr Männer und Frauen. Gerätselt, geforscht und geschlussfolgert rund um den harschen Schnitt vom Bund des Lebens haben in den vergangenen Jahren Scharen von Wissenschaftlern. Nicht nur die Scheidungszahlen haben sich europaweit im Zeitraum eines Viertel-

jahrhunderts (1980 bis 2005) verdoppelt. Zugleich kam das Jawort während dieser Zeit nur noch jedem vierten Paar über die Lippen. Auch das ermittelte die internationale Studie „Die Entwicklung der Familie in Europa 2006“ des Instituts für Familienpolitik (IFP).

Befasst mit der Untersuchung war ein Expertenteam aus Psychologen, Demografen, Sexualforschern und Familiensoziologen, sagt IFP-Präsidentin Lola Velarde. Beunruhigend ist, dass sich das Verhältnis von Ehen zu Scheidungen mittlerweile halbiert hat. Lag es 1980 bei 4,6 Ehen pro Trennung, sind es jetzt nur noch 2,3. Zugleich

wuchs die Gesamtbevölkerung um 31,1 Millionen. Von 1980 bis 2003 hat außerdem die Tendenz zugenommen, später als in früheren Dekaden üblich vor den Traualtar zu treten: Bei den Frauen Europas liegt das Heiratsalter inzwischen bei durchschnittlich 28,2 Jahren und bei den Männern bei 30,5 Jahren.

Besonders stark zeigt sich der Entschluss, getrennte Wege zu gehen, im Süden: In Portugal stieg die Anzahl an Scheidungen in den vergangenen 25 Jahren um 89 Prozent, gefolgt von Italien mit 62 Prozent und Spanien mit 59 Prozent. Das Haltbarkeitsdatum einer spanischen Ehe liegt derzeit bei rund 13,8



Jahren. Deutschland liegt dabei mit 10,4 Jahren im mittleren Bereich. Am raschesten zieht es die Zypriern vor den Scheidungsrichter, nämlich durchschnittlich im „verflixten“ siebten Jahr.

Längst sprechen Forscher sogar von Risikofaktoren, die ein Scheitern der Beziehung, rein statistisch betrachtet, wahrscheinlicher werden lassen. Ein Team rund um den Kölner Soziologen Professor Michael Wagner wertete dabei 42 Publikationen aus der Ehescheidungs-forschung aus und untersuchte dabei insgesamt 399 verschiedene Ehescheidungsrisiken. Dass äußere Stabilität einer Ehe kein Garant für ihre Qualität sei, hebt Wagner gleichzeitig hervor. Denn die Gründe, nicht auseinanderzugehen, können sich genauso mannigfaltig gestalten wie die, sich zu trennen.

Je älter die Partner bei der Eheschließung sind, umso besser stehen, so Wagner, die Aussichten für ein „Bis dass der Tod sie scheidet“. Bei Paaren mit einem Ehevertrag sondierten die Wissenschaftler eine 47 Prozent höhere Scheidungswahrscheinlichkeit. Dass Kinder, Eigentum sowie Eltern und Schwiegereltern ein Zusammenbleiben der Eheleute eher garantieren, überrascht nicht, wird aber durch die Meta-Analyse untermauert.

Nicht verwundert über so viel Trennungswillen zeigt sich die amerikanische Anthropologin Helen Fisher. Auf der Suche nach den Ursachen blickt sie eher nüchtern auf die genetische Ausstattung unserer Vorfahren, die per se nicht für lebenslange Verhältnisse spreche: „Auch die ersten Homo-sapiens-Paare blieben vermutlich nicht länger als vier Jahre zusammen und brachten auf diese Weise den Nachwuchs sicher durch die ersten Jahre.“ Denn, so Fisher, dies sei der einzige biologische Grund, warum es sinnvoll für ein Paar sei, sich länger aneinander zu binden. Liebe sieht

die renommierte Forscherin inzwischen als ein Motivationssystem des Gehirns an und als einen grundlegenden Trieb des Menschen. Mit dem Kernspintomografen zeichnete sie den Blutfluss von frisch Verliebten auf, was eine deutliche Aktivierung des sogenannten Nucleus caudatus an den

Tag brachte. Diese Hirnregion ist vor allem für die Motivation verantwortlich.

Ehen an sich haben eben nur bedingt etwas mit romantischer Liebe zu tun, sagt die Wissenschaftlerin. Doch den Glauben daran müsse keiner aufgeben, ein Scheitern müsse aller Forschungen zum Trotz nicht sein: „Wir müssen unser Gehirn austricksen und dafür sorgen,

dass das Dopamin wieder fließt und sich nicht zu viel Routine in den Alltag einschleicht.“ Aufregung, Abwechslung und Abenteuer könnten dafür sorgen, dass genügend positive Spannung zwischen den Partnern erhalten bleibt. „Nichts wirke schlimmer als gähnende Wiederholung der ewig gleichen Abläufe auf die Leidenschaft“, so Fisher.

Was die Liebe dauerhaft stark macht? Das fragt auch der deutsche Forscher Professor Hans-Werner Bierhoff. Beste Aussichten auf Stabilität in der Beziehung attestiert er Paaren, die sich besonders ähnlich sind – nicht nur in Werten und Interessen, sondern auch in der körperlichen Attraktivität. Dass Gegensätze sich anziehen, stimme in der Liebe nur bedingt. Glückliche Paare zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie sich gegenseitig genau kennen und wahrnehmen, nicht zuletzt, was die Kompetenz des anderen angeht. Sie schätzen sich gegenseitig. Wer Freiraum wichtig für die Partnerschaft findet, erhält nun Rückendeckung aus der Wissenschaft: „Es hat sich eindeutig gezeigt, dass die innere Unzufriedenheit umso größer ist, je stärker eine Beziehung durch Regeln und Gewohnheiten geprägt ist“, sagt Wagner.

DIE WELT
vom 29.03.2008



Was Frauen wirklich wollen

Eine neue Studie zeigt, dass Männer Selbstbewusstsein und Motivationen des weiblichen Geschlechts völlig falsch einschätzen

Von Thomas Vitzthum

BERLIN – Junge deutsche Frauen strotzen vor Selbstbewusstsein. 90 Prozent sagen, es sei für sie wichtig, auf eigenen Beinen zu stehen, fast ebenso viele möchten finanziell unabhängig sein. 78 Prozent wollen Verantwortung in Beruf und Gesellschaft übernehmen. Dies bedeutet keine Absage an Kinder und Familie. 90 Prozent der jungen Frauen wollen Kinder. „Noch vor einigen Jahren stellten sich Frauen bewusst die Frage, ob sie Kinder haben oder Karriere machen wollen. Das ist vorbei, heute wollen sie selbstverständlich beides, übrigens unabhängig von ihrem Bildungsniveau“, sagt Professor Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Das Institut hat mit der Frauenzeitschrift „Brigitte“ die repräsentative Studie „Frauen auf dem Sprung“ erarbeitet, in der Frauen zwischen 17 und 19 sowie 27 und 29 Jahren nach ihren Lebensentwürfen befragt wurden.

„Das Ergebnis überrascht mich. Als ich 19 war, hatte ich ein traditionelles Bild vor Augen, wollte Kinder, Ehe und wenig Verantwortung“, sagt Birgit Wicker. Die 39-Jährige hat den Sprung nach oben geschafft. Auf die zehn und 20-Jährigen Frauen blickt sie dennoch mit einer gewissen Bewunderung. Die Mutter einer dreijährigen Tochter arbeitet als selbstständige Mediaberaterin in Berlin. Lange schob sie den Kinderwunsch vor sich her, dann kündigte sie ihre Spitzenposition in der Werbebranche. „Ich hatte einen Zwölf-Stunden-Tag, das wäre mit Kind nicht gegangen“, sagt sie. Sich selbstständig zu machen war ihre Chance, den Anschluss an die schnelllebige Medienwelt nicht zu verlieren. Die neue Familienpolitik mache Frauen zwar manches leichter, aber die Balance zwischen Kind und Beruf zu halten, sei noch schwierig.

Das sehen auch die jungen Frauen so. Nur 16 Prozent gaben an, dass sich Familie und Job leicht vereinbaren ließen. Jutta Allmendinger versteht die „Brigitte“-Studie deshalb auch als Appell an Wirtschaft und Gesellschaft, das Potenzial, das die hoch motivierten Frauen darstellen, besser zu nutzen. Dazu bräuchte es mehr Möglichkeiten nach der Geburt von Kindern wieder ins Arbeitsleben einzusteigen: „Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass es bald zu wenig gut ausgebildete Arbeitskräfte gibt. Die Frauen werden gebraucht. Wenn die Männer in der Familie nicht auch Hand anlegen, riskieren sie, dass Frauen ihr Ding allein durchziehen.“ Setzte sich der Dreiklang weiblicher Bestimmung lange aus Kindern, Küche, Kirche zusammen, so ist er heute als Kinder, Küche, Karriere gesellschaftlich anerkannt. Die Studie legt den Schluss nahe, dass Karriere aber längst nicht mehr nur für Selbstverwirklichung steht, auch vor großer Verantwortung haben die allermeisten Frauen keine Angst mehr. „Ein Drittel sieht sich eher im Chefessel als im Vorzimmer“, sagt Allmendinger. 95 Prozent erwarten, dass ihnen ihr Partner viel Zeit für sich selbst lässt. Der weibliche Dreiklang des Jahres 2008 klingt deutlich nach Kindern, Karriere, Kontrolle.

„Die jungen Frauen sind viel selbstbewusster, als ich es noch war. Meine Mutter lebte mir ein traditionelles Verhalten vor, sie war nicht berufstätig, hat sich oft gelangweilt“, sagt Birgit Wicker. „Früher galten Frauen mit Job als Rabenmütter. Unsere Studie zeigt aber,

dass die jungen Frauen ein ganz anderes Bild von ihren berufstätigen Müttern haben. Das Vertrauensverhältnis wurde besser, wenn sich die Mütter nicht den ganzen Tagen um alles kümmerten“, so Allmendinger.

Die Wissenschaftlerin untersuchte auch, wie junge Männer ihre Altersgenossinnen einschätzen. Ergebnis: Männer hängen einem traditionellen Rollenverständnis an, das damit, wie sich junge Frauen sehen, kaum noch etwas gemein hat. 80 Prozent der Männer sagen, das Aussehen sei für Frauen das höchste Gut, sie wollten vor allem dünn sein, Markenkleidung tragen und heiraten. Von den Frauen dagegen halten nur knapp über 60 Prozent das eigene Äußere für so entscheidend; dünn sein, heiraten, die klassischen Mädchenträume interessieren kaum. Noch dramatischer sind die Fehleinschätzungen, wenn es um den Beruf geht. Dass Frauen auf eigenen Beinen stehen wollen, glauben nur 65 Prozent der Männer; dass sie Verantwortung übernehmen wollen nur etwas über 50 Prozent. Doch auch Frauen wenden auf Männer nach wie vor traditionelle Muster an. Der karriere- und geldgeile Macho, in den Köpfen vieler Frauen spukt er noch herum. „Gesellschaftliche Korsetts sind immer noch sehr wirkungsmächtig“, sagt Jutta Allmendinger.

Die „Brigitte“-Studie zeigt damit auch, dass junge Frauen ihren Wunsch, Familie und Karriere zu verbinden, am ehesten umsetzen könnten, wenn sie die Männer von ihrer Motivation überzeugen. Denn die haben bisher noch keine rechte Vorstellung davon, was Frauen wirklich wollen.

DIE WELT
vom 26.03.2008



Weniger, älter, teurer

BBR-Studie zur Demographie und Finanzen

(BS/ckö) Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit – ein geflügelter Spruch in der Demographiediskussion, der oft, aber nicht immer zutrifft. So gab es lange Zeit ein Erkenntnisdefizit in der Frage, ob und wie stark Alterung, Schrumpfung oder Wachstum der Bevölkerung auf kommunale Haushalte durchschlagen. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat mit einer neuen Studie diese Erkenntnislücke geschlossen.

Im Rahmen des BBR-Projektes "Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen" wurde auf Basis der kommunalen Jahresrechnungen des Landes Brandenburgs (1997 bis 2004) die Gesamtheit der kommunalen Aufgaben beispielhaft auf ihre demographische Betroffenheit hin analysiert. Dabei wurden die Städte, Gemeinden und Landkreise in "schrumpfend", "wachsend" und "indifferent" sowie "städtisch" und "ländlich" eingeteilt.

Die Analyse weist erstmals vorhandene Remanenzkosten (Kosten, die sich nicht an eine veränderte Nachfrage anpassen können, weil die geschaffenen Strukturen verbleiben) differenziert nach 87 kommunalen Aufgabenbereichen aus. Dadurch bietet die Studie einen tiefen Einblick in die Demographie-Sensibilität der kommunalen Aufgaben bzw. Ausgaben, der in dieser Differenziertheit bislang noch nicht möglich war.

Die Analyse zeigt, dass der Verwaltungshaushalt deutlich stärker von Remanenzkosteneffekten betroffen ist als der Vermögenshaushalt. Dies liegt vor allem daran, dass die Ausgaben im Vermögenshaushalt an Investitionsentscheidungen verknüpft sind, die im Falle einer kritischen Haushaltslage unterbleiben. Spürbare Remanenzkosteneffekte zeigten sich vor allem in folgenden Bereichen:

- Gemeindeorgane,
- Rechnungsprüfung, Hauptverwaltung, Finanzverwaltung und übergeordnete Einrichtungen der Verwaltung,

Die Zukunft der Daseinsvorsorge

Eine Serie im Behörden Spiegel
in Kooperation mit dem Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung

Folge 3: Öffentliche Finanzen

- Rettungsdienst,
- Schulverwaltung, Schulen und Schülerfahrtkosten,
- Kulturverwaltung, Volkshochschulen, Bibliotheken und sonstige Volksbildung,
- Jugend(sozial)arbeit und Jugendwohnheime,
- Förderung der Erziehung, Förderung von Kindern sowie Hilfe zur Erziehung,
- Einrichtungen der Gesundheitspflege, eigene Sportstätten und Badeanstalten,
- Bauverwaltung, Städteplanung, Bauordnung und Wohnungsbauförderung,
- Gemeindestraßen und Kreisstraßen.

Keine Demographierendite

Diese Remanenzkosteneffekte wurden im Weiteren mit einer regionalisierten Bevölkerungsprognose für Brandenburg zusammengeführt, sodass die Folgen des demographischen Wandels für die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung ausgewählter Kreise/Kommunen bis 2020 anhand vier unterschiedlicher Szenarien simuliert werden konnten.

Die Modellbetrachtungen haben gezeigt, dass die demographische Entwicklung in der Tendenz zu einer Verschlechterung der kommunalen Haushaltssituation

beiträgt. So haben drei von vier untersuchten Kreisen infolge der demographischen Entwicklung bis 2020 mit leicht steigenden Ausgabenüberschüssen zu kämpfen. Diese Ergebnisse stehen im deutlichen Kontrast zu der in der Demographiedebatte häufig anzutreffenden Überzeugung, dass sich durch eine schrumpfende Bevölkerung finanzielle Spielräume eröffnen (Demographierendite). Allerdings sind von diesen Auswirkungen nicht nur schrumpfende Gebietskörperschaften betroffen. Vielmehr zeigen sich entsprechende Effekte auch bei Kommunen wie Potsdam, denen eine vergleichsweise stabile demographische Entwicklung vorhergesagt wird. Das Volumen der Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Kommunalaushalte bewegt sich derzeit in einer ähnlichen Größenordnung, wie sie auch andere wichtige Einflussfaktoren auf die kommunale Haushaltslage erreichen, z. B. die wirtschaftliche Entwicklung oder einzelne Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich. Außerdem können durch die demographische Entwicklung bestehende regionale Disparitäten in der Finanzausstattung der Kommunen verschärft werden.

Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen in: Forschungen, Heft 128, Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2007 oder unter www.bbr.bund.de/nn_23494/DE/Veroeffentlichungen/Forschungen/2007/Heft128.html

Behörden Spiegel vom März 2008



Macht das Armutsviertel arm?

Ein Soziologe bezweifelt die Existenz von Parallelgesellschaften

VON JÜRGEN KAUBE

Der Soziologe Hartmut Häußermann fragt in einem Aufsatz, ob Migrantenviertel ein Hindernis für die Integration sind. Der vielverwendete Begriff „Parallelgesellschaft“ legt das nahe. Wenn Einwanderer, so die Vorstellung, räumlich getrennt von der einheimischen Bevölkerung wohnen und außerdem über eine reiche Infrastruktur an ethnisch geprägten Einrichtungen (Medien, Geschäfte, Ärzte, Vereine) sowie einen eigenen Arbeitsmarkt verfügen, dann verstärkt das ihre soziale und kulturelle Distanz zum Einwanderungsland.

Häußermann verneint die Existenz solcher Parallelgesellschaften hierzulande. Wie kommt er dazu? Zunächst konzentriert er sich darauf, ob die Migranten räumlich separiert leben. Zahlen über den Grad an Nutzung „ethnischer“ Infrastrukturen durch Migranten liefert er nicht. Ihm genügt der Nachweis, dass die ausländische Bevölkerung in einem Viertel hierzulande „nur selten die Mehrheit“ bilde und eine einzelne Landsmannschaft selten mehr als 30 Prozent ausmache. In Berlin lägen die höchsten Anteile der Türken beispielsweise bei 25 Prozent in bestimmten Gebieten Kreuzbergs.

Nun weiß jeder, der einmal in Kreuzberg gewohnt hat, dass „25 Prozent in bestimmten Gebieten“ durchaus einhergehen kann mit „70 Prozent in bestimmten Straßen“. Schaut man sich die Schulstatistik an, so kommt hinzu, dass sie zwar für ganz Berlin 16 Prozent ausländische Kinder ausweist, aber 30 Prozent an „Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“; in Kreuzberg liegen die entsprechenden Werte bei 30 und 50 Prozent, im Bezirk Mitte gar bei 38 und 65 Prozent. Das zeigt, dass Zahlen über

den Anteil an „Türken“ im Sinne von ausländischen Staatsbürgern noch nichts über die Verkehrssprache eines Quartiers sagen.

Häußermann notiert, dass die Möglichkeiten zu Telekommunikation und der Nahverkehr es heute den meisten Menschen freistellen, mit wem sie wann und wo zu tun haben. Der Raum verhindere Kontakte nicht. Etwas später jedoch findet sich die merkwürdige Formulierung: „Die einzige Dimension, in der sich negative Effekte der Konzentration auf die ethnische Community zeigten, ist die Sprache.“ Rätselhaft ist daran das Wort „einzige“. Wie soll man sich „Kommunikation mit der Aufnahmegesellschaft“ ohne Sprache vorstellen?

Bei jungen Männern, die Hauptschulen besuchen, konstatiert Häußermanns Forschungsauswertung die besagten Abschottungseffekte, bei Mädchen und Gymnasiasten nicht. Das führt auf das Problem, wie hoch der Anteil von Migranten an den Gymnasiasten im Vergleich zu dem an Hauptschülern ist.

Häußermann stellt fest, dass räumliche Segregation weniger ein Effekt von ethnischer Herkunft als von Einkommen ist. Das aber widerspricht der These von einer entstehenden Parallelgesellschaft nicht, solange Einkommen und ethnische Herkunft und Sprachkenntnis und Bildungskarriere ihrerseits stark zusammenhängen. Denn die These vom Einfluss der Quartiere auf die Integration muss man ja nicht so absurd formulieren, dass sie darauf hinausliefe, das Wohnen im Armutsquartier mache die Armen arm.

Wie aber, wenn das Wohnen im zunehmend ethnisch dominierten Schulbezirk die Bildungsarmen bildungsarm macht? Das Entstehen

ethnisch geprägter Infrastrukturen wird nicht nur dadurch begünstigt, dass die einheimischen Einrichtungen aufgrund sprachlicher und kultureller Distanz nicht genutzt werden. Wenn es eine „autarke“ Gemeinschaftsbildung der Zurückgebliebenen erlaubt, dann bildet es auch gewissermaßen das Auffangnetz, das Bildungsanstrengungen erübrigt. Hier, bei Bildung und Einkommen, von „individuellen Merkmalen“ der Bewohner zu sprechen, die sie als Einzelne und nicht aufgrund ihrer Herkunft und ihren Wohnorts haben, wirkt unsoziologisch. Oder anders formuliert: Hilft es den Migranten, wenn das Wohnen im Migrantenviertel nicht als Ursache, sondern Ausdruck ihrer mangelnden Integration bezeichnet wird?

Was das Zurückbleiben angeht: Häußermann selber hält mit Verweis auf eine Studie aus Nürnberg fest, dass türkische Zuwanderer bei sozialem Aufstieg aus den Gebieten mit der höchsten Ausländerkonzentration wegziehen. Zu Recht, so Häußermann, befürchteten bildungsorientierte Eltern – wozu man dann neben den „einheimischen Mittelschichten“ aber auch die sich assimilierenden, aufsteigenden Immigranten zählen darf –, dass ihre Kinder bei hohem Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache weniger lernen als an anderen Schulen.

Hartmut Häußermann: „Ihre Parallelgesellschaft, unser Problem. Sind Migrantenviertel ein Hindernis für die Integration?“ Leviathan 4/2007.

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG

vom 24.02.2008



Die BiB-Mitteilungen werden in unregelmäßiger Erscheinungsfolge herausgegeben. Sie werden kostenfrei an einen fachlich begrenzten Kreis von Interessenten abgegeben. Die BiB-Mitteilungen finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demographie.de). - Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (BiB-Mitteilungen 1/2008 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt). Belegexemplar erbeten.